



Landtag von Baden-Württemberg

86. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 13. April 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Schluss: 17:11 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6801	Abg. Brinkmann SPD	6814, 6823
Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen	6801	Abg. Hofer FDP/DVP	6815, 6824
Umstellung in der Tagesordnung	6801	Abg. Deuschle REP	6817, 6825
Begrüßung einer Delegation aus der Partnerprovinz Jiangsu	6801	Minister Dr. Döring	6818
Begrüßung des französischen Generalkonsuls in Stutt- gart, Francis Etienne	6805	Abg. Roland Schmid CDU	6822
Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „Förder- praxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauern- verbände“	6843	Minister Dr. Schäuble	6826
1. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Unterrichtsdefizite an beruflichen Schulen – Drucksache 12/4880 (geänderte Fassung)	6801	3. Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Sparbe- schlüsse der rot-grünen Bundesregierung auf die Arbeit sozialer Einrichtungen in Baden- Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	6831
Abg. Wintruff SPD	6801	Abg. Dr. Eva Stanienda CDU	6831
Abg. Ursula Kuri CDU	6803	Abg. Dr. Walter Müller SPD	6832, 6841
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . .	6804	Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grü- nen	6833, 6837
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6805	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	6834, 6837
Abg. König REP	6807	Abg. Krisch REP	6836, 6838
Ministerin Dr. Annette Schavan	6808	Minister Dr. Repnik	6838
Beschluss	6812	Abg. Haas CDU	6840
2. Aktuelle Debatte – Abschiebung von Arbeitneh- mern bosnischer Herkunft – Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grü- nen	6812	4. Fragestunde – Drucksache 12/5060	
Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen	6812, 6821	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Gedenkstättenarbeit	6843
Abg. Haasis CDU	6813	Abg. Hans-Michael Bender CDU	6843
		Minister Dr. Palmer	6843, 6844
		Abg. Birgit Kipfer SPD	6844
		Abg. Helga Solinger SPD	6844
		4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Heinz Troll REP – Disziplinarrechtliche Vorermittlun- gen gegen Verdeckten Ermittler des Lan- deskriminalamtes Baden-Württemberg	6844
		Abg. Troll REP	6844
		Minister Dr. Schäuble	6844

4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Förderung privater TV-Produktionen in Baden-Württemberg	6844
Abg. Moser SPD	6844, 6845
Minister Dr. Palmer	6844, 6845, 6846
Abg. Birgit Kipfer SPD	6845
Abg. Helga Solinger SPD	6846
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze – Drucksache 12/5033	6853
Minister Dr. Ulrich Goll	6853
Abg. Dr. Reinhart CDU	6855
Abg. Bebbler SPD	6856
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen	6857
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	6858
Abg. Käs REP	6859
Beschluss	6859
6. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Bio- und Gentechnologie – Drucksache 12/3496	6846
Abg. Kluck FDP/DVP	6846
Abg. Dr. Mauz CDU	6846
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	6848
Abg. Brinkmann SPD	6849
Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen	6849
Abg. Huchler REP	6851
Minister Dr. Döring	6852
Beschluss	6853
7. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Staatsministeriums – Der Umgang der Landesregierung mit der Landesverfassung oder: „Die unendliche Geschichte mit der Geschäftsordnung (Artikel 49 LV) für das Kabinett“ – Drucksache 12/4957	6859
Abg. König REP	6859
Abg. Herrmann CDU	6861
Abg. Bebbler SPD	6862
Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	6863
Abg. Drautz FDP/DVP	6864
Abg. Dr. Schlierer REP	6865
Minister Dr. Palmer	6865
Beschluss	6866
8. Zustimmung des Landtags zur Vereinbarung über die Bildung einer Finanzverteilungskommission – Drucksache 12/4875	6866
Staatssekretär Rückert	6866
Abg. Wabro CDU	6868
Abg. Moser SPD	6869
Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	6870
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	6870
Abg. Rapp REP	6870
Beschluss	6870
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Februar 2000 – Verkauf des landeseigenen Bauplatzes Eberhardstraße 22 (mit Flst. Nr. 1043/1) in Göppingen – Drucksachen 12/4911, 12/5025	6871
Beschluss	6871
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Dezember 1999 – Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten – sog. An-Institute – und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e. V. – Drucksachen 12/4731, 12/5034	6871
Beschluss	6871
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Dezember 1999 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1994 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1992 (Nr. 20) – Wirtschaftlichkeit kleinerer Fachhochschulen – Drucksachen 12/4756, 12/5035	6871
Beschluss	6871
12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5028, 12/5056, 12/5057, 12/5058	6871
Beschluss	6871
13. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/5022	6871
Beschluss	6871
14. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/4908, 12/4986, 12/4990	6871
Nächste Sitzung	6871
Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen	6872
Anlage 2 Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Umbesetzungen im Präsidium und im Finanzausschuss	6873
Anlage 3 Vorschlag der Fraktion Die Republikaner – Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“	6873

Protokoll

über die 86. Sitzung vom 13. April 2000

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 86. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Mayer-Vorfelder erteilt.

(Abg. Brechtken SPD: Der hat es schön!)

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Heinz Goll und Hauser.

Auf Ihren Tischen liegen Vorschläge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. (*Anlagen 1 und 2*) – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses zu diesen Umbesetzungen fest.

Ich darf bekannt geben, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 6 der heutigen Sitzung getauscht werden. Punkt 6 wird also vor Punkt 5 aufgerufen.

Meine Damen und Herren, unter den Zuhörern hat eine Delegation aus unserer Partnerprovinz Jiangsu Platz genommen. Ich darf Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr herzlich in unserem Land Baden-Württemberg begrüßen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt und interessante Eindrücke auch von unserer Landtagssitzung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Unterrichtsdefizite an beruflichen Schulen – Drucksache 12/4880 (geänderte Fassung)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche sicherlich in Ihrer aller Namen – auch im Namen der Frau Ministerin –, wenn ich zunächst einmal feststelle: Es muss ganz unstrittig sein, dass einer qualitativ hoch stehenden Berufsausbildung für eine Industrienation wie Deutschland und insbesondere für Baden-Württemberg eine ganz entscheidende Rolle zukommt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Völlig neue Erkenntnis, Herr Kollege! – Zurufe von der CDU)

Neue Entwicklungen in der Technik, insbesondere im Bereich der Informationstechnik, aber auch das Lernen der Berufsschüler in Lernfeldern sowie die Erweiterung der Kompetenz in Fremdsprachen – das sind die neuen Anforderungen, die gestellt sind. Dazu muss man den beruflichen Schulen aber auch die Möglichkeit einräumen, diese Anforderungen zu bewältigen.

Es ist völlig unstrittig, dass eine qualitativ hoch stehende Berufsausbildung – insbesondere die Leistungsfähigkeit der Berufsschule – einen ganz starken Einfluss auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe hat. Nur: Man muss in der Politik diesen Rahmen auch schaffen und der Schule, auch in ihrer Eigenschaft als Partner im dualen Ausbildungswesen, eine ausreichende Unterrichtsversorgung ermöglichen.

Wenn sogar vonseiten der Industrie – ich zitiere hier die Industrie- und Handelskammer Stuttgart – bereits der Vorwurf erhoben wird, Betriebe hätten seit vielen Jahren wiederholt den verstärkten Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen beklagt, sie hätten mit den Schulleitungen immer wieder beraten und auf die unzureichende Unterrichtsversorgung aufmerksam gemacht, dann ist das doch auch ein Beleg für Sie, meine Damen und Herren, dass die Opposition hier nicht nur etwas aus dem hohlen Bauch zaubert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir haben hier in der Tat schon oft über die Unterrichtsversorgung in den anderen Schularten beraten. Das ist nun heute nicht einfach eine Fortsetzung dieser Diskussion. Vielmehr geht es heute um die Spitze des Eisbergs, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Rau CDU)

Um die Unterrichtsversorgung der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg ist es schlecht bestellt. Das sollten wir alle nicht auf die leichte Schulter nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mit einer Analyse den Beweis antreten. An den beruflichen Schulen – das räumt die Stellungnahme der Landesregierung selbst ein – ist ein Unterrichtsausfall von 25 400 Wochenstunden aufgelaufen. Der erwartete Unterrichtsausfall im Pflichtbereich wurde bereits zu Beginn des

(Wintruff)

Schuljahrs in den Stundenplänen berücksichtigt. Diese Stunden können wegen mangelnder Ressourcen an Berufsschullehrern nicht erteilt werden.

Frau Ministerin, für Sie müsste es ein Alarmsignal sein, dass sich diese Entwicklung in den letzten Jahren verstärkt hat und dass wir gegenüber dem letzten Schuljahr 1 600 Wochenstunden an zusätzlichen Ausfällen bekommen haben.

Weil Sie alle sich unter der Zahl von 25 000 Wochenstunden wahrscheinlich nichts vorstellen können, haben wir das umgerechnet: Das entspricht 1 025 Deputaten – ebenfalls vom Ministerium belegt –, die an den beruflichen Schulen fehlen, um den Pflichtunterricht zu erteilen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiler SPD: Skandal!)

Deswegen komme ich nicht umhin, Frau Ministerin, Ihnen einen entscheidenden Vorwurf zu machen: Sie waren nicht seriös, als Sie uns vorgetragen haben, wie groß die Unterrichtsausfälle an den einzelnen Schularten sind. Sie haben darüber informiert, dass in den beruflichen Schulen ein Unterrichtsausfall in Höhe von 4,1 % vorliege. Sie hätten aber zu diesen 4,1 % natürlich auch die 2,9 % noch hinzuzählen müssen, bei denen mit Aushilfsmaßnahmen reagiert wurde. Auch die 6,4 %, die den 1 025 Deputaten entsprechen, muss man hinzurechnen. Wenn Sie dies tun, dann kommen Sie auf einen Unterrichtsausfall von weit über 10 %. Das wäre die Wahrheit gewesen und die Offenbarung. Das müsste man einräumen, wenn die Tatbestände so sind.

(Beifall bei der SPD)

Da kann es aber doch keine Lösung sein, wenn der Ministerialdirektor Ihres Ministeriums die Meinung vertritt, dass der Pflichtstundenanteil im Teilzeitbereich bei uns zu hoch angesetzt sei. Ich habe Ihnen doch aufgezählt, welche Entwicklungen heute in der beruflichen Schule vonnöten sind. Man kann doch nicht, weil ein Mangel vorhanden ist, das Unterrichtssoll kürzen. Frau Ministerin, das kann nicht sein. Sagen Sie Herrn Mäck – auch wenn der ehemalige Bildungsminister Rüttgers hier grüßen lässt –: Das wird der Landtag von Baden-Württemberg auf keinen Fall akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir in unserem Land Fortschritte gemacht haben, insbesondere beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, ist in erster Linie auf die Aktivitäten der Bundesregierung zurückzuführen, die mit ihrem Aktionsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit auch in Baden-Württemberg 20 000 Jugendliche erfasst und in Maßnahmen übernommen hat. Aus diesem Programm wurden im vorigen Jahr 131 Millionen DM nach Baden-Württemberg geleitet, und das Programm wird in diesem Jahr in der gleichen Größenordnung fortgesetzt werden. Das sind Ansätze, die wir brauchen. Auch im Berufsschulbereich muss so etwas passieren.

(Beifall bei der SPD)

Da kann ich eben nicht nur auf die anderen Schularten schauen, sondern muss mich insbesondere denjenigen widmen, die am schlechtesten dran sind. Das gilt für den Teil-

zeitbereich der beruflichen Schulen. Ist es denn normal, frage ich Sie, dass mehr als die Hälfte der Berufsschüler im Teilzeitbereich keine 12 Wochenstunden Unterricht haben, obwohl wir 13 anstreben? Ist es denn tragbar, dass 675 Klassen noch immer nicht den festgesetzten Minimumpflichtanteil von 10 Stunden Unterricht bekommen?

(Zuruf von der SPD)

Was sind das für Zustände im beruflichen Bereich in diesem Lande?

(Beifall bei der SPD)

Und wen trifft es? Lachen Sie nicht.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Scheuermann, lachen Sie nicht.

(Abg. Scheuermann CDU: Ich lache, wann ich will!)

Ich werde Ihnen die „Zukunftskommission 2000“ der Landesregierung zitieren, und da werden Sie nichts mehr zu lachen haben.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Die Zukunftskommission ist eine von der Landesregierung eingesetzte Kommission.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich zitiere:

Von den 43 000 Jugendlichen, die 1996 in Baden-Württemberg einen Hauptschulabschluss erreicht haben, zählen fast die Hälfte, nämlich 19 000, zu der Gruppe, für die das Bildungssystem nicht genügend angemessene Ausbildungsmöglichkeiten bereithält – die also auf Dauer ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben, mit den entsprechenden Handikaps auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben. Diese jungen Leute laufen Gefahr, zu den Verlierern der modernen Gesellschaft zu werden.

So die Zukunftskommission. Wer wollte da noch lachen? Sehe ich hier noch jemanden? Das wäre ja unglaublich.

(Lachen bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Das liegt an dem Redner! – Abg. Scheuermann CDU: Da kann man nur noch lachen!)

– Bei Ihnen ist ja Hopfen und Malz verloren.

17 000 Jugendliche sind im vorigen Jahr – diese gehören zu denjenigen, von denen die Zukunftskommission spricht –

(Abg. Scheuermann CDU: Da kann ich nur mit Adenauer antworten: Die Lage war noch nie so ernst!)

in berufsvorbereitenden Maßnahmen und im BVJ gewesen. Wofür ist das Berufsvorbereitungsjahr gedacht? Vorzubereiten auf einen Einstieg in eine Berufsausbildung im dualen System. Meine Damen und Herren, die Landesregie-

(Wintruff)

rung musste uns auf einen Antrag mitteilen, dass nur 10 % derjenigen, die ein Berufsvorbereitungsjahr besuchten, Jahr für Jahr diesen Weg in die duale Ausbildung fanden. 90 % dieser 11 000 bis 12 000 Jugendlichen, die jedes Jahr das BVJ besuchen, bleiben auf der Strecke. Da muss man sich doch etwas anderes einfallen lassen! Da kann ich mich doch nicht bloß den anderen Schularten im allgemein bildenden Bereich zuwenden. Da kann ich doch nicht die Elitförderung als Nummer 1 der Bildungspolitik herausstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben als Folge und als Ergebnis all dessen zusätzlich einen dramatischen Nachwuchsmangel an den beruflichen Schulen. Verbände und Gewerkschaften haben seit Jahren darauf hingewiesen. Die Verbände sagen: Das ist die Folge einer Personal- und Einstellungspolitik des Landes, die zu sehr auf die allgemein bildenden Schulen ausgerichtet war und die die besondere Situation der beruflichen Schulen nicht ausreichend berücksichtigt hat.

Meine Damen und Herren, der Beweis ist gegeben. Die beruflichen Schulen haben allein im vorigen Jahr 845 Schüler mehr zu bewältigen gehabt. Trotzdem sind 30 Klassen in den beruflichen Schulen gestrichen worden. Gleichzeitig hat man am Gymnasium aber 22 G-8-Klassen aufgemacht. Da sieht man die Gewichtung, die hier vorgegeben ist.

Die Ministerin wird wohl anschließend darauf hinweisen, dass man ja in diesem Jahr 200 neue Stellen für die beruflichen Schulen bereitstellt. Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen bereits gesagt, wie es aussieht mit den 1 000 fehlenden Deputaten im Pflichtbereich. Aber noch eines in diesem Zusammenhang zum Schluss:

Die Zahl der Berufsschüler hat zwischen 1995 und 2000 um 22 000 zugenommen. In dieser Zeit hat die Landesregierung ganze 70 Stellen geschaffen, mit denen dieser Zuwachs von 22 000 Schülern bewältigt werden sollte. Wenn es so ist, dass, wie die neuesten Zahlen des Statistischen Landesamts zeigen, bis zum Schuljahr 2008/2009 noch einmal 49 000 Schüler hinzukommen werden, meine Damen und Herren, dann brauchen wir nicht 200 zusätzliche Lehrerstellen in diesem Jahr, sondern ein Notprogramm, welches jährlich 200 Stellen hinzukommen lässt, um diesen Bedarf in den beruflichen Schulen zu decken.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr gespannt, wie die Landesregierung hier reagieren wird, wie ein Notprogramm aussehen soll, das diesen Ansprüchen dann gerecht werden wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kuri.

Abg. Ursula Kuri CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Wintruff, wenn man Sie hört, könnte man davon ausgehen, dass in der Bildungspolitik in Baden-Württemberg im Augenblick Land unter ist.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD
– Abg. Birzele SPD: Sehr richtig!)

Das Gegenteil ist absolut der Fall. Bildungspolitik nimmt in unserem regulären Haushalt den größten Platz ein. Hier gibt es die umfassendsten Ausgaben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist nichts Neues!)

Außerdem haben wir in der Zukunftsoffensive Junge Generation noch eine weitere Million für den Bildungsbereich bereitgestellt, die zum großen Teil bereits für diese Felder investiert ist oder noch in den nächsten Monaten ausgegeben wird. Dass diese Anstrengungen notwendig sind, ist in der Tat richtig, denn wir haben das große Glück, in unserem Land sehr viele Kinder zu haben – 17 % mehr Kinder in unseren Schulen. Das wirkt sich natürlich aus. Aber, Herr Wintruff, wenn Sie sagen, wir müssten die Schwachen fördern, dann sage ich, dass wir auch die Elite fördern müssen. Das eine geht nicht ohne das andere. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das eine tun und das andere nicht lassen! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Was tun Sie denn für die anderen?)

Unsere beruflichen Schulen werden in ihrer großen Vielfalt mit breit gefächertem Angebot von etwa 80 % aller Schüler und Schülerinnen dieses Landes besucht. Im Schuljahr 1998/1999 wurden rund 331 000 Schüler an den 340 beruflichen Schulstandorten des Landes unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler werden in Vollzeit- und Teilzeitklassen unterrichtet, in Vollzeitklassen etwa 137 000, in Teilzeitklassen 194 000.

In Baden-Württemberg ist in diesem Zusammenhang auch die große Durchlässigkeit und die Aufbaumöglichkeit von einem Abschluss zu einem weiteren zu nennen. Das ist eine Weiterqualifikation, die für die Absolventen von ganz, ganz großer Bedeutung ist.

Unsere beruflichen Schulen bilden in den klassischen Bereichen aus, müssen sich aber auch dauernd auf neue Herausforderungen einstellen, und dies sogar oft in jährlichem Zyklus. Ich will in diesem Zusammenhang nur die IT-Berufe nennen, aber es gibt noch viele andere mehr.

Kernstück der beruflichen Ausbildung in unseren Schulen sind die Berufsschulen mit ihrer dualen Ausbildung – im Ausbildungsbereich, im Betrieb mit der Kammerprüfung und in der Schule mit der schulischen Prüfung. Das Land ist bereit, für die schulische Ausbildung die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Allerdings sind in diesem Feld auch die Wirtschaft und das Handwerk gefordert, die nötigen Ausbildungsplätze anzubieten.

Gerade in den neuen Berufsfeldern sind große Zuwachsraten festzustellen. 1997 gab es im IT-Bereich noch 567 abgeschlossene Ausbildungsverträge. 1999 waren es bereits 1 633. Ähnliches gilt für die Mediengestalter für digitale und Printmedien mit etwa 1 400 Auszubildenden. Der Bedarf in der Wirtschaft steigt ständig. So erwarten wir für das kommende Schuljahr zusätzlich etwa 1 000 weitere Ausbildungsverträge. Dies ist eine gewaltige Herausforderung für die Unterrichtsversorgung.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Na und?)

(Ursula Kuri)

Nach dem Organisationserlass sind 12 Wochenstunden je Klasse anzustreben. Grundsätzlich sind 10 Wochenstunden zu erteilen, auch bei Lehrermangel.

Der Anteil der Klassen mit weniger als 10 Stunden liegt bei etwa 6 %, und da – das muss ich ganz deutlich dazusagen – liegt es im Ermessen der Schulleitung, auch nach bestimmten Kriterien zu gewichten. Dies wird im Einzelfall sehr genau zu belegen sein. Das liegt zum Teil an den fehlenden Fachlehrern in ausgesprochenen Spezialfeldern, in denen wir uns sehr bemühen, die nötigen Lehrer bereitzustellen. Es liegt auch an den Umschülern, die nicht mehr alle Fächer besuchen müssen, oder es liegt auch daran, dass der Baubereich im ersten Lehrjahr mit 13 Unterrichtsstunden und mehr versorgt wird, dafür natürlich dann in den Folgejahren weniger Unterricht hat. Außerdem wurde im Hotel- und Gaststättengewerbe nur die erste Stufe umgesetzt, weil die Ausbildungsbetriebe dringend gefordert haben, dass ihre Lehrlinge mehr Präsenz in den Ausbildungsbetrieben zeigen.

(Abg. Wintruff SPD: Dafür sind sie gut genug!)

Deshalb sind die Statistiken an dieser Stelle auch zu hinterfragen.

(Lachen des Abg. Wintruff SPD)

Obwohl wir von 1994 bis 1999 328 Lehrerneueinstellungen vorgenommen, frei gewordene Stellen wieder besetzt und auch das Stundenmaß für die wissenschaftlichen Lehrer erhöht haben, konnte im Teilzeitbereich noch nicht jeder Engpass beseitigt werden,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja, was machen Sie denn dagegen?)

weil – und jetzt hören Sie bitte genau zu, warum – wir eben auch sehr viele Vollzeitklassen, vor allem BVJ-Klassen, zusätzlich eingerichtet haben.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Die Anstrengungen sind notwendig,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Welche Anstrengungen? Wo strengen Sie sich denn an?)

damit möglichst viele Jugendliche eine Chance auf Ausbildung bekommen.

(Zurufe der Abg. Birgit Kipfer und Wintruff SPD)

Vollzeitklassen haben einen hohen Ressourcenbedarf; dennoch wurden auch in diesem Bereich die Berufsausbildungen weiterentwickelt. Ich darf an das einjährige Berufskolleg für Technik und Medien, an das Berufskolleg Technische Kommunikation – dort haben wir allein im Augenblick 60 Klassen mit etwa 1 500 Schülern – und an das Berufskolleg Informatik an der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit jährlich 180 Schülern erinnern.

(Abg. Wintruff SPD: Viel zu wenig!)

– Sie können ja immer sagen, es sei alles zu wenig. Aber tun Sie es mal so!

(Abg. Wintruff SPD: Die Schüler sind doch da! – Abg. Rau CDU: Der Wintruff ist doch ein alter Jammerer! – Gegenruf des Abg. König REP: Herr Zeller noch mehr!)

An den beruflichen Gymnasien wurden im Blick auf die neuen Berufe Unterrichtseinheiten in den Lehrplänen verändert, und zwar zugunsten von Informatik, Datenverarbeitung und anderem. Wir bemühen uns, die Schulen mit ihren Inhalten für unsere Schüler ständig an die neuen Bedürfnisse anzugleichen, und dies nicht erst seit heute.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Schülerinnen und Schüler verlassen unser Schulsystem mit sehr guten Kenntnissen und treten so wohl vorbereitet in Berufsfeld und Studium ein. Übrigens ist das eine Größenordnung von etwa 20 000 Schülern jährlich. Die Absolventen der Technischen Gymnasien finden wir dann an den Hochschulen wieder in den Fachbereichen Ingenieurwissenschaften, Informatik, Mikrosystemtechnik und anderen, also genau in den Feldern, die so dringend gebraucht werden.

(Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Baden-Württemberg hat schon sehr frühzeitig diese Weichen richtig gestellt, anders als in Niedersachsen, wo in der Zeit, in der wir ausgebaut haben, abgebaut wurde. Auch in der Ausstattung der Schulen mit Computern haben wir wichtige Wege beschritten und in der Zukunftsoffensive unsere Schulen weiter mit Computern ausgestattet. Wir haben also wirklich große Anstrengungen unternommen, die auch ihre Wirkung zeigen. Wir werden auch alles tun, um den Unterricht zu gewährleisten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was werden Sie tun?)

Geben wir der Jugend in Baden-Württemberg eine Chance. Sie wird sie nutzen. Wir haben den Schwerpunkt in den Bereich Bildungspolitik gelegt, und zwar auch und gerade an den beruflichen Schulen. Wir brauchen kein Notprogramm.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht erst seit der Beantwortung des Antrags der SPD wissen wir, dass wir an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg ein sehr großes strukturelles Defizit in der Unterrichtsversorgung haben. Strukturelles Defizit – damit meine ich: Es wird Pflichtunterricht nicht erteilt; es geht nicht nur um krankheitsbedingte oder fortbildungsbedingte Unterrichtsausfälle.

Dennoch sind die Zahlen, die jetzt in der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag enthalten sind, für mich ziemlich erschütternd, wenn Sie, Frau Kultusministerin, jetzt einräumen müssen, dass über 1 000 Deputate an den beruflichen Schulen fehlen. Wenn Unterricht in bestimmten Fächern aufgrund von Fachlehrermangel überhaupt nicht mehr erteilt werden kann, dann sind Sie Ihrer Ver-

(Renate Rastätter)

pflichtung, das allgemein bildende Schulwesen und das berufliche Schulwesen gleichwertig auszustatten, einfach schlichtweg nicht nachgekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist nicht zu akzeptieren, dass Sie ständig auf andere Bundesländer verweisen, die keine 13, sondern zum Beispiel nur 12 Wochenstunden Berufsschulunterricht festgelegt haben. Wenn Sie in Baden-Württemberg 13 Stunden festgelegt haben, müssen Sie sich an den eigenen Ansprüchen und nicht an denen anderer Bundesländer messen.

Alarmierend ist besonders der Fachlehrermangel in den Zukunftsberufen Computertechnik, Wirtschaftswissenschaften, Fertigungstechnik. Der Verweis auf die Konkurrenzsituation mit der freien Wirtschaft ist zwar richtig – das sehen wir genauso, die freie Wirtschaft wirbt die Elektrotechniker, wirbt die Ingenieure ab, wir verkennen dieses Problem nicht –, aber dies zeigt gleichzeitig, dass Sie keine Strategie entwickelt haben, wie in diesen Mangelbereichen die Unterrichtsversorgung dauerhaft gesichert werden kann.

Es ist auch richtig, wenn jetzt, wie vonseiten der SPD, ein Notprogramm zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gefordert wird, aber wir brauchen ein schlüssiges Gesamtkonzept für die nächsten Jahre. Dazu gehören nach unserer Auffassung:

Erstens: Insgesamt müssen mehr Lehrerstellen geschaffen werden, wie es meine Fraktion ja beim Doppelhaushalt mit den zusätzlichen 2 000 Lehrstellen beantragt hat. Dann können auch jährlich mehr Lehrerstunden, mehr Deputate an die beruflichen Schulen zugewiesen werden.

Zweitens: Es müssen Anreize zur Gewinnung von Spezialisten – Elektroingenieure, Diplomhandelslehrer, Informatiker – geschaffen werden. Eine Möglichkeit dazu: Eine Einstellungsgarantie für die Spezialisten bereits vor dem Referendariat. Meine Damen und Herren, es wird aber kein Weg daran vorbeiführen, Zulagen zum Referendariat zu zahlen, und es wird auch kein Weg daran vorbeiführen, aufgrund dieser extremen Mangelsituation zeitlich befristet zum anschließenden Gehalt Zulagen zu bezahlen, sonst ist der Schuldienst für hoch qualifizierte Spezialisten bei der Konkurrenzsituation mit der freien Wirtschaft einfach nicht attraktiv.

Drittens: Gerade beim beruflichen Schulwesen zeigt sich, dass das Berufsbeamtentum mit seinen starren Laufbahnregelungen die schnellen Anpassungen, die erforderlich sind, die Befriedigung des Reformbedarfs, aber auch die Personalplanung erschwert.

(Abg. Rau CDU: Da hat sie Recht!)

Wir brauchen Spezialisten, zum Beispiel aus den technischen Fachhochschulen. Es ist doch absurd, dass ausgerechnet Ingenieure aus den Fachhochschulen, die viel praxisnäher, viel schultauglicher sind als zum Beispiel solche aus der wissenschaftlichen Ausbildung, keinen sofortigen Zugang zum höheren Dienst haben. Dieser alte Zopf muss weg.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wir fordern zum Beispiel ein zweisemestriges pädagogisches Zusatzstudium für FH-Absolventen mit anschließender sofortiger Übernahme ins Referendariat zum höheren Dienst.

(Beifall der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens: Die Voraussetzungen dafür müssen geschaffen werden, dass qualifizierte Spezialisten aus der Lernortkooperation für einige Jahre in den Schuldienst überwechseln können. Wir brauchen dort diese Spezialisten im Angestelltenverhältnis, die dann anschließend wieder in die Wirtschaft wechseln; denn eine solche Fluktuation wird der Verzahnung von Arbeitswelt und Schule gut tun und wird auch die qualitative schulische Ausbildung an den beruflichen Schulen erhöhen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur beabsichtigten Deckelung der beruflichen Vollzeitschulen sagen. Natürlich muss die absolute Priorität auf die Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze gelegt werden. Die Wirtschaft, die Arbeitnehmer müssen in die Pflicht genommen werden und dürfen sich ihrer Verantwortung für die junge Generation nicht entziehen.

Ich sage aber deutlich: Bevor in den nächsten Jahren bei wachsenden Schülerinnen- und Schülerzahlen junge Menschen nach der Schule ohne Perspektive auf der Straße stehen, muss die Landesregierung offen sein für einen behutsamen Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen. Berufliche Ausbildung, schulische Ausbildung sind teuer, aber die sozialen Folgekosten von unterlassener Ausbildung und Bildung sind unbezahlbar.

Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne befindet sich der französische Generalkonsul in Stuttgart, Herr Francis Etienne, der sein Amt Ende des letzten Monats offiziell angetreten hat.

Herr Generalkonsul, ich darf Sie im Namen des Landtags sehr herzlich willkommen heißen. Ich bedanke mich für Ihr Interesse und wünsche Ihnen einen informativen Aufenthalt im Landtag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die beruflichen Schulen sind eine wesentliche Säule des Bildungssystems in Baden-Württemberg. Dies wurde gestern erneut deutlich bei der Verabschiedung von Herrn Ministerialdirigent Degenhart, dem wir an dieser Stelle nochmals für sein langjähriges und fundiertes Wirken in diesem Bereich danken wollen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nun zum auf der Tagesordnung stehenden Antrag. Die SPD schlägt Schlachten von gestern, und sie kämpft auch noch an der falschen Front. Meine Damen und Herren, Ih-

(Heiderose Berroth)

nen scheinen die Themen auszugehen. Sie holen deshalb in gewissen Abständen alte Initiativen heraus und bringen sie mit einem leicht modernisierten Kleidchen immer wieder. Ich erinnere mich sehr wohl daran, dass wir uns vor nicht allzu langer Zeit im Schulausschuss bereits ausführlich über die Unterrichtszeiten im Gastgewerbe unterhalten haben.

Fakt ist: Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben gerade in den finanziell schwierigen letzten Jahren bewusst einen Schwerpunkt in die zukunftsorientierte Bildung für unsere Jugend gesetzt. Dies hat sich auch im beruflichen Schulwesen deutlich ausgewirkt.

Die Wiederbesetzung und Schaffung neuer Lehrerstellen ist anteilmäßig auch den beruflichen Schulen zugute gekommen.

(Abg. Wintruff SPD: Ihr seid die Partei der Ignoranten geworden!)

Im Einzelnen verweise ich zu diesen Maßnahmen auf das von der Kollegin Kuri bereits ausführlich Dargestellte.

Nun zu Ihrem Rechenmodell, Herr Wintruff. Ich glaube, wir sollten uns wirklich darüber einig werden, dass nicht in allen Berufen eine Pflichtbeschulung mit 13 Wochenstunden sinnvoll und nötig ist.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ändern Sie das doch!)

Die Situation in einzelnen Berufen ist genauso zu berücksichtigen wie die parallel angebotenen und ebenso wichtigen Theorie- und Praxisunterrichte, die zum Beispiel durch Kammern, Innungen und Verbände verlangt werden. Wir können nicht alles aufeinander setzen, sondern wir müssen die Zeiten synergetisch einteilen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun gibt es in der Tat – das wird auch in der Stellungnahme des Ministeriums deutlich – gewisse Problemzonen, zum Beispiel im fachpraktischen Unterricht und bei bestimmten Mangelfächern. Hier sind allerdings Deputate, das heißt Geld, durchaus vorhanden. Hier fehlen die Bewerber. Das heißt, ein Notprogramm, wie Sie es fordern, würde überhaupt nicht helfen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Diese Situation kehrt in gewissen regelmäßigen Zeitabläufen immer wieder, weil sie konjunkturabhängig ist. Sobald in der Wirtschaft Mangel an Bewerbern herrscht, werden diese vorrangig in die Wirtschaft gehen – weil sie einfach die Möglichkeit hat, im Gehalt viel flexibler zu reagieren –, sodass wir Schwierigkeiten haben, für unsere Schulen genügend geeignete Bewerber zu finden. Das Kultusministerium hat hier aber durchaus bereits Maßnahmen ergriffen. Ich verweise nur auf die Anzeigenserie.

In den nächsten Jahren erwarten wir eine Zunahme der Schülerzahl an beruflichen Schulen bis etwa Mitte des Jahrzehnts. Hier deutet sich in der Tat ein gewisser Engpass an. Auch hier wurde deshalb bereits reagiert. Das Kultusministerium hat mir mitgeteilt, dass bereits mit dem Finanzministerium gesprochen wurde über eine Rücknahme

der Reduzierung der Anwärterbezüge für Referendare im beruflichen Bereich und eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der bewussten Fußnote im Bundesbesoldungsgesetz, die einen Sonderzuschlag für Bewerber ermöglicht, die aus einem bereits ausgeübten anderen Beruf kommen. Hier, werte Kollegen von der Opposition, ist Ihre Aktivität nötig, weil Sie die anderen Länder überzeugen müssen, dass dies sinnvoll und wichtig ist, damit sie dem zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Braun SPD)

Ein stetes Jammern, Herr Kollege Wintruff, wird allerdings nicht dazu beitragen, das Ansehen und das Image der Lehrer an beruflichen Schulen zu fördern. Das brauchen wir aber, wenn wir junge Menschen dafür gewinnen wollen, den hochinteressanten Beruf des Lehrers an einer beruflichen Schule anzustreben.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle einen besonderen Dank an alle Lehrerinnen und Lehrer aussprechen, die sich gerade in den beruflichen Schulen besonders engagieren. Wie oft erlebe ich, wenn ich eine berufliche Schule besuche, dass ich einen Raum gezeigt bekomme,

(Abg. Bebber SPD: Die fühlen sich verhöhnepipelt angesichts der Vernachlässigung durch die Regierung!)

von dem gesagt wird: Den haben die Lehrer zum großen Teil mit den Schülern zusammen selbst ausgestattet. Dieses Engagement müssen wir würdigen. Ich sage deshalb auch hier noch einmal ausdrücklich: Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die leistungsorientierte Besoldung unserer Lehrer weiter ausbauen können, um solches Engagement nicht nur mit guten Worten, sondern auch finanziell zu belohnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir müssen auch das Engagement der Lehrer belohnen, die sich zum Beispiel für ihre Arbeit einen eigenen PC beschafft haben und diesen in manchen Finanzamtsbezirken derzeit nicht einmal als Werbungskosten absetzen dürfen. Auch hier ist politische Initiative gefragt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Rau CDU zur FDP/DVP: Euch muss man ja aufwecken!)

Noch etwas ganz Aktuelles aus der heutigen Zeitung: die außerordentlich positive Bilanz der Lehrstellensituation in Baden-Württemberg. Die weitere Zunahme der Auszubildenden im dualen System wird sich durchaus positiv auf die Unterrichtsversorgung auswirken. Das wurde schon dargestellt. Heute steht in der Zeitung: „Südwestfirmen sind Lehrstellenmeister“. Ich danke der Wirtschaft für diese Bereitschaft, im dualen System so intensiv zusammenzuarbeiten. Da liegt die Zukunft für unsere Jugend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in Baden-Württemberg ein sehr weit gefächertes, gut gegliedertes Berufsbildungssystem. Es ist sogar so weit gefächert, dass selbst die Frau Ministerin, wie sie gestern anlässlich der Verabschiedung von Herrn Ministerialdirigent Degenhart äußerte, nicht in der Lage ist, all die Wege und Auffächerungen aufzuzählen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal von dieser Stelle aus Herrn Degenhart herzlich für die gute Zusammenarbeit danken, aber auch für sein großes Engagement, die schwierige Lage im Berufsschulwesen, in der Berufsbildung mit den Ressourcen, die ihm zur Verfügung standen, zu meistern.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will heute auf zwei Punkte eingehen, zunächst auf das Teilzeitberufsschulwesen, das auch in Teil A des Antrags der Fraktion der SPD angesprochen wurde. Dazu darf ich noch einen Satz anfügen. Es ist offensichtlich, dass die SPD diese Fragen gestellt hat, um möglicherweise eine Bestätigung für das zu bekommen, was sie bisher schon wissen wollte, denn sonst hätte sie in Teil B die Forderung nach einem Notprogramm zur Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen nicht stellen können. Diese Forderung müsste eigentlich die Folge aus der Stellungnahme zu diesem Antrag sein.

(Abg. Wintruff SPD: Wir sind im Gegensatz zu Ihnen halt immer besser informiert! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Dann brauchen Sie den Antrag nicht zu stellen!)

– Herr Wintruff, Ihre Schwarzmalerei im Bildungsbereich kennen wir. Sie sind aber noch etwas gemäßiger als Herr Kollege Zeller. Gott sei Dank hat er dazu nicht gesprochen, denn sonst bräuchten wir nicht nur ein Notprogramm, sondern ein Katastrophenprogramm.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von den Republikanern – Abg. Zeller SPD: Haben Sie zu viel Schnaps getrunken heute Morgen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat ein schlechtes Zeichen, wenn wir in einem Organisationserlass ein Minimum von 10 Wochenstunden im Teilzeitberufsschulbereich vorschreiben und immerhin noch 6,4 % der Klassen weniger als diese 10 Unterrichtsstunden erteilt bekommen.

Zum anderen ist aber auch aus den Tabellen in der Stellungnahme zu dem Antrag ersichtlich, dass wir rund 1 300 Klassen im Bereich der Sollvorgabe von 13 Wochenstunden haben. Diese Klassen bekommen 13 und mehr Unterrichtsstunden erteilt.

Nun könnte man ja sagen: Wir hängen unsere Anspruchslatte von 13 Stunden wöchentlich etwas niedriger und beschränken uns auf 12 Wochenstunden. Dann würde dies – rein rechnerisch, rein theoretisch – ergeben, dass 1 300 Wochenstunden für die Klassen frei würden, die bloß 8 oder 9 Wochenstunden erteilt bekommen.

(Abg. Wintruff SPD: Die sind doch gar nicht da!)

Das würde – rein rechnerisch, rein theoretisch, also als Sandkastenspiel gedacht – bedeuten, dass es keine Klassen mehr zu geben bräuchte, die weniger als 10 Wochenstunden Unterricht erteilt bekommen. Ich weiß selbstverständlich, Herr Wintruff, dass zu jeder einzelnen Unterrichtsstunde ein Lehrer gehört. Die Stunden kann ich auf dem Reißbrett schön schieben, aber die Lehrer, die daran hängen, kann ich halt nicht unbedingt verschieben. Das geht nur mit Deputaten oder zumindest mit Teilblöcken von Deputaten. Rein rechnerisch wäre dies aber damit auszugleichen.

Zum anderen muss man natürlich auch sagen: Wenn man weiß, dass die Schülerzahlen im beruflichen Schulwesen jährlich um soundso viel zunehmen, dann müssen wir im Haushalt Prioritäten setzen und auch die dann dafür notwendigen Stellen ausweisen.

Nächster Punkt ist der Fachlehrermangel, den wir in bestimmten Berufssparten an den Berufsschulen haben. Das ist klar. Das wurde auch von Vorrednern schon gesagt. Da müssen wir versuchen, die Konkurrenz aus der Wirtschaft so auszustechen, dass wir die Attraktivität erhöhen, selbst wenn es eventuell durch Zulagen sei; auch das würden wir befürworten.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Nachdem mein Licht schon brennt, noch ein letzter Satz zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Wintruff, zum BVJ. Das BVJ ist eine gute Einrichtung für all diejenigen, die nicht direkt den Sprung von der Schule in die Ausbildung oder ins Berufsleben schaffen. Wenn aber nach der Absolvierung dieses Berufsvorbereitungsjahres tatsächlich nur 10 % den Sprung schaffen, dann kann das nicht bloß daran liegen, dass wir eventuell zu wenig Lehrer haben – denn das betrifft ja den Vollzeitbereich –, sondern da muss man sich auch einmal die Frage stellen: Wer macht denn dieses Berufsvorbereitungsjahr, oder wer muss es machen? Wen stellt eigentlich der Abnehmer, der duale Partner, von vornherein gleich gar nicht ein?

Nun liegt das nicht bloß an der Unfähigkeit der Lehrer oder daran, dass es zu wenig Lehrer gibt, sondern man muss die Frage stellen: Sind dort nicht auch eine ganze Menge von Schülern, die ausbildungsunwillig oder gar ausbildungsunfähig sind? Meine Damen und Herren, das ist ein Auswuchs all dessen, was wir mit dem Laisser-faire derzeit gesellschaftlich erleben. Der Leistungsgedanke muss wieder im Vordergrund stehen, und dann muss letztendlich auch der nötige Druck auf all diejenigen, die ausbildungsunwillig sind, ausgeübt werden können.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn sie ausbildungsunfähig sind, kann man natürlich nichts machen. Meine Damen und Herren, wir Republikaner – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. König, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. König REP: Herr Präsident, ich komme Ihrer Bitte nach.

Wir Republikaner werden uns bemühen, mit klarer Sicht im Rahmen des Möglichen die Defizite, die im beruflichen Schulwesen noch vorhanden sind, mit auszugleichen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Rastätter hat ein schlüssiges Gesamtkonzept gefordert. Ich behaupte: Das haben wir seit vielen Jahren in Baden-Württemberg. Ich behaupte nicht, dass dieses Konzept so schlüssig ist, dass alles, was es an Problemen gibt, schon gelöst wäre. Ich behaupte nicht, dass wir in der jetzigen Situation nicht auch wieder vor großen Herausforderungen für die nächsten Jahre stehen, die zusätzliche Bemühungen im Blick auf Konzepte und auch im Blick auf Investitionen erforderlich machen.

Aber das Konzept, das wir in Baden-Württemberg haben, hat der beruflichen Bildung in diesem Land weit über die Landesgrenzen hinaus einen guten Ruf verschafft. Dieses Konzept ist die Grundlage für eine überaus vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schulen in Baden-Württemberg, zwischen den Kammern, Verbänden und der Bildungspolitik.

Manche haben es schon gesagt: Das ist gestern bei der Verabschiedung eines Mannes deutlich geworden, der seit 33 Jahren maßgebend die berufliche Bildung in Baden-Württemberg mit geprägt hat, der viele Impulse für uns vorbereitet hat. Deshalb glaube ich: Wer wirklich Lobby für die berufliche Bildung sein will – und ich freue mich über jeden, der Lobby für die berufliche Bildung sein will –,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut!)

der muss aufhören, von „Dramatik“, von „Not“ oder von „jämmerlichem Zustand“ zu sprechen.

(Beifall der Abg. Ursula Kuri CDU)

Letzteres ist übrigens die Botschaft der SPD-Landesvorsitzenden Ute Vogt, die sagt: Die Berufsschulen in Baden-Württemberg sind in einem jämmerlichen Zustand. Es ist eine jämmerliche Aussage, von einem jämmerlichen Zustand der Berufsschulen in Baden-Württemberg zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Für das Konzept gibt es einen Grundsatz, der lautet: Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Das ist die Bandbreite in der beruflichen Bildung. Es geht um die, die sich schwer tun, die kaum einen Schulabschluss oder nur einen schwachen Schulabschluss schaffen,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Richtig!)

die besondere Förderung brauchen. Das berufliche Bildungswesen steht aber auch in einem Wettbewerb mit den allgemein bildenden Schulen um besonders begabte und motivierte Schüler und Schülerinnen. Deshalb haben wir auf beiden

(Abg. König REP: Bändern!)

– danke – Segmenten der Bandbreite in den letzten Jahren eine Menge Akzente gesetzt. Wir haben 170 berufliche Gymnasien. In diesem Jahr sind es 11 000 Schülerinnen und Schüler, die ein Abitur an einem beruflichen Gymnasium machen, mit Schwerpunkten, mit Leistungskursen, die schon sehr deutlich auf Zukunftsbranchen ausgerichtet sind.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Die wollen Sie ja jetzt gerade abschaffen!)

Wir werden die Profile, wir werden die Möglichkeiten der Leistungskurse in unserem neuen System weiterentwickeln.

(Abg. Wintruff SPD: Dagegen sagt doch keiner was!)

Wir haben eine Fülle sehr verschiedener Berufskollegs. Aber ich sage Ihnen noch einmal – und von diesem Grundsatz werden wir nicht abweichen –: Wir machen nicht einfach immer weitere berufliche Vollzeitangebote. Jedes Angebot, das zusätzlich eingerichtet wird, bedeutet nur dann Zukunftschancen für die junge Generation, wenn es mit der Wirtschaft, mit Betrieben und Branchen abgesprochen wird.

Herr Wintruff, es hat kein Jahr gegeben, nicht ein einziges in den Neunzigerjahren, in dem wir nicht zusätzliche berufliche Vollzeitklassen eingerichtet haben.

(Abg. Ursula Kuri CDU: Genau!)

Die einzige Deckelung – zeitweilig – war die im Wirtschaftsgymnasium, weil es dort einen Zuwachs gegeben hat, von dem wir gesagt haben: Im Blick auf Berufschancen, im Blick auf Zukunftsbranchen ist es wichtiger, wir versuchen ein bisschen Umleitung in technische Bereiche, in die technischen Gymnasien, und eben in eine Reihe von verschiedenen Berufskollegs, die sich bewährt haben. In jedem Jahr sind berufliche Vollzeitklassen eingerichtet worden. Deshalb beträgt der Anteil der Schüler und Schülerinnen in beruflichen Vollzeitschulen in Baden-Württemberg derzeit 40 %. Von Deckelung kann keine Rede sein. Zum nächsten Schuljahr sind bereits weitere Klassen geöffnet – zusätzliche Investitionen, höhere Schülerzahlen.

Wir machen auch Dinge – auch im Wahlpflichtbereich – wie Management im Handwerk. Wir unterstützen das Handwerk auch in einer ausdifferenzierten Landschaft unseres beruflichen Schulwesens.

(Abg. Wintruff SPD: Richten Sie Ihren Blick doch einmal auf die Schwächeren und nicht immer nur in die eine Richtung!)

– Ja, ich komme darauf.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Herr Wintruff, Sie wissen es doch. Wo gibt es so viele verschiedene Berufsvorbereitungsjahre?

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Wir haben das Berufsvorbereitungsjahr weiterentwickelt. Die 10 %, die Sie in diesem Zusammenhang nennen, ist eine Zahl von vor einigen Jahren.

(Lachen des Abg. Wintruff SPD)

Wir haben daraufhin Veränderungen vorgenommen. Wir haben einen Praxistag – –

(Abg. Wintruff SPD: Das sind aktuelle Zahlen!)

– Wir haben ja gar keine aktuellen Zahlen, Herr Wintruff.

(Abg. Wintruff SPD: Ein Jahr zurück! Das ist doch in der Statistik immer so!)

Wir haben einen Praxistag eingeführt. Wir wissen aus den Schulen, dass dieser Praxistag einen großen Beitrag dazu leistet, dass Betriebe junge Leute kennen lernen, junge Leute, die zwar schwache schulische Leistungen erbringen, bei denen im Betrieb aber deutlich wird: Sie sind trotz schlechter Noten in der Schule durchaus nicht nur für Beschäftigung, sondern manchmal auch für einen verspäteten Eintritt in die berufliche Bildung geeignet.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das heißt, man kann doch jetzt nicht das Berufsvorbereitungsjahr schlecht reden. Das Berufsvorbereitungsjahr ist eine

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hervorragende Sache!)

enorme Chance für viele junge Leute, mit Verspätung in die Ausbildung oder in eine Beschäftigung zu kommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Natürlich wissen wir, dass wir angesichts erhöhter Anforderungen in nahezu allen Ausbildungsbereichen zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, junge Leute so zu begleiten und zu beraten, dass sie einen Einstieg finden.

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

Sagen Sie mir doch einmal ein einziges Land – ein einziges Land! –, in dem es Jugendberufshilfe gibt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

in dem in jeder Region künftig Berater sind, die dafür sorgen, dass es zusätzliche Qualifikationen gibt, dass es Vermittlung in den Betrieb gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wintruff SPD: Sagen Sie mir einmal, wo die 10 000 BVJler hingehen! Was wird aus denen?)

Das heißt, mit mir muss man nicht darüber streiten, dass es Probleme gibt. Aber im Wettbewerb der Ideen und der Antworten auf Probleme stehen wir phänomenal gut da.

(Abg. Wintruff SPD: Durch Behauptungen wird es nicht besser!)

Die niedrige Jugendarbeitslosigkeitsquote in Baden-Württemberg ist nicht allein ein Ergebnis der Politik der Bundesregierung. Andernfalls müssten Sie mir erklären, warum im Bundesdurchschnitt über 10 % Jugendliche arbeitslos sind.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

10 % im Bund, 5,6 % in Baden-Württemberg. Bekanntlich hat der Bund seine Programme bundesweit durchgeführt und nicht nur auf Baden-Württemberg konzentriert. Diese kurzzeitigen Programme mögen sein. Sie sind aber nicht die wirklich nachhaltige Antwort auf Jugendliche, die sich schwer tun. Sie sind nicht die wirklich nachhaltige Antwort

(Abg. Zeller SPD: Jetzt machen Sie schon wieder etwas schlecht, weil es nicht von Ihnen stammt!)

auf die Brücke zwischen Schule und Betrieb.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Sie haben ja gar keine Antwort!)

Meine Damen und Herren, ich gehe auf einzelne Themen, die angesprochen wurden, ein.

Erstes Thema: strukturelle Defizite. Die gibt es.

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

Das ist auch nie geleugnet worden.

(Abg. Wintruff SPD: Warum stellen Sie sie nicht ab? Die werden immer schlimmer!)

– Die werden nicht immer schlimmer.

(Abg. Wintruff SPD: Doch!)

Vielmehr halten sie sich ziemlich die Waage. Sie haben auch – das hören Sie nicht gern – damit zu tun, dass wir die Latte hoch angelegt haben, übrigens eine Latte, die in anderen Bundesländern wie Niedersachsen schon vor drei Jahren heruntergerissen wurde.

(Abg. Carla Bregenzner SPD: Was hilft denn das?)

Da haben wir hier diskutiert. Da ist bundesweit darüber diskutiert worden, ob die Berufsschule nicht auf einen Tag in der Woche konzentriert werden sollte.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzner SPD)

Da ist bundesweit darüber diskutiert worden, ob man auf einen Berufsschultag nicht 9 Unterrichtsstunden legen sollte. Es war das Land Baden-Württemberg, das in der Ministerpräsidentenkonferenz gegenüber Niedersachsen erklärt hat: Erstens tun wir das nicht, zweitens halten wir das für falsch, und drittens halten wir daran fest,

(Abg. Wintruff SPD: Das kam doch von Ihrem Rüttgers!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

dass ein einziger Berufsschultag in der Woche nicht reicht, meine Damen und Herren. So ist die Lage. So war der Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Nun haben Sie doch die Zahlen angefordert. In der Ministerpräsidentenkonferenz damals hat der Ministerpräsident von Baden-Württemberg seinen Kollegen vorgeschlagen und gefragt, ob man sich nicht wenigstens dahin gehend einigen könne, dass sich alle auf 8 Stunden verpflichten. Daraufhin haben ihm seine Kollegen erklärt, sie könnten dies nicht, eine Verpflichtung auf generell 8 Stunden sei für manche Region und manches Land zu viel. Jetzt halten Sie mir die 10 % der Klassen in Baden-Württemberg mit unter 10 Unterrichtsstunden vor. Und Sie sagen kein Wort darüber, dass die Zahl – –

(Abg. Wintruff SPD: Das schreiben Sie doch selbst in den Organisationserlass hinein! Dann setzen Sie es doch durch!)

– Ja, natürlich. Und Sie kennen auch die fünf bis sechs Gründe, warum es Klassen mit weniger als 10 Unterrichtsstunden pro Woche gibt. Ich komme gleich noch darauf zu sprechen.

Wir haben Klassen mit 13 und mehr Wochenstunden, insgesamt 1 297. Wir haben 2 152 Klassen mit 12 Unterrichtsstunden und über 3 800 Klassen mit 10 und 11 Unterrichtsstunden, meine Damen und Herren. Das heißt, die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg,

(Abg. Wintruff SPD: Lesen Sie doch die unteren auch vor!)

die überwältigende Mehrheit hat in der Berufsschule 10 bis 13 Wochenstunden und mehr. Das wird so bleiben. Zu den Klassen mit unter 10 Stunden wissen Sie: Es gibt Klassen mit Schülern, die bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben und deshalb eine Reduzierung von 4 bis 5 Wochenstunden erhalten. Es gibt die variable Verteilung von Unterrichtszeiten auf die Schuljahre.

(Abg. Wintruff SPD: Es gibt auch Klassen mit 8 Stunden und darunter!)

Es gibt Situationen, in denen der fachpraktische Unterricht dem dualen Partner überlassen bleibt, um die Anschaffung der notwendigen Werkstattausrüstung und von Geräten zu vermeiden. Es gibt Klassen mit Prüfungswiederholern, die unter 10 Wochenstunden haben. Natürlich gibt es auch Situationen vor Ort, die dies erfordern: Räumangel,

(Abg. Wintruff SPD: Lehrermangel!)

Probleme bei der Abstimmung zwischen Betrieb und Schule – ich nenne das Stichwort Gastronomie. Aber ich sage noch einmal: Die strukturellen Defizite sind über die Jahre nicht größer geworden.

(Zuruf von der SPD: Schlechter!)

Sie reden nicht drüber, dass wir auch Klassen mit weit über 13 Wochenstunden haben.

(Abg. Wintruff SPD: Und unter 8!)

Meine Damen und Herren, das Entscheidende ist doch nicht die buchhalterische Auflistung von Wochenstunden. Das Entscheidende ist, dass dabei eine Ausbildung herauskommt, die in Übereinstimmung von Schule und Betrieb geschieht und zu einer Beschäftigung führt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Woher wissen Sie denn das? Dann brauchen wir auch gar keinen Unterricht mehr zu geben!)

Wir werden in diesen Tagen die neue Stichprobe über den Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg veröffentlichen. Auch das unterscheidet uns übrigens von vielen anderen: Wir machen transparent, wo wir Probleme haben und wo wir aktuell etwas verbessern müssen.

(Abg. König REP: Erst auf Druck der Organisation!)

Deshalb ist es wahr: Wir haben im gesamten Bereich des beruflichen Schulwesens 4,5 % Unterrichtsausfall, 4,5 % gemessen an 13 Wochenstunden – das ist die Latte – und an 32 bis 35 Wochenstunden in Berufskollegs und beruflichen Gymnasien.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, ist der Fachkräftemangel. Es stimmt, dass es Branchen gibt, in denen Studienabsolventen heute lieber in die Wirtschaft gehen als in die Schule. Aber auch hier haben wir die ersten Schritte getan und nehmen selbstverständlich auch Absolventen von Fachhochschulen. Ich bin Ihrer Meinung: Wer eine Fachhochschule besucht hat, darf nicht automatisch im öffentlichen Dienst besoldungsmäßig benachteiligt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Da würde ich mich für Unterstützung auf der Bundesebene bedanken. Dort wird das Dienstrecht gemacht, und dort brauchen wir Veränderungen, nicht in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, da ich jetzt erst drankomme, muss ich noch einmal auf Ihre vorherige Äußerung zurückkommen. Ich habe einmal ausgerechnet: Wenn wir nach Ihrer Argumentation die Latte auf 12 Unterrichtsstunden legten – Sie legen ja großen Wert darauf, dass die anderen Bundesländer das auch tun –, dann kämen bei 12 Sollstunden immer noch 8,1 % Unterrichtsausfall aufgrund struktureller Defizite plus 4 % durch krankheitsbedingte Ausfälle heraus; dann wären wir bei 12 %. Dazu kämen noch 2,9 % als Vertretungsunterricht hinzu. Bei 12 Unterrichtsstunden ergibt sich ein Fehlbedarf, der zwischen 12 und 15 % liegt. Ich frage Sie: Halten Sie auch das noch für normal?

(Beifall bei der SPD)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Also, Herr Wintruff: Mathematik war nicht mein Lieblingsfach.

(Abg. Wintruff SPD: Aber meines!)

Ich habe auf Anhieb nicht verstanden, wieso bei 13 Wochenstunden der jetzige Status – –

(Zurufe von der SPD)

Herr Wintruff, das strukturelle Defizit kann, wenn ich das Soll von 13 auf 12 Stunden reduziere, nicht zeitgleich größer werden.

(Abg. Wintruff SPD: Da sind es 14 %! Wir reden über Teilzeit! – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU: Hören Sie doch mal zu! – Weitere Zurufe)

– Das will ich überhaupt nicht. Ich sage Ihnen nur: Auf 12 Wochenstunden kommt in anderen Ländern kaum jemand.

(Abg. Wintruff SPD: Sie doch auch nicht!)

Ich sage auch nicht, dass ich runter will. Aber ich sage: Ich finde es eine Maßlosigkeit, mit der Sie aus gegebenem Anlass – – Wir sind zwölf Monate vor einem auch für Sie wichtigen Termin. Deshalb finde ich das ja auch alles in Ordnung. Das können Sie ruhig noch zwölf Monate machen.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat damit gar nichts zu tun!)

Aber Sie müssen doch nicht meinen, dass Ihnen irgendjemand in Deutschland glaubt, dass die berufliche Bildung besonders in Baden-Württemberg schlecht sei. Niemand glaubt Ihnen das.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Da werden Sie sich noch wundern!)

Jetzt komme ich zu Zahlen, die die Opposition immer verschweigt. Die erste Zahl – übrigens auch in der Stellungnahme und in der Kultusministerkonferenz abfragbar –: die beste Relation Lehrer/Schüler – das ist ein wichtiger Faktor – im Teilzeitbereich in den Flächenländern in Baden-Württemberg; im Bereich der Vollzeitschulen die zweitbeste Relation. Die Zuweisung von Lehrerwochenstunden pro Schule – darüber haben wir schon im Schulausschuss gestritten; da haben Sie es mir nicht geglaubt; jetzt haben wir es noch einmal bei der KMK abgefragt; jetzt bekommen Sie es noch einmal schriftlich –: 12,5 Lehrerwochenstunden Zuweisung im Bereich des beruflichen Schulwesens; in NRW 11, in Niedersachsen 10, in Rheinland-Pfalz 10,6. Vergleich allgemein bildende Gymnasien und berufliche Gymnasien: In der Klasse 11 gibt es Verschiedenheit in der Gruppengröße. In den Klassen 12 und 13 ist die durchschnittliche Schülerzahl im Leistungskurs im allgemein bildenden Gymnasium 13, im beruflichen Gymnasium 17, im Grundkurs im allgemein bildenden Gymnasium 17, im beruflichen Gymnasium 19.

(Abg. Wintruff SPD: Und in der Klasse 11?)

– Ich rede von Klasse 12 und 13. In Klasse 11 gibt es Unterschiede.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist klar! Sie suchen sich immer das heraus, was günstig ist!)

– Nein. Ich habe es doch gesagt: In der Klasse 11 gibt es neue Gruppenbildungen im beruflichen Gymnasium, während im allgemein bildenden Gymnasium die Schüler hochkommen. Das kann man erklären; das ist doch ziemlich klar. Im Kurssystem in den beiden Klassenstufen der gymnasialen Oberstufe sind sie nahezu identisch. Übrigens – das zeigt sich bei dieser Gelegenheit auch – gute Zahlen: 19,1 Durchschnittsgröße im Grundkurs, 17,4 im Leistungskurs.

Und auch bei den Computern, meine Damen und Herren: Niemand kann zaubern, aber 13 Schüler auf einen Computer ist eine gute Relation.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das wird auch überall im Bereich des beruflichen Schulwesens gesagt. Jetzt werden wir den nächsten Schritt tun müssen: Mit der Zahl der Computer in unseren Schulen müssen wir verstärkt in die Netzwerkbetreuung investieren, die Gemeinden, die Städte mit uns gemeinsam. Die Schulen brauchen jetzt Hilfe bei der Bewältigung dieser ausgiebigen Hardware.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch nicht das Thema des heutigen Tages!)

Wir haben eine Reihe von innovativen Schulprojekten mit dem Computer, die sich jetzt auswirken, die auf andere Schulen übertragen werden. Aber davon zu reden, dass wir im Bereich der Informationstechnik, im Bereich der Ausstattung in einem jämmerlichen Zustand sind, ist weit, weit von der schulischen Wirklichkeit entfernt. Kein Bereich ist so ausgestattet wie der Bereich unserer beruflichen Schulen.

(Abg. Wintruff SPD: Das haben wir doch gestern debattiert! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist doch jetzt nicht das Thema!)

Meine Damen und Herren, was tun wir in Zukunft? Wir schaffen zum neuen Schuljahr 800 neue Lehrerstellen, davon 200 für die beruflichen Schulen. Es wird das erste Schuljahr sein, bei dem wir so viele neue Lehrerstellen schaffen, wie es dem Schülerzuwachs entspricht.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Und das hat mit dem Wahltermin nichts zu tun?)

– Das hat mit den beruflichen Schulen zu tun. Sie werden sehen, dass das auch in den kommenden Jahren so bleibt. Wir brauchen eine Stabilisierung im Blick auf die Lehrerversorgung. Ich sage Ihnen aber auch: Wer sich heute die Ergebnisse der neuen Stichprobe ansieht, der spürt auch ganz deutlich: Es gibt Unterrichtsausfall, der nicht vermieden werden kann.

(Abg. Wintruff SPD: Fünf Jahre lang 70 neue Lehrer!)

Den hat es vor 20 Jahren gegeben, den hat es vor 10 Jahren gegeben, und den wird es auch in 20 Jahren geben, wenn die Schülerzahlen längst wieder zurückgegangen sind.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Unsere Analysen sind so detailliert, dass wir in der Lage sind, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb haben wir für das nächste Schuljahr – das ist der zweite Punkt – eine eigene Rubrik – das haben wir im Haushalt für die kommenden Jahre strukturell so angelegt – für Nebenlehrermittel und Spezialisten an beruflichen Schulen

(Abg. Wintruff SPD: Die finden Sie doch gar nicht! Wo sind die denn?)

und eine deutliche Zunahme in der Rubrik Krankenstellvertretung. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir, was die finanzielle Seite angeht, was die personelle Seite angeht, auf die große Herausforderung der zunehmenden Schulabsolventenzahlen gut vorbereitet sind, dass wir Zuwachs haben werden, und es wird das bleiben, was das berufliche Schulwesen in Baden-Württemberg prägt: viele verschiedene Antworten auf ganz verschiedene Herausforderungen, Zukunftschancen für die junge Generation mit immer neuen Bildungsangeboten, mit immer neuen Stundentafeln, mit einer immer besseren Verbindung von Schule und Betrieb. Das ist das Kernstück: Betrieb und Schule, die vertrauensvoll miteinander arbeiten,

(Zuruf von der SPD: Das wissen wir auch!)

Betrieb und Schule, die gemeinsam festlegen, was zu einer Ausbildung gehört, wie viel Beweglichkeit wir brauchen, was in der Tat in den nächsten zehn Jahren Stundentafeln sind, die am Ende zu einer qualifizierten, zu einer zukunftsträchtigen Ausbildung führen.

Ich freue mich über jede Unterstützung, und wenn die Unterstützung über Kritik kommt, ist es auch gerade recht. Sagen Sie Ihrer Landesvorsitzenden einen schönen Gruß: Bevor sie auch in der großen Geste der Unwissenden aus Berlin hier über baden-württembergische Schulen spricht,

(Abg. Zeller SPD: Jawohl, Frau Lehrerin!)

soll sie mal schauen, wie es wirklich bei uns aussieht.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Rau CDU)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Es wurde angeregt, den Antrag an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen und Punkt 1 der Tagesordnung damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Abschiebung von Arbeitnehmern bosnischer Herkunft – Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die Redner in der ersten Runde und ebenfalls fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht erst seit gestern klagen Industrie und Handwerk in Baden-Württemberg über einen Facharbeitermangel, und nicht umsonst sprechen sie sich deswegen bereits seit Jahren für ein Bleiberecht der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aus. Denn mittlerweile sind diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu wichtigen Säulen in den jeweiligen Betrieben geworden.

Der IHK-Sonderbericht „Greencard für die Region“ macht deutlich, dass es in der gesamten Region in sämtlichen Bereichen und Branchen Facharbeitermangel gibt. Es bekommen ja nicht nur wir Briefe von Handwerkern, Gastronomen und Unternehmern. Jede Woche werden wir von neuem darauf hingewiesen, welche wichtige Rolle diese Menschen in den Betrieben spielen.

Allein seit Dezember liegen dem Petitionsausschuss 15 neue Petitionen aus diesem Personenkreis vor. In den Jahren zuvor waren es ungezählte Petitionen, die jeweils mit der Begründung abgelehnt wurden, die Bürgerkriegsflüchtlinge müssten zurück in ihre Heimat. Die Aktion der Oberbürgermeister von Konstanz und Singen war ein Hilferuf an die Politik, den wir nun endlich ernst nehmen sollten.

(Abg. Deuschle REP: Der war rechtswidrig!)

Aufgrund des Mangels an Facharbeitern waren die Betriebe sehr froh darüber, dass die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, die oft sehr gut ausgebildet waren, zur Verfügung standen. Anstatt nun aber die Initiative zu ergreifen, anstatt die Chance beim Schopf zu packen und das aufzunehmen, was die Betriebe von der Regierung fordern, versucht sich die CDU weiterhin in einer Ausländerpolitik, die den Anforderungen an eine moderne Gesellschaft schon lange nicht mehr entspricht.

Stattdessen schlagen Sie die Schlachten der Vergangenheit. Ich verstehe ja das Problem der CDU: Seit Jahren rennen Sie durchs Land mit Parolen wie „Das Boot ist voll“.

(Abg. Deuschle REP: Das ist keine CDU-Parole!
Das ist Rep-Parole!)

– Ja, da seid ihr natürlich auch dabei. Das ist mir klar.

(Abg. Deuschle REP: Natürlich! Doch immer!)

Im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen kommen Sie jetzt mit so Dumpfbackenparolen wie „Kinder statt Inder“. Wer natürlich über Jahre hinweg Wahlkampf mit Feindbildern führt, der tut sich nun schwer, einzusehen, dass die Parolen, die da geäußert wurden, schlichtweg falsch sind, hauptsächlich aus ökonomischer Sicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, Sie verstoßen gegen die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft,

(Widerspruch bei der CDU)

und Sie fordern ja auch, Kollege Döpfer, immer wieder die Integration der Menschen. Was ist das eigentlich für ein Integrationsangebot an Menschen, die hier seit Jahren le-

(Walter)

ben, wenn es dann einfach heißt?: Ihr habt hier nun jahrelang gute Arbeit geleistet, aber nun weg mit euch!

(Abg. Döpfer CDU: Die werden in Bosnien auch gebraucht!)

Das ist keine Integration, ganz zu schweigen von der Perspektive für die Menschen, die hier zerstört wird. Sie wissen genau: Viele Kinder dieser Bürgerkriegsflüchtlinge kennen nur eine Heimat, und die heißt Baden-Württemberg und nicht Bosnien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Wenn ich mir dann die Betrachtungsweise vieler Mitglieder Ihrer Fraktion im Petitionsausschuss anschau, dann stelle ich fest: Da heißt es einfach, es könne ja gar kein Problem sein, bei 4 Millionen Arbeitslosen Arbeitskräfte zu finden. So werden wir der Sache nicht gerecht. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, gibt es Ursachen für diesen Facharbeitermangel. Selbstverständlich hat die Wirtschaft in den letzten Jahren zu wenig ausgebildet. Doch diese Einsicht hilft uns jetzt nicht weiter. Es hilft auch nicht, zu sagen: Jetzt müssen wir halt zukünftig wieder mehr ausbilden. Denn damit lösen wir das Problem, das wir **j e t z t** haben, nicht.

(Abg. Haasis CDU: Es geht doch nicht um Ausbildung!)

Übrigens: Wenn es stimmt, dass die Flüchtlinge zum Erfolg dieser Betriebe beitragen, dann tragen sie auch zur Ausbildungsbereitschaft dieser Betriebe bei,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

das heißt, das eine kann hier nicht gegen das andere ausgespielt werden. Und wenn es stimmt, dass dieser Facharbeitermangel wachstumshemmend ist, dann werden wir, wenn wir jetzt noch weitere Facharbeiter wegschicken, weitere Arbeitslosigkeit haben. Genau so können wir diese Debatte nicht führen.

Das Weitere, was nun geschehen wird – und das hat die Greencard-Initiative der Bundesregierung mit sich gebracht –, ist, dass wir eine Debatte über ein Einwanderungsgesetz bekommen, und, meine Damen und Herren von der CDU, diese Debatte werden Sie so schnell nicht mehr los werden. Denn aus allen Branchen wird nun auf Sie Druck ausgeübt werden, dass der Facharbeitermangel durch entsprechende Zuwanderung behoben wird.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Deswegen, meine Damen und Herren, begrüßen wir auch den Vorstoß des Kollegen Oettinger. Schade, dass er jetzt nicht da ist. Das beharrliche Arbeiten an dieser Problematik durch das Handwerk, durch die Wirtschaft, durch den Koalitionspartner, aber auch durch die Opposition hat offensichtlich nun dazu geführt, dass Kollege Oettinger begriffen hat, dass seine Fraktion mit dieser Haltung völlig isoliert ist und nur noch Beifall von der rechten Seite bekommt, und er hat offensichtlich auch begriffen, dass die Wirtschaftsverbände und das Handwerk einen ganz anderen Weg gehen wollen.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Schauen Sie sich nur das ständige Abwürgen der Initiativen wie zum Beispiel der von Justizminister Goll im Kabinett an. Da heißt es einfach: Wollen wir nicht! So kommen wir nicht weiter.

Ich möchte dann in der zweiten Runde noch ein paar Vorschläge machen, wie wir jetzt aus dieser Krise herauskommen können, und ich bin gespannt, was wir jetzt insbesondere von der CDU zu hören bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Ingrid Blank CDU: Thema verfehlt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abg. Walter hat ja für die Grünen, die diese Aktuelle Debatte beantragt haben, gesprochen, aus meiner Sicht aber nur sehr kurze Schritte zu dieser Debatte über Bürgerkriegsflüchtlinge und Rückführungen in die Heimat gemacht.

Wir haben es hier mit einem sehr komplexen und zweigeteilten Thema zu tun, zweigeteilt für die Bürgerkriegsflüchtlinge, aber auch für uns.

Es ist ein gesellschaftliches Problem für uns, in unserem Staat.

Es ist aber auch, denke ich, ein moralisches Problem für uns in der Politik, wie wir mit solchen Dingen umgehen, in der Verantwortung, die wir für unser Land haben, für die Menschen, die hier leben, aber auch in der Verantwortung, die wir ein Stück weit für das Land haben, aus dem die Bürgerkriegsflüchtlinge gekommen sind. Denn wir haben sie hier aufgenommen, und Deutschland und Baden-Württemberg haben sie in großer Zahl aufgenommen.

Zum Dritten ist es auch ein Problem, das eine wirtschaftliche Dimension hat, und auch hier wieder eine wirtschaftliche Dimension für unser Land, aber auch für das Land, aus dem die Flüchtlinge gekommen sind, in dem es um Wiederaufbau geht, in dem der Krieg vorbei ist und die, die geblieben sind und den Krieg mitgemacht haben, jetzt allein aufbauen sollen, während die anderen hier vielleicht noch abwarten und erst dann kommen, wenn der Aufbau weiter fortgeschritten ist. Auch das ist eine Dimension, die wir meines Erachtens berücksichtigen müssen.

Sie haben angeführt, dass es Probleme auf dem Arbeitsmarkt gibt. Das ist sicher richtig und aus der Sicht der Betroffenen natürlich auch wichtig. Derjenige, der hier einen Arbeitsplatz gefunden hat, ein gutes Einkommen und ordentliche Lebensverhältnisse hat, das ist eine Seite. Betroffen sind auch die Handwerker und die Gastronomen, die hier keine entsprechenden Arbeitskräfte finden. Aber ich denke, die Politik muss auch das Gesamte sehen, und zum Gesamten gehört das, was ich vorhin gesagt habe, und zum Gesamten gehört auch Kontinuität in der Politik.

Ihre Aktuelle Debatte betrifft das Thema Bosnier. Ihnen ist wahrscheinlich nicht unbekannt, dass nahezu 50 000 Bosnier in Baden-Württemberg waren und dass davon über 40 000 zurückgeführt sind. Das heißt, im Augenblick geht es noch um etwa 5 000, von denen etwa 2 000 arbeitsfähig

(Haasis)

sind und einen Arbeitsplatz haben. Bei den 40 000, die zurückgegangen sind, waren aber doch mindestens 10 000 oder 15 000 dabei, die auch in einem Arbeitsverhältnis waren. Politik muss ja auch ein Stück Kontinuität haben. Das heißt, die, die schon zurückgegangen sind, haben sich darauf verlassen, dass unsere Aussage richtig ist: Bürgerkriegsflüchtlinge sollen wieder gehen, wenn ihr Heimatland befriedet ist. Und auch ihre Arbeitgeber haben sich darauf verlassen, dass ihre Arbeitskräfte wieder zurückgeschickt werden.

Es ist total falsch, Herr Walter, wenn Sie das Thema mit der Greencard vergleichen, also mit einem Ausbildungsproblem. Es geht doch nicht um Facharbeiter, sondern um angelernte Arbeitskräfte,

(Beifall bei der CDU – Abg. Deuschle REP:
Eben!)

die in weiten Teilen eine gute Arbeit machen und die vor allem eine Arbeit machen, die kein einziger Arbeitsloser, ob er Deutscher oder Ausländer ist und in der Bundesrepublik lebt, machen will.

(Abg. Deuschle REP: Das ist ja die Frage! Nicht will, Herr Haasis!)

Wenn ein Bürgerkriegsflüchtling, der vor vier oder fünf Jahren nach Deutschland kam, kein Wort Deutsch konnte, unsere Industrie nicht kannte, diese Art von Handwerk nicht kannte, hier angelernt wird und arbeitet, dann kann man doch nicht von einem Ausbildungsproblem in Deutschland reden. Diese Kenntnisse kann sich jeder Arbeitslose in Deutschland, ob Deutscher oder Ausländer, auch aneignen.

(Beifall bei der CDU)

Er muss es nur wollen. Deshalb ist es ein Thema unseres Arbeitsmarkts und der starren Gesetzgebung. Statt hier diese Rede zu halten, sollten Sie einmal in Berlin dafür sorgen, dass wir den Arbeitsmarkt aufbrechen. Wir können doch nicht einfach so tun, als ob die 4 Millionen, die hier arbeitslos sind, nicht mehr arbeitsfähig wären und für die Vermittlung nicht zur Verfügung stünden.

Ich teile nicht die Meinung, die der Präsident des Landesamts auf die Anfrage der FDP/DVP wiedergibt, dass, statistisch gesehen, die Unternehmerklage unrichtig sei und arbeitsmarktpolitisch zu widerlegen sei und dass man genügend Leute bei uns finde. Ich habe genauso wie Sie alle viele Handwerker, viele Gastronomen, die niemanden finden, der die entsprechenden Arbeiten machen würde.

(Abg. Göbel CDU: So ist es!)

Aber ich habe in meinem Wahlkreis 5 000 arbeitslose Leute. Ähnlich wird es bei jedem von Ihnen in seinem Wahlkreis sein. Deshalb dürfen Sie das nicht mit der Greencard verwechseln, wo es um Leute geht, bei denen man in der Bundesrepublik, zumindest in manchen Ländern, die Ausbildung vernachlässigt hat, sodass keine ausgebildeten Akademiker, Fachhochschulabsolventen und Facharbeiter zur Verfügung stehen, sondern es geht um angelernte Kräf-

te, die Lücken in unserer Wirtschaft füllen, weil leider kein einziger Arbeitsloser in Deutschland die entsprechende Arbeit annimmt, ob er Deutscher oder Ausländer ist.

Das ist das Thema. Da dürfen wir nicht darum herumreden, sondern wir müssen das benennen. Das Problem ist nicht so einfach zu lösen, dass wir sagen: Bisher mussten alle gehen, und jetzt dürfen alle bleiben. Es darf doch auch nicht der Dumme sein, der freiwillig gegangen ist, oder der Arbeitgeber, der geglaubt hat, dass unsere Politik so bleibt, dass wir die Bürgerkriegsflüchtlinge also zurückschicken. Der wäre dann der Dumme, und derjenige, der sich widersetzt, wäre dann der Gewinner. Denn die Lage hat sich nicht geändert.

(Abg. Schmiedel und Abg. Weimer SPD: Sagen Sie mal etwas zu Herrn Oettinger!)

Das gleiche Problem, das wir heute auf dem Arbeitsmarkt haben, hatten wir auch vor einem Jahr. Auch vor einem Jahr waren diese Arbeitnehmer in der Gastronomie und im Handwerk genauso begehrt. Ich habe doch deutlich gesagt: Wir sehen das Problem genauso wie Sie, aber es ist nicht so einfach zu lösen, wie das hier dargestellt wird: Bis jetzt mussten alle gehen, und der Rest, der noch hier ist, darf jetzt hier bleiben. So kann man keine Politik machen. So ist es nicht zu lösen, wie Sie es hier angedeutet haben. So einfach ist die Sache nicht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brinkmann.

Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, dass zu diesem Thema hier der Kollege Haasis für die CDU gesprochen hat

(Abg. Haas CDU: Wieso denn?)

– ich wollte es Ihnen gerade erklären –

(Abg. Haas CDU: Das brauchen Sie uns nicht zu erklären!)

und nicht der Kollege Schuhmacher, der bei diesem Thema noch nicht einmal anwesend ist, aber tagtäglich durch seinen Wahlkreis zieht

(Abg. Haasis CDU: Ist Ihnen bekannt, dass ich Mitglied im Innenausschuss bin?)

und den Handwerksmeistern verspricht, sich im Landtag für ihre Interessen einzusetzen und dafür zu sorgen, dass diese bosnischen Arbeitnehmer da, wo sie dringend gebraucht werden, auch bleiben dürfen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Döpfer CDU: Auf jeden Fall macht er keine Versprechungen!)

Es ist zum Zweiten bemerkenswert, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Kollege Oettinger, nicht anwesend ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

(Brinkmann)

„Schwäbische Zeitung“ vom 11. April:

Oettinger: Greencard auch für das Handwerk.

(Zurufe von der CDU: Wo ist Herr Maurer?)

– Bemerkenswert ist, dass sich hier nicht Herr Maurer im Gegensatz zu seiner Fraktion befindet, sondern der Herr Oettinger, der Vorsitzende Ihrer Fraktion, sich offensichtlich im Gegensatz zu Ihrer Fraktion befindet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Das ist Quatsch, was Sie hier reden! – Zurufe von der SPD: Wo ist der Oettinger denn?)

Das Chaos wird noch größer. Das Chaos in dieser Regierungskoalition ist offenkundig.

(Abg. Haas CDU: Sagen Sie einmal etwas zur Sache! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Euch trifft es ja wirklich hart!)

Neulich hat eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses stattgefunden. In dieser hat der Wirtschaftsminister dieses Landes den Beschluss des Bundestags aus dem letzten Monat zitiert, als es um eine Petition ging – im Grunde um drei Petitionen, alle aus Baden-Württemberg –, die mit der fast einstimmigen Empfehlung des Deutschen Bundestags abgeschlossen wurde, die nächste Innenministerkonferenz möge darüber beraten, ob für den Personenkreis der bosnischen Flüchtlinge, die dringend in den Handwerksbetrieben gebraucht werden, eine Altfallregelung geschaffen werden müsse. Das war ein Beschluss des Deutschen Bundestags, der, wie gesagt, fast einstimmig gefasst wurde, auch mit den Stimmen der CDU. Nur die PDS hat dem nicht zugestimmt.

Das Bemerkenswerte daran ist, dass der vorsichtigen Anregung des Herrn Wirtschaftsministers, man könne doch zunächst einmal bis zur nächsten Innenministerkonferenz zuwarten, praktisch ein Moratorium schaffen, die Kollegen der CDU – und auch die der FDP/DVP, muss ich sagen – nicht gefolgt sind. Ich sage: Welch ein Chaos in dieser Regierung!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hauk CDU: Mit Blick auf Berlin wäre das schon richtig!)

Sachlich wissen wir alle: Es geht hier um Menschen, die durch ihre Arbeit dafür sorgen, dass andere Arbeitsplätze erhalten werden, und es geht hier um Menschen, deren Anwesenheit auch für Entspannung auf dem deutschen Arbeitsmarkt sorgt.

(Abg. Hauk CDU: Das war doch Ihr Herr Schily, der die Debatte überhaupt angezettelt hat!)

Die CDU entfernt sich hier aus ideologischen Gründen – und nichts anderes gibt es – immer mehr von der Realität. Herr Kollege Haasis, Ihre Fraktion hat in diesem Punkt wirklich kein Realitätsbewusstsein mehr, und sie entfernt sich immer mehr von den Problemen der mittelständischen Wirtschaft. Ich rufe Sie dringend auf, hier zu einem Umdenken zu kommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haasis CDU: Sie haben offenbar nicht zugehört, was ich gesagt habe! Es war schade, dass Sie Ihre vorbereitete Rede vorgelesen haben und nicht auf die Argumente eingegangen sind!)

– Aber Sie wollen das Problem doch nicht lösen, Herr Kollege.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie lange hat denn der Oettinger noch Sprechverbot?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zunächst war ich etwas erstaunt, als ich diese von den Grünen beantragte Aktuelle Debatte auf der Tagesordnung gelesen habe. Denn bisher war Ihr Standpunkt eigentlich – und so hatte ich ihn verstanden, vielleicht nicht nur ich – der, dass Sie sich dafür einsetzen – ich sage es vereinfacht, aber im Kern wohl richtig –, den Flüchtlingen, die da sind, grundsätzlich zu erlauben, hier zu bleiben. Jetzt sagen Sie, dies gelte nur für die Flüchtlinge, die dringend für die Wirtschaft erforderlich sind. Diese Aussage ist für mich etwas neu.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

– Offenbar finden Sie das auch etwas neu, Frau Thon.

Ich greife das gerne auf, indem ich hier einleitend – und das ist mir wichtig – ausdrücklich betone, dass bei den Flüchtlingen der Grundsatz die Rückführung ist.

(Beifall des Abg. Roland Schmid CDU)

Wir wollen, dass man dort, wo diese Flüchtlinge – Bosnier oder wer auch immer – dringend für die Wirtschaft gebraucht werden, von dieser starren Regelung zum Nutzen unserer Entwicklung und der Arbeitsplätze absehen kann. Das möchte ich an dieser Stelle klar sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist der pragmatische Ansatz!)

Das Zweite, was offenbar mit dieser Debatte auch beabsichtigt ist, Herr Brinkmann: Man möchte auf der parlamentarischen Spielwiese etwas Krach produzieren, der gar nicht zwischen dem Wirtschaftsminister und unserer Fraktion. Da kriegen Sie, wenn Sie zündeln wollen, nicht einmal ein Zündhölzchen dazwischen.

(Widerspruch bei der SPD)

– Hören Sie einfach einmal zu.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

(Hofer)

Wenn Sie Ihren Kopf nicht durch den Kehlkopf ersetzen, passt bei Ihnen noch etwas rein.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir stimmen mit der Meinung des Wirtschaftsministers voll überein. Das ist bekannt.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Bebber SPD: In einem falschen Moment die Hand heben!)

– Ich komme darauf; lassen Sie es mich erklären. Ich komme darauf. – Wir stimmen auch mit der Meinung des Justizministers voll überein; denn diese deckt sich voll mit der des Wirtschaftsministers. Wir stimmen auch mit unserem Fraktionsvorsitzenden überein,

(Abg. Bebber SPD: Auch noch!)

denn er hat dazu die gleiche Meinung wie die beiden Minister. Wir stimmen ebenfalls mit dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses überein, der auch aus unserer Fraktion kommt

(Zuruf des Abg. Maurer SPD – Abg. Brinkmann SPD: Nur ihr tut nichts! – Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

und bei dem sich die Eingaben stapeln.

(Abg. Döpfer CDU: Jetzt wird es aber kritisch!)

Wir halten es für ganz richtig,

(Zurufe der Abg. Dr. Salomon und Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

dass der Bundestag mit den Stimmen der CDU eine Resolution gefasst hat, dass die Bundesregierung dafür sorgen solle, bei der Innenministerkonferenz dafür einzutreten, dass man von der starren Regelung wekommt.

(Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Jetzt kommt überhaupt keine Kurve.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Warten Sie doch ab. Wollen Sie es nun hören?

(Lebhafte Unruhe und Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen und Ursula Haußmann SPD)

Jetzt sehen wir, dass wir in dieser Frage mit dem Koalitionspartner nicht dieselbe Deckungsgleichheit haben, wie wir sie innerhalb der FDP-Reihen haben.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Roland Schmid CDU: Das ist doch normal! Sonst wären Sie doch in der CDU!)

Also, wer das nicht gemerkt hat! Das ist doch ganz normal. Sie wollen die ganze Zeit eine FDP, die ein bisschen Eigenständigkeit hat,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Betonung liegt auf „ein bisschen“!)

aber gleichzeitig wollen Sie, dass sie stromlinienförmig die gleiche Meinung wie der Koalitionspartner hat. Das geht nicht. Das wäre ganz ungewöhnlich; das wäre eine schlechte Koalition.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Im Wirtschaftsausschuss haben Sie gesagt, dass wir in dieser Sache den Koalitionspartner mit Oppositionshilfe niederstimmen sollen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das dürfen Sie ja gar nicht!)

Wenn Sie das machen wollten, hätten Sie dazu in Berlin jede Woche 20-mal Gelegenheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Bessere noch! – Zurufe von der SPD: Zum Thema! Zur Sache! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Könnten Sie einmal etwas zum Thema sagen?)

Ihr Herr Kuhn könnte da gleich einmal, da er ja nach Berlin geht, Herrn Trittin bestens beraten. Aber das machen Sie doch nicht. Das tun wir auch nicht. Übrigens ist es nicht so, wie Sie gesagt haben. Der Wirtschaftsminister hat das nie gefordert, sondern Sie, Herr Brinkmann und Herr Schmiedel, haben es gefordert. Es ist für uns ein großer Unterschied, wer das fordert.

(Zurufe der Abg. Brinkmann und Bebber SPD)

Wir wollen, dass wir in diesem Punkt – das sage ich ganz offen – den Koalitionspartner mehr auf unsere Linie bringen, aber nicht dadurch, dass wir ihn gegen uns aufbringen. Das macht doch kein vernünftiger Mensch.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Das ist unsere historische Aufgabe! – Abg. Brinkmann SPD: Sie stützen sich doch bloß noch auf die Reps!)

Schauen Sie dieses Beispiel an: Ich bin ganz zufrieden, wie wir zum Ladenschlussgesetz zu einer übereinstimmenden Meinung gekommen sind, ohne uns gegenseitig niederzustimmen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich will das, was jetzt bei der CDU an Bewegung vorhanden ist, nicht interpretieren, aber es fällt auf: auf Bundesebene Frau Merkel und auf Landesebene Herr Oettinger. Die Kollegen der CDU-Fraktion sind auch bei der Debatte im Wirtschaftsausschuss sehr differenziert vorgegangen.

(Abg. Hauk CDU: Das machen wir immer! – Abg. Brinkmann SPD: Aber der Schuhmacher durfte heute nicht reden!)

Ich sehe die Bundestagsresolution. Ich würde einmal lapidar sagen: Noch einen kleinen Schucker, und wir sind auf gleicher Ebene.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

(Hofer)

Deshalb sage ich einmal: Noch ein bisschen! Wenn Sie dieses Regierungsgeschäft in der Opposition verlernt haben, dann ist das nicht schlimm, denn so schnell sollen Sie ja nicht wieder an die Regierung. Warum wir das nicht wollen, werde ich in der zweiten Runde sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zum sachlichen Hintergrund der Debatte zurückkommen. Deutschland und Baden-Württemberg haben Flüchtlinge aus Bosnien und anderen Ländern aus humanitären Gründen einreisen lassen, in Deutschland ca. 325 000, in Baden-Württemberg immerhin über 55 000. Heute sind noch ca. 5 000 Flüchtlinge aus Bosnien in unserem Lande. Geschäftsgrundlage für diese Einreisen war aber, dass diese Menschen nach dem Ende des Bosnienkrieges wieder in ihre Heimat zurückgehen.

(Abg. Rapp REP: So ist es!)

Der Vertrag von Dayton datiert immerhin vom 21. November 1995, als der Bosnienkrieg zu Ende ging. Deutschland und Baden-Württemberg waren sehr großzügig und haben weitgehend auch individuelle Gründe für eine verzögerte Heimreise akzeptiert. Hier muss man der Bevölkerung und dem Steuerzahler einmal danken, die in unserem Land Milliarden von Mark dafür aufgebracht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wenn jetzt nicht die Heimreise auch der letzten Flüchtlinge organisiert werden kann, dann wird in der Bevölkerung die Bereitschaft, Bürgerkriegsflüchtlinge von wo auch immer aufzunehmen, die bisher da war, gegen null gehen. Meine Damen und Herren, wenn Sie das wollen, dann führen Sie eine solche Debatte weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

In der Zwischenzeit haben nun manche Bosnier – nicht alle, aber manche – Arbeit gefunden. Dass dies für einige Betriebe und Branchen Übergangsprobleme bewirkt, ist ganz klar. Aber jeder Unternehmer, der die Leute eingestellt hat, wusste schon am Anfang, dass am Ende eine Rückreisepflicht gegeben war. Das wusste jeder, der die Menschen hier eingestellt hat.

Jetzt möchte ich noch auf die Argumentation der Pro-Anwälte, auch des Herrn Wirtschaftsministers, eingehen.

Da wird zum Ersten gesagt, wenn man bei der Hightechindustrie eine Greencard zuließe, dann wäre der Mittelstand – die Hotellerie, das Handwerk und andere – benachteiligt. Dies wird beispielsweise von Herrn Minister Döring erklärt. Wenn man so argumentieren würde, dann hätte er ja Recht. Deswegen sagen wir Republikaner konsequent: Wir wollen keine Greencard. Wir wollen sie auch nicht für die Hightechindustrie, weil das Problem auch dort durch einen nationalen Kräfteinsatz mit eigenen Kräften in zwei bis vier Jahren lösbar ist.

(Beifall des Abg. Schonath REP)

Daher ist dieses Argument nicht stichhaltig, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wir wollen hier natürlich keine Ungleichbehandlung zwischen Betrieben der Großwirtschaft und des Mittelstands zulassen. Deshalb haben wir eine konsequente Linie. Für uns stellt sich aber eine Grundfrage: Ist unser Arbeitslosen- und unser Sozialhilfesystem bei über 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland eigentlich vernünftig organisiert, wenn es nicht gelingt, aus diesen über 4 Millionen Arbeitslosen Arbeitskräfte für im Grunde gering qualifizierte Tätigkeiten zu bekommen? Das ist doch die Grundfrage: Warum geht das denn eigentlich nicht? Ist dieses System so neben der Kappe, dass das gar nicht mehr möglich ist?

Baden-Württemberg hatte gemäß einer Antwort Ihres Ministeriums, Herr Minister, Ende 1998 rund 243 000 Sozialhilfeempfänger, darunter auch 63 000 Ausländer, wobei laut Auskunft Ihrer Regierung mehr als die Hälfte jünger als 25 Jahre sind. Da muss die andere Konsequenz doch sein: Wir müssen die Zumutbarkeitskriterien ganz anders fassen und drastisch verschärfen. Da darf es einfach nicht mehr möglich sein, dass man sich davor drücken kann, hier zumutbare Arbeit anzunehmen. Wenn wir das nicht organisieren können, dann hat die Politik hier insgesamt versagt, meine Damen und Herren. Der Bürger versteht das nicht mehr.

Ich stelle auch die Frage: Werden heute denn nicht Fachkräfte in Bosnien gebraucht? Wir dürfen das alles doch nicht nur egoistisch aus unserer deutschen und baden-württembergischen Sicht sehen. Bosnien braucht auch genügend Leute, die hier in Deutschland etwas gelernt haben, für den Aufbau dort unten. Wie war das denn mit unseren Heimatvertriebenen? Sie sind doch auch nach der Flucht und der Vertreibung hierher gekommen und haben das Land hier doch auch aufgebaut. Sie wären gern nach Schlesien oder nach Ostpreußen zurückgegangen und hätten dort das Land aufgebaut, wenn sie dazu die Möglichkeit gehabt hätten.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich stelle hier natürlich auch die Frage an die Landesregierung, Herr Minister: Haben Sie hierzu eine einheitliche Meinung? Der Innenminister hat hier eine härtere Haltung und übernimmt Republikaner-Positionen.

(Lachen des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Sie, Herr Wirtschaftsminister, reden hier wie Rot-Grün. Was sagt denn der Herr Ministerpräsident? Warum ist er heute nicht da und nimmt für seine Regierung hierzu Stellung?

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Müller SPD)

Das hätten wir doch heute erwartet.

Ich sage Ihnen jetzt zum Ende des ersten Teils meiner Rede: Aus staatspolitischen Gründen müssen auch wirtschaftliche Teilinteressen zurückstehen. Die Bosnier werden in Bosnien gebraucht, und wir müssen in Deutschland und in Baden-Württemberg unser Sozialsystem so umgestalten, dass Sozialhilfe und Schwarzarbeit nicht interes-

(Deuschle)

santer als produktive Erwerbsarbeit sind. Dies gilt für Deutsche und Ausländer. Es darf nicht so organisiert sein, dass Menschen von der Arbeit abgehalten werden. Dazu sage ich nachher im zweiten Teil noch etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Brinkmann, es ist schon ein bisschen weit hergeholt, wenn ausgerechnet Sie der Landesregierung vorwerfen: Welch ein Chaos in dieser Regierung bei dieser Frage! Schauen Sie einmal nach Berlin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brinkmann SPD: Keine Märchen aufbauen!)

Da können wir sagen: Gegen das, was Sie dort abziehen, sind wir ein Hort der Harmonie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So lange im Krankenhaus und nichts Neues gelernt!)

Schauen Sie sich einmal an, was der Bundeskanzler sagt, was Herr Riester dazu sagt, was die Grünen zum Einwanderungsgesetz sagen, was die SPD zum Einwanderungsgesetz sagt. Das sind völlig konträre Meinungen, Herr Kollege Walter.

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie denn für eine Meinung?)

Es ist überhaupt nicht verwunderlich, dass in einer solchen Debatte, die eine sehr weit reichende Entscheidung mit sich bringt, die Meinungen unterschiedlich sind und dass es auch in der Koalition unterschiedliche Meinungen gibt. Aber es ist auch völlig klar – Herr Kollege Hofer hat es ausgedrückt –: Wir haben eine völlig übereinstimmende Position, und für diese Position kämpfen wir auch in dieser Regierung.

Noch einmal: Das ist am Beginn und mitten in einer solchen Diskussion ein völlig normaler Vorgang. Es sind zwei Parteien in einer Koalition in Stuttgart, und es sind zwei in Berlin. Beide, dort wie hier, kämpfen darum, dass sie zu einer Position kommen, die das Beste für das Land Baden-Württemberg, für die Wirtschaft und die hier arbeitenden Menschen ist. Darum geht es in allererster Linie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wenn Sie sich vergegenwärtigen – und das kann einen gar nicht ruhen lassen –, um zur Tagesordnung zurückzukehren: Bis jetzt haben sich an das Wirtschaftsministerium – und ich bin mir sicher, bei den Kollegen von der CDU sieht es nicht viel anders aus – aus dem Handwerk, aus dem Mittelstand, ob es das Bauhandwerk ist, ob es die Gartenbaubetriebe sind, ob es die Gastronomiebetriebe sind, etwa 400 Betriebe gewandt und gesagt: „Lasst uns diesen

Mitarbeiter da, er ist ein außerordentlich wertvoller Mitarbeiter geworden.“ Wir wollen – und das kommt jetzt durch die Greencard-Diskussion erst recht – Gleichbehandlung.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Das ist ein ganz entscheidender Punkt. An der gegenwärtigen Diskussion und vor allem an der Praxis, die sich jetzt auf den Weg macht, zeigt sich doch die ganze Absurdität der Ausländerpolitik, die bei uns gemacht wird: Auf der einen Seite macht man sich auf den Weg, in einem schmalen Bereich der Wirtschaftsbranche

(Abg. Schmiedel SPD: Aber wichtigen!)

Experten ins Land zu holen. – „Aber wichtigen“ sagen Sie, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

Auf der anderen Seite wollen die Handwerker genau das Gleiche. Soll ich zu denen sagen: „Euer Betrieb ist mir nicht wichtig“? Mir ist deren Betrieb ganz genauso wichtig, und gerade weil mir deren Betrieb genauso wichtig ist, möchte ich eine Gleichbehandlung haben, meine Damen und Herren. Darum geht es mir; das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wie will ich das argumentativ durchhalten beim Maschinenbauer in Baden-Württemberg, bei dem Handwerker auf der Schwäbischen Alb, zu dem ich sage – –

(Abg. Brinkmann SPD: Sagen Sie das denen von der CDU einmal! – Abg. Schmiedel SPD: Dort sitzt der Gegner! – Unruhe)

– Moment, nicht alleine. In der Hightechbranche, einem schmalen Bereich, gibt es das jetzt. Der Global Player – Hewlett-Packard, IBM – erhält jetzt die Chance, sich weltweit zu bedienen, aber der Mittelständler und der Handwerker nicht. Das halte ich für falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP: Eben!)

Ich halte es für falsch, dass wir auf der einen Seite sagen: „Die sind ganz arg wichtig, die holen wir herein“, und auf der anderen Seite gleichzeitig Leute wegschicken, die genauso wichtig und in ihren Betrieben unersetzbar geworden sind. Darum kämpfen wir dafür, eine Gleichbehandlung für die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe mit den Großbetrieben, den Global Players, zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Sagen Sie das einmal Herrn Oettinger!)

– Wartet es doch einmal ab. Herr Schmiedel, das sage ich schon auch in Ihre Richtung, weil Sie sagen: Dieser Bereich ist wichtig, der andere nicht so sehr.

(Abg. Brinkmann SPD: Nein, das hat er nicht gesagt!)

– Doch, Sie haben es gesagt.

(Minister Dr. Döring)

Wir bekommen eine ganz merkwürdige Diskussion im Zusammenhang mit der Greencard.

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht verdrehen!)

Das ist etwas, was ich den Großbetrieben, diesen Global Players, in aller Deutlichkeit sage. Ich finde es schon außerordentlich merkwürdig, dass genau dieselbe Firma, die darum kämpft, ihre Mitarbeiter mit 55 Jahren loszuwerden,

(Abg. Döpfer CDU: Und früher!)

lauthals schreit, sie habe keine Mitarbeiter, die ihre Qualitätsansprüche erfüllen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das passt nicht zusammen, meine Damen und Herren. Da muss man dann sagen: Das sind Versäumnisse bei der Weiterqualifikation während des Berufs, wenn sie jetzt sagen: „Unsere 55-Jährigen taugen nichts mehr, schickt sie weg; wir müssen die jungen Leute hereinholen.“

Deswegen noch einmal, und das in aller Ruhe: Sie sind in der Diskussion, wir sind in der Diskussion. Sie haben gesagt, Sie würden die Greencard eventuell bis zum 1. August einführen können. Also haben wir noch ein paar Monate Zeit, um da zu einem sinnvollen Ergebnis zu kommen. Deswegen werden wir darüber sachlich und der Reihe nach diskutieren und uns bemühen, das Ziel zu erreichen, dass die Leute, die wir bei uns brauchen können, auch bei uns bleiben können oder zu uns ins Land kommen können. Das ist für mich der entscheidende Punkt.

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum wir die Leute, die für uns wichtig und wertvoll sind, außer Landes schicken oder sie nicht zu uns ins Land lassen. Ich möchte, dass wir in Deutschland, dass wir in Baden-Württemberg an dem weltweiten Wettbewerb um die besten Kräfte und die besten Köpfe teilnehmen können. Deswegen muss man eine klare Regelung herbeiführen und darf sie nicht in Form einer solchen Krücke treffen, wie Sie sie jetzt mit der Greencard nur für einen schmalen Bereich vorsehen.

Meine Damen und Herren, es ist für mich auch überhaupt keine Frage: Die Petition, um die es im Wirtschaftsausschuss gegangen ist – Das ist übrigens eine Petition von einer Frau Teufel aus Baden-Württemberg.

(Abg. Brinkmann SPD: Und zwei weitere noch!)

– Zwei weitere noch.

Es gibt – mit Ausnahme der PDS – einen einstimmigen Beschluss des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags und des Deutschen Bundestags insgesamt. Ich halte die Beschlusslage für außerordentlich vernünftig, dass man sagt: Es kann doch bis zur nächsten Innenministerkonferenz im Mai ein Moratorium beschlossen werden, wonach man sich darüber bei der Innenministerkonferenz angesichts der veränderten Situation, angesichts des einstimmigen Beschlusses des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags und angesichts des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestags noch einmal unterhalten wird und prüfen wird, welche Lösung möglich ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Was vertritt denn der zuständige Minister des Landes Baden-Württemberg dort?)

Genau darum geht es. Wir treten dafür ein, dass wir zu einer vernünftigen Lösung kommen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Thema kommen, weil Sie auch Arbeitsämter angesprochen haben. Wir müssen natürlich schon sehen: Wir bekommen die entsprechenden Briefe. Sie gehen an den Petitionsausschuss oder in den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Das Arbeitsamt – eine Bundesbehörde – verfolgt in dieser Frage eine knallharte Linie. Das heißt, wir müssen dafür auch noch an anderen nicht ganz unwichtigen Stellen Verbündete gewinnen, wenn wir hier eine Lösung haben wollen. Solange sie sagen: „Gar kein Thema, überhaupt kein Bedarf“, müssen wir auch bei den Stellen, die letztlich mit darüber entscheiden, einmal zu einer veränderten Einstellung kommen, meine Damen und Herren. Deswegen geht es auch darum, bei den Arbeitsverwaltungen hier Unterstützung zu erlangen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das Innenministerium!)

Nachdem ich beim Thema Arbeitsverwaltung bin, muss ich auch sagen: Es würde mich schon interessieren, wie es mit den Ergebnissen der teuren Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Arbeitsämter überall durchführen, aussieht. Wenn diese Maßnahmen so erfolgreich wären, wie sie sein sollten, hätten wir auch weniger Probleme. Auch dieses Thema sollte einmal einer deutlichen Prüfung unterzogen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verehrter Herr Deuschle, Sie sagen: in zwei bis vier Jahren.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Da sind wir hier in Baden-Württemberg an der falschen Adresse. Ich sage für die Landesregierung: Die Landesregierung hat sich keine Versäumnisse vorzuwerfen, was Ausbildungsanstrengungen in den vergangenen Jahren angeht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Dies gilt genauso für die Betriebe in Baden-Württemberg. Wir haben seit 1996 für jeden ausbildungswilligen und -fähigen jungen Menschen eine Lehrstelle. Wir haben – das ist Ihnen gestern mehrfach vorgetragen worden – an den Berufsakademien und Fachhochschulen die Zahl der Studienplätze verdoppelt.

(Abg. Deuschle REP: Jetzt? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Seit 1995!)

– Nein, nicht jetzt, sondern in den letzten vier, fünf Jahren. Deswegen haben wir uns da keine Versäumnisse vorzuwerfen.

Es hilft doch einem Betrieb, der jetzt in einem Existenzkampf steht, nicht, wenn ich ihm sage: In vier Jahren kriegst du deinen Facharbeiter. Der Betrieb braucht den

(Minister Dr. Döring)

Facharbeiter jetzt, und ich muss ihn jetzt zur Verfügung stellen, damit der Betrieb im Wettbewerb mithalten kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Lassen Sie mich auch noch auf diejenigen eingehen, die vonseiten des Koalitionspartners die Meinung vertreten – man kann auch eine andere dazu haben –: Das ist jetzt diese – – Ich sage in aller Deutlichkeit: Es geht mir darum – so sehe ich auch die Aufgabe für mich –, in erster Linie die Interessen der Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg zu wahren und deren Interessen zu vertreten, damit die Betriebe, die wir bei uns haben, hier eine Chance und eine Zukunftsperspektive haben.

Wenn der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Hans-Eberhard Schleyer, in einem SWR-Interview vor wenigen Tagen auch in aller Klarheit sagt: „Das Vertrösten auf die Zeit in wenigen Jahren hilft uns nichts, sondern wir brauchen die Fachkräfte jetzt. Dies ist nur mit einem klaren Zuwanderungsgesetz zu regeln“, dann vertritt er die Meinung des Handwerks, die wir in vollem Umfang teilen und der wir auch endlich zum Durchbruch verhelfen wollen, meine Damen und Herren.

Es geht mir außerdem – noch einmal – ganz entschieden darum, dass ich eine Gleichbehandlung haben möchte, weil ich nicht weiß, wie ich demjenigen gegenüber argumentieren soll, der sagt: Kann das wahr sein, dass die, die weltweit unterwegs sind, ab 1. August, wie es die Bundesregierung plant, die Möglichkeit bekommen, sich weltweit zu bedienen und die besten Köpfe zu holen, und der kleine und mittlere Betrieb gehen leer aus? Natürlich ist es richtig – Herr Haasis hat es angedeutet, andere auch –: Noch immer haben wir in Baden-Württemberg erfreulicherweise die mit Abstand geringste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Aber natürlich muss man auch dem Thema nachgehen, wie es sein kann, dass bei immer noch knapp 300 000 Arbeitslosen ein baden-württembergischer Gartenbaubetrieb keinen Gartenbauhelfer bekommt – bei einer solchen Arbeitsmarktsituation. Auch hier muss angesetzt werden; das ist für mich überhaupt keine Frage.

Es muss auch klar werden, dass derjenige, der einer geregelten Arbeit nachgeht, mehr in den Taschen haben muss als einer, der keiner geregelten Arbeit nachgeht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das sind Selbstverständlichkeiten, die angegangen werden müssen. Aber Sie können sich nicht auf einen einzelnen Bereich konzentrieren und behaupten, dieser wäre jetzt entscheidend. Sie müssen unserer Überzeugung nach mit einem Gesamtpaket an die Lösung des Problems herangehen. Ich sehe uns dabei auf einem ordentlichen Weg, und ich sehe, dass wir in der Landesregierung in den nächsten Monaten – vielleicht sogar noch, bevor Sie in Berlin zu einer übereinstimmenden Meinung kommen – zu einer vernünftigen Auffassung gelangen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD)

Präsident Straub: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine abschließende Frage des Herrn Abg. Schmiedel?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Auch wenn er nichts Gutes mit mir vorhat, werde ich sie ihm trotzdem gewähren.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, nur eine ganz einfache Frage.

(Heiterkeit)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Das ist nett von Ihnen. Da bin ich Ihnen dankbar.

Abg. Schmiedel SPD: Nachdem Sie sich beim Umgang mit den bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die aus wirtschaftlichen Gründen hier bleiben sollen, weil sie gebraucht würden, für ein Moratorium bis zur nächsten Innenministerkonferenz einsetzen:

(Abg. Fleischer CDU: So stimmt das nicht!)

Können Sie uns Auskunft geben, wie sich das Land Baden-Württemberg bei der nächsten Innenministerkonferenz hierzu verhalten wird?

(Abg. Birzele SPD: Und ob dieses Moratorium in Baden-Württemberg beachtet wird!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Um das einmal klarzustellen: Ich bin sehr erstaunt darüber, dass über Beratungen des Wirtschaftsausschusses, die nach meinem Kenntnisstand nicht öffentlich sind, Pressemitteilungen erscheinen.

(Abg. Fleischer CDU: Unglaublich! Und dann noch falsch! – Abg. Deuschle REP: Und dann auch noch falsch!)

Die einen verkünden Einzelheiten über ein Moratorium, die Grünen äußern sich über Stella – das sind interessante Vorgänge dazu, wie Sie mit den Ausschussberatungen umgehen.

(Abg. Brinkmann SPD: Das kann man nicht vergleichen! Das war keine Finanzhilfesache! – Abg. Birzele SPD: Aus dem Ausschuss kann selbstverständlich berichtet werden, nur nicht unter Namensnennung! Wo sind wir denn? Die Ergebnisse sind doch nicht geheim!)

Ich habe auf dieses Moratorium hingewiesen; ich habe auch auf die Beschlüsse des Petitionsausschusses und des Deutschen Bundestags hingewiesen. Ich habe meine Meinung dazu vertreten, aber ich habe überhaupt keinen Antrag gestellt. Das habe ich im Wirtschaftsausschuss auch gar nicht zu machen. Meine Meinung ist völlig klar, aber ich bin im Ausschuss nicht antragsberechtigt, und das wissen Sie.

(Abg. Schmiedel SPD: Was macht denn die Landesregierung?)

Präsident Straub: Herr Abg. Walter, Sie haben das Wort.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte hat einmal mehr gezeigt, dass es der CDU immer mehr an Sensibilität mangelt, einmal in die Wirtschaft hineinzuhören.

(Abg. Deuschle REP: Das sagen gerade Sie! –
Abg. Roland Schmid CDU: Jetzt spricht der Blinde
von der Farbe!)

Wenn Herr Haasis sich hier hinstellt und so tut, als wäre das Problem des Facharbeitermangels nur mit deutschen Kräften zu lösen, dann frage ich mich, was wir eigentlich für eine Diskussion haben.

(Abg. Haasis CDU: Sie verdrehen ganz bewusst!)

– Doch, in diese Richtung sind Sie gegangen.

Der zweite Punkt: Man sollte das Thema Greencards nicht mit dem Facharbeitermangel verwechseln. „Greencard für Handwerker“ ist das Schlagwort, das Ihr Fraktionsvorsitzender in die Welt gesetzt hat.

Lassen Sie mich zu den Schlüssen kommen, die wir ziehen müssen. Zunächst war es interessant zu hören, dass es ein Moratorium geben soll. Dann erwarte ich aber auch, Herr Wirtschaftsminister Döring, dass Sie sich bei Ihrem Ausschussvorsitzenden im Petitionsausschuss dafür einsetzen, dass die entsprechenden Petitionen dann auch tatsächlich nicht mehr behandelt, sondern zurückgestellt und erst dann entschieden werden, wenn die Innenministerkonferenz sich mit dem Thema befasst hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Behringer CDU: Das kommt überhaupt nicht infrage!)

– Was heißt: „Das kommt nicht infrage“? Darum geht es doch hier. Es kann ja wohl nicht sein, Herr Behringer, dass sich die FDP monatelang hinstellt und sagt, sie wolle dahin gehend etwas erreichen,

(Abg. Schmiedel SPD: Und dann kneift!)

und dann irgendwann einen Erfolg erzielt, wenn der letzte Bosnier abgeschoben sein wird. Das ist wohl nicht der Sinn der Sache.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des
Abg. Dr. Puchta SPD – Zuruf des Abg. Deuschle
REP)

Auf Landesebene müssen möglichst schnell die Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Menschen hier bleiben dürfen und ihren Arbeitgebern weiter zur Verfügung stehen.

Das Zweite, was wir brauchen – auch hier muss sich die CDU bewegen –, ist eine realistische und rationale Debatte, wie es mit dem Einwanderungsgesetz auf Bundesebene weitergeht, und dabei sind auch die Landtagsfraktionen gefragt.

Sicher ist – deswegen sehe ich gar nicht die Probleme, die Sie da sehen –: Es wird weiterhin einen Primat geben. Das heißt, offene Stellen werden zunächst einmal an deutsche bzw. an gleichgestellte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin-

nen vergeben. Aber es ist doch unsinnig, zu sagen: Aufgrund einer restriktiven Ausländerpolitik werden offene Stellen, die besetzt werden müssen, weil sie den Betrieben nützen, einfach offen gelassen. Das ist doch wirtschaftspolitisch nun wirklich hirnrissig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des
Abg. Hofer FDP/DVP)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Was natürlich nicht geht, ist, dass man ein Einwanderungsgesetz macht und sich dann hinstellt und sagt: Dann kassieren wir gleich den Artikel 16 des Grundgesetzes.

(Abg. Deuschle REP: Doch! Warum geht das
nicht?)

Wenn man eine ökonomische Notwendigkeit erkennt, ein Einwanderungsgesetz zu machen, und das als Vorwand nimmt, humanitäre Grundsätze aus der Verfassung zu streichen, dann werden Sie uns dabei nicht als Bündnispartner haben.

(Abg. Roland Schmid CDU: Das ist das Problem!
Eine ganz einfache Addition!)

Denn eines ist klar, Kollege Schmid: Die Ökonomie ist wichtig, aber in einem sozialen Rechtsstaat kann die Ökonomie nicht der einzige Leitsatz sein, den wir haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg.
Deuschle REP: Warum haben Sie dann hier Ihre
Rede gehalten?)

Jetzt lassen Sie mich ganz zum Schluss noch etwas zum Innenminister sagen. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: Die CDU ist isoliert und hat nur noch die Repts auf ihrer Seite.

(Abg. Deuschle REP: Wir haben die Mehrheit im
Landtag!)

Wenn man dann ein so fragwürdiges Lob bekommt wie heute der Herr Innenminister von Herrn Deuschle, dann muss man sich wirklich fragen, ob man noch auf dem richtigen Weg ist.

Ich habe gestern Abend ein Interview mit dem Herrn Innenminister gehört. Darin wurde er gefragt: Was passiert, wenn eine Firma wie SAP ihre Arbeitskräfte nicht auf dem deutschen Markt bekommt? Darauf hat er geantwortet: Dann müssen die Ausnahmeregelungen greifen; dann muss es auch für SAP möglich sein, ausländische Arbeitnehmer anzuwerben.

(Abg. Deuschle REP: Das gibt es doch heute
schon!)

Da sage ich Ihnen aber auch: Wenn das für SAP gilt, dann muss es für die Gastronomie gelten, dann muss es für den Handel gelten, und dann muss es auch für das Handwerk gelten.

(Abg. Scheuermann CDU: Wo schaffen denn dann
noch unsere 4 Millionen Arbeitslosen? Wo schaf-
fen die noch?)

(Walter)

– Das ist genau dieses einfache Argument, Herr Scheuermann, das uns seit Jahren hindert, hier zu einem Ergebnis zu kommen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wer hat jetzt den Scheuermann geweckt? Dem Scheuermann haben sie wieder Reißnägel auf den Stuhl gelegt!)

Ich kann Ihnen nur sagen – der Kollege Oettinger ist leider nur kurz hereingekommen –: Ich hoffe, dass sich der Kollege Oettinger gegen die Ewiggestrigen in seiner Fraktion, die sich wieder einmal um den Ministerpräsidenten scharen, durchsetzen wird und wir hier zu einer vernünftigen Lösung im Interesse der betroffenen Menschen, aber auch im Interesse der Wirtschaft kommen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Scheuermann CDU: Sie diskriminieren die Arbeitslosen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

Abg. Roland Schmid CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich nach dem Verursacherprinzip zuerst mit Herrn Walter beschäftigen, der vorhin gesagt hat, wir würden die Schlachten der Vergangenheit schlagen.

(Abg. Brinkmann SPD: Wir rechnen jetzt mit einem Heiratsverbot!)

Ich denke, Herr Kollege Walter, wir sind einfach den Realitäten und auch der Bevölkerung näher als Sie mit Ihrer Partei. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, denn das, was Sie in den letzten Monaten vollführen, ist Folgendes: Sie wollen die alten Probleme, die wir noch nicht gelöst haben, neu schaffen. Da machen wir nicht mit. Wir haben doch erst vor wenigen Monaten die Debatte, in der es um Integration ging, hier geführt, und die Lösungen sind doch noch gar nicht gefunden. Und da wollen Sie heute schon so weit gehen und neue Probleme schaffen.

Im Übrigen ist die CDU in sehr guter Gesellschaft.

(Abg. Brinkmann SPD: Mit PDS und Reps!)

Der Kollege Haasis hat es ja schon gesagt. Es war doch Ihr Bundesinnenminister, der gesagt hat, dass die Zuwanderung begrenzt werden muss. Mit ihm müssen Sie sich einmal auseinander setzen. Ich denke, Sie haben mehr Bedarf, mit ihm zu reden als mit uns.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch gar kein Thema!)

Das Ganze hat ja irgendwo auch eine problematische Seite.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Begrenzung ist doch unstrittig!)

Wir haben ja Flüchtlinge aufgenommen mit dem Gedanken, eine zeitlich begrenzte humanitäre Hilfe zu leisten. Darunter verstehe ich: Wir nehmen die Leute auf, und

wenn sich die Situation geändert hat, führen wir sie wieder zurück. Das ist das, was wir tun sollten. Aber was Sie machen, ist doch irgendwo ein Problem. Das müssten Sie doch einmal erkennen. Wenn Sie heute die Rückführung nicht mehr als Ziel ansehen, ist das auch eine Einladung. Wie wollen Sie sich denn in vergleichbaren Situationen verhalten, wenn es wieder einmal zu einer solchen Kriegssituation kommt?

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch ein ganz anderes Problem, über das diskutiert wird!)

Irgendwann wird die wieder kommen. Wie wollen Sie sich dann verhalten? Wenn wir jetzt keinen Schlusstrich ziehen, dann ist das für die Zukunft eine Einladung an alle Leute.

(Abg. Birzele SPD: Teilen Sie die Auffassung von Döring?)

Deshalb eignet sich diese Debatte auch nicht für, wie vorhin gesagt worden ist, ein Grundsatzausnahmeprinzip.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wer an der Wand steht, kann keinen Schritt zurückgehen! Das ist das Problem!)

Es ist auch bedauerlich, dass mit der zunehmenden Zahl der Briefe gesagt wird: Jetzt stellen wir den Handwerkernotstand fest und wollen einen Abschiebestopp. Das ist das falsche Signal.

(Abg. Birzele SPD: Teilen Sie die Auffassung von Döring? – Abg. Brinkmann SPD: Hat der Wirtschaftsminister jetzt Recht oder nicht?)

Sie müssen sich ja auch einmal damit auseinander setzen. Vorhin wurde von Gleichbehandlung geredet. Dann muss man sich auch einmal mit Folgendem beschäftigen: Es haben auch schon viele Betriebe hier in diesem Land ihre Mitarbeiter verloren, nämlich die Personen, die zurückgeführt worden sind. Was wollen Sie denn diesen Betrieben erzählen? Ich weiß auch nicht, ob wirklich viele dieser Betriebe ihre Tätigkeit haben einstellen müssen. Ich habe noch nichts davon gehört, dass einer der Betriebe, die solche Mitarbeiter verloren haben, nicht mehr tätig ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Diese Logik würde dazu führen, dass man gar keine Gesetze mehr ändern darf!)

Wenn man über Gleichbehandlung redet, stellt sich auch folgendes Problem: Wie wollen Sie mit jenen Menschen umgehen, die schon zurückgekehrt sind? Man kann doch nicht sagen: Die einen sind zwar zurückgegangen, aber jetzt bieten wir eine andere Lösung an. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Verständnis haben Sie wirklich keines!)

Ich denke, wir müssen versuchen, eine Lösung hinzubekommen. Das heißt, wir müssen uns mit den 4 Millionen Arbeitslosen auseinander setzen.

(Beifall des Abg. Scheuermann CDU)

(Roland Schmid)

Wir müssen die Strukturprobleme der Arbeitslosigkeit lösen. Dazu gehören die Themen Qualifizierung, Arbeitsbereitschaft, Zumutbarkeitskriterien. Mit denen sollten Sie sich einmal auseinander setzen. Dazu sind Sie nicht in der Lage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: 16 Jahre habt ihr dazu Zeit gehabt! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Birzele?

Abg. Roland Schmid CDU: Selbstverständlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Abg. Schmid, verstehe ich Ihre Ausführungen richtig als eine scharfe Distanzierung von Wirtschaftsminister Dr. Döring?

Abg. Roland Schmid CDU: Sie verstehen mich falsch.

(Lachen bei der SPD)

Sie verstehen mich dann richtig, wenn Sie das, was ich gesagt habe, als vernünftig ansehen und nachvollzogen haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jesses Gott!)

Ich finde es wirklich ganz wichtig, dass wir uns mit den genannten Themen beschäftigen. Das ist nämlich das, was die Betriebe an den bosnischen Arbeitern gut finden. Sie finden gut, dass eine hohe Arbeitsbereitschaft besteht. Sie finden gut, dass sich die Leute haben anlernen und ausbilden lassen in den Berufen, in denen sie tätig sind, und dass sie die Arbeit, die sie ausführen, auch für zumutbar erachten. Es ist auch die Aufgabe der Bundesregierung, sich hiermit auseinander zu setzen und dafür zu sorgen, dass wir für die eigenen Arbeitslosen bei diesen Themen zu einer Lösung kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Die zweite Aufgabe haben wir schon angesprochen: Wir müssen das Problem der Zuwanderung wirklich lösen, und zwar so, wie wir es gestern hier ausgeführt haben.

Es gibt einen dritten Bereich, mit dem ich mir Lösungen vorstellen könnte. Die Arbeitsaufenthalteverordnung ist betonhart und lässt null Spielraum.

(Abg. Brinkmann SPD: Ha, ha! § 8 kennen Sie dann aber nicht!)

– Wissen Sie, ich befasse mich hier seit langem mit Petitionsangelegenheiten. Ich habe mich schon oft mit der Arbeitsaufenthalteverordnung auseinander gesetzt und schon viel mit der Arbeitsverwaltung diskutiert.

Sie kommen in keiner einzigen Frage zu einer Lösung. Hier ist ein großes Aufgabenfeld. Dem könnten Sie sich einmal widmen.

(Abg. Nagel SPD: So wie Sie sich 16 Jahre lang dem Thema gewidmet haben!)

Dann haben wir die Flexibilität, die wir wollen, und dann kommen wir auch zu vernünftigen Lösungen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brinkmann.

Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur damit hier nichts Falsches im Raum stehen bleibt: Herr Kollege Fleischer, ich empfehle Ihnen, einmal in die Geschäftsordnung dieses Landtags zu schauen. Berichte und Mitteilungen an die Presse über Ausschusssitzungen sind natürlich laut Geschäftsordnung jederzeit erlaubt. Nur Namensnennungen aus diesen Debatten sind nicht erlaubt, und so etwas hat es bei mir und uns auch nicht gegeben.

(Glocke des Präsidenten)

Aber das geschäftsordnungsmäßige Recht, über Inhalte der Ausschussberatungen in der Presse zu berichten, lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen.

Präsident Straub: Herr Abg. Brinkmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Fleischer?

Abg. Brinkmann SPD: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Ist Ihnen Ihre Presseerklärung bekannt, wonach Sie Namen genannt haben, nämlich im ersten Absatz Herrn Abg. Döring und sodann die FDP/DVP-Abgeordneten?

(Abg. Schmiedel SPD: Minister! Er ist kein Abgeordneter im Wirtschaftsausschuss!)

Ist Ihnen klar, dass Sie sich damit rechtswidrig verhalten haben?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ha, das gibt es doch nicht!)

Abg. Brinkmann SPD: Herr Kollege, ich habe auf den Wirtschaftsminister hingewiesen und habe darüber hinaus keine Namen genannt.

(Abg. Birzele SPD: Das steht übrigens in den Berichten! Da steht: „der Wirtschaftsminister“! – Abg. Schmiedel SPD: Sie wissen doch, dass er Döring heißt! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Name des Wirtschaftsministers darf nicht verraten werden!)

Zumindest in der Mehrzahl des Wortes, „Namen“, trifft dies nicht zu.

(Abg. Fleischer CDU: Das wird ein Nachspiel haben!)

Ich habe den Wirtschaftsminister genannt.

(Abg. Fleischer CDU: Und ihn falsch zitiert!)

Aber da wir gerade bei der Person des Herrn Wirtschaftsministers sind: Herr Döring, Sie haben hier heute eine bemerkenswerte Rede gehalten, eine Rede, der wir als SPD-Fraktion zustimmen können und zustimmen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Können Sie immer!)

(Brinkmann)

Aber ich stelle fest: Sie haben diese Rede in Ausnutzung Ihrer Redezeit als Regierungsmitglied gehalten, aber Sie haben sie nicht als Regierungsmitglied, sondern als Privatmann oder Abgeordneter gehalten. Was Sie hier gesagt haben, Herr Wirtschaftsminister, war nicht die Rede des Wirtschaftsministers, sondern kann nur die Rede des Abgeordneten Döring gewesen sein. Denn ich stelle fest: Sie befinden sich nicht in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Landesregierung. Ich bin gespannt, ob der Herr Innenminister, der hier anwesend ist und die Debatte bisher lächelnd verfolgt hat, den Mut hat, sich hier hinzustellen

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

und öffentlich zu bekennen, ob er nun bereit ist, einem Moratorium bis zur Innenministerkonferenz im Mai zuzustimmen

(Beifall der Abg. Carla Bregenzer und Brechtken SPD)

und öffentlich zu bekennen, wie er sich in der Innenministerkonferenz zu der Bundestagsforderung Altfallregelung verhalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Döring, Sie haben gesagt, Sie würden sich hier mit der Regierung auf einem ordentlichen Weg befinden. Ich stelle fest: Hierfür gibt es heute kein Anzeichen. Dass ausgerechnet Herr Schmid, der sich durch andere, sehr ungewöhnliche Vorstellungen zum Ausländerrecht hier schon hervorgetan hat – ich erinnere nur an das Heiratsverbot für Ausländer –, von der Zuwanderungsbegrenzung redet, ist bemerkenswert.

Wir wollen, um es noch einmal deutlich zu sagen, Herr Kollege, keine unbegrenzte Zuwanderung, sondern wir wollen den Betrieben helfen, die hier ihre Existenz und den Fortbestand der Arbeitsplätze oder einiger Arbeitsplätze auf der Anwesenheit von Bürgerkriegsflüchtlings aufgebaut haben. Diesen Betrieben wollen wir helfen. Kapierten Sie das doch endlich mal!

(Beifall bei der SPD)

Die CDU in Baden-Württemberg – das stelle ich ferner fest – befindet sich hier in ihrer Mehrheit nicht nur im Dissens zu ihrem Fraktionsvorsitzenden – das klang heute einige Male an –; sie befindet sich auch im Dissens zu ihren CDU-Kollegen im Deutschen Bundestag. Die CDU in diesem Landtag von Baden-Württemberg hat in Deutschland nur noch zwei Verbündete: Das ist die PDS und sind die Repts.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit der Abg. Birzele und Brechtken SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Brechtken SPD: Hofer ist auch ein Verbündeter! – Unruhe)

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich halte vor der Klammer mal die Punkte fest, die, glaube ich, als gesichert angesehen werden können.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Es gibt in diesem Lande zahlreiche kleine und mittlere Betriebe, die bosnische Flüchtlinge beschäftigt haben, von denen andere Arbeitsplätze abhängen. Wenn diese Flüchtlinge gewissermaßen wieder zurückgeschickt werden, finden die Betriebe keinen Ersatz, und zwar trotz mehrfacher Anfrage – teils bundesweit – bei der Arbeitsverwaltung.

(Abg. Wieser CDU: Europaweit! – Abg. Schmiedel SPD: Weltweit!)

Wir wissen, dass wir alle mit Eingaben bombardiert werden, dass die Kammern das Gleiche sagen und dass es eigentlich niemanden gibt, der diesen Fakt bezweifelt. Nicht einmal in dieser Debatte ist das bestritten worden.

Zweitens wissen wir auch, um welche Branchen es sich handelt – sie sind vorhin genannt worden –: um die Bauwirtschaft und den Garten- und Landschaftsbau, aber auch – das wollen wir nicht vergessen – um viele soziale Bereiche.

Jetzt sage ich Ihnen, was auch Fakt ist: Vor Ort benehmen wir uns – jetzt will ich einfach einmal vieles weglassen, was man politisch sagen könnte, und es einmal so sagen – in der Zwischenzeit alle wie Winkeladvokaten, indem wir alle versuchen, das hinauszuzögern. Ich weiß es vom Kollegen Kiel in Fellbach, und ich mache es in Weinstadt als Oberbürgermeister auch so – wir haben die Kollegen aus Singen und Konstanz gehört, die das ganz negieren –: Wir sagen: Macht im Notfall eine Petition. Wir wissen, dass es Fakt ist, dass man das so zögerlich wie nur irgend möglich behandelt usw.

Nun komme ich auf das Thema Moratorium zu sprechen. Also, es ist für mich überhaupt keine Frage, ob Sie ein Moratorium beschließen oder nicht: Praxis ist, dass vor Ablauf eines Monats keine Abschiebung mehr stattfindet. Herr Kollege Kiel und ich haben uns in unseren Häusern erkundigt und Folgendes erfahren: Vor einem Monat wird nicht abgeschoben; die warten de facto alle diese Innenministerkonferenz ab.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Darum sage ich – bis das geregelt wird, sind wir in der Praxis gar nicht so weit –: Das wird kommen. Da biete ich jede Wette an. Wenn einer nachher mit mir wetten will, kann er das gerne tun.

Ich möchte noch einmal sagen, was wir brauchen: Wir müssen davon befreit werden, wie die – ich sage es noch einmal – Winkeladvokaten in den einzelnen Härtefällen zu helfen. Wir brauchen eine allgemeine Regelung, die diese fast feindselige, starre Haltung endlich mal beseitigt. Wenn man da mit einem Härtefall kommt, brandet einem beinahe eine feindselige Haltung entgegen, die ausschließlich davon bestimmt ist, dass das Ausländerrecht von seinem Ansatz her natürlich der Gefahrenabwehr diene. Deshalb spricht man auch von einer Ausländerpolizei. Aber diese Fälle können nicht von der Ausländerpolizei behandelt werden, sondern sie müssen im Sinne der Betriebe als Härtefälle behandelt werden, und zwar praxisnah, wie das erforderlich ist. Das ist der wichtigste Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Hofer)

Ich sehe – deshalb bin ich so zuversichtlich und setze ich auf Gemeinsamkeit –, wenn ich genau hingucke, dass da schon viel Aufgeschlossenheit besteht. Wir dürfen nur nicht umgekehrt das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern wir müssen genau auf diese Fälle losgehen.

Was wir brauchen, ist eine Regelung, die vom Verständnis getragen wird. Es gibt nämlich ein Unverständnis bei diesen Betrieben dahin gehend, dass Menschen nach Hause geschickt werden, die hier arbeiten, Steuern zahlen, dringend gebraucht werden, niemandem zur Last fallen und andere Arbeitsplätze sichern. Man bemüht sich, Ersatz zu finden, findet aber keinen. Man erwartet, dass man diesen Betrieben in entgegenkommender Weise Rechnung trägt.

Der Herr Wirtschaftsminister hat vollkommen Recht; das wissen Sie alle. Wenn Sie zu den kleinen Betrieben gehen, finden Sie kein Verständnis, wenn Sie sagen: Das geht nicht; da müssen wir ganz starre Linien beim Ausländerrecht machen. Die konfrontieren einen mit dem Thema Greencard. Da können Sie nicht sagen: Das ist ein anderes Thema; auf Wiedersehen. Wenn Sie das machen, entsteht dort eine ziemliche Verdrossenheit. Sie müssen dort so antworten, wie das hier gefordert wird, dass man nämlich – –

(Abg. Wieser CDU: Sind Sie mit den deutschen Arbeitnehmern nicht einverstanden, Herr Hofer?)

– Wenn Sie dort den deutschen Arbeitnehmerkollegen, der neben dem Bosnier steht, fragen, sagt der: Hoffentlich lassen Sie mir meinen Kollegen, damit mein eigener Arbeitsplatz nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

So sieht es aus.

Lassen Sie uns deshalb diesen Weg beschreiten. Er wird erwartet. Ich bin auch sicher, dass er kommen wird, wobei ich auch glaube, dass das etwa in gleicher Weise und in gleicher Schnelligkeit kommen wird, wie Sie das mit dem Thema Greencard beschließen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die jetzige Debatte angehört und sich daran beteiligt hat, hatte man manchmal den Eindruck, dass es eine ganz absurde Situation gibt. Es sollen geringfügig Qualifizierte in ein Hochlohnland hereingeholt werden, obwohl es gerade bei diesen geringfügig Qualifizierten schon eine hohe Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg und in Deutschland gibt. Darüber hat auch der Herr Wirtschaftsminister kein Wort verloren, obwohl ja seine eigene Landesregierung dies doch erst vor kurzem auf eine Anfrage von uns bestätigt hat. Ich möchte Sie schon fragen – da hat Herr Brinkmann nicht Unrecht –, in welcher Funktion Sie, Herr Döring, hier gesprochen haben. Vielleicht können Sie oder auch der Herr Innenminister nachher sagen, wie Sie die Situation einschätzen oder wie er sie einschätzt.

Ein großes Manko dieser Debatte war und ist, dass sich der Herr Ministerpräsident hier drückt. Er müsste sich in seiner Gesamtverantwortung für dieses Land und für die Regierung hier hinstellen und sagen, ob er die Auffassung von Herrn Döring vertritt oder die von Herrn Oettinger oder die von Herrn Schäuble. Hier ist die Landesregierung gespalten. Da muss der Chef der Landesregierung her, wenn er noch die Kraft hat, zu regieren, und uns klar sagen, in welche Richtung es in Baden-Württemberg weitergehen soll.

(Beifall bei den Republikanern)

Natürlich haben Sie, Herr Wirtschaftsminister, die Frage der Gleichbehandlung der Klein- und der Großbetriebe angesprochen. Aber ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass Sie nicht diese Greencard-Diskussion führen dürfen, die hauptsächlich von den Großbetrieben kommt. Wenn Sie da weich werden und bei der Greencard nachgeben, haben Sie keine Möglichkeit mehr, bei Kleinbetrieben zu sagen: Liebe Leute, das geht aus staatspolitischen Gründen nicht.

Was nun die Wirtschaft und die Aussagen der Wirtschaft betrifft: Seit Jahren hören wir, dass die Lohnnebenkosten, die Lohnzusatzkosten zu hoch seien. Die gehen ja zum Teil gerade auf die hohe Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter zurück, ob es nun Deutsche oder viele Ausländer sind. Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, müssen wir ja die Leute nach Hause bringen.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie haben auch zu Recht das Altersproblem angesprochen. Nur, in welcher Gesellschaft leben wir denn, wenn 40- und 45-jährige Deutsche zu alt sind? Das gibt es doch nicht. Dann müssen wir halt den Betrieben sagen: Liebe Leute, ihr müsst mit den Leuten arbeiten und sie weiterqualifizieren; setzt euch da ein. Aber es kann nicht sein, dass Menschen, Familienväter in diesem Alter keine Perspektive mehr haben. Die Wirtschaft darf nicht dominieren, sondern die Politik muss sagen, in welche Richtung es geht. Meine Damen und Herren, dazu sind Sie aufgefordert.

(Beifall bei den Republikanern)

Schon Bundesinnenminister Schily, SPD, hat doch davon gesprochen, dass die Belastungsgrenze erreicht, wenn nicht sogar überschritten sei.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Ja hat er das nur so gesagt? Er hat doch sicher Erkenntnisse darüber, dass es in unserem Land so aussieht.

Meine Damen und Herren, Herr Hofer, wir müssen ganz offen die Debatte über Nutzen und Kosten der Ausländerbeschäftigung führen. Leider ist dieses Thema in Deutschland jahrelang tabuisiert worden. Jeder, der diese Debatte geführt hat – und wir haben sie in den letzten Jahren ja geführt –, wurde gleich als Ausländerfeind bezeichnet. Man konnte diese Debatte dann ja gar nicht mehr führen.

(Beifall bei den Republikanern)

Dabei haben wissenschaftliche Untersuchungen Schweizer Professoren – vielleicht kennen Sie die nicht, von Blattner oder Schwarz – schon Mitte der Neunzigerjahre gezeigt,

(Deuschle)

das eine größere Zurückhaltung bei der Beschäftigung von Ausländern zu besseren wirtschaftlichen Ergebnissen geführt hätte. Warum nimmt man das nicht zur Kenntnis? Warum sollen diejenigen, die seit Jahren in der Politik der Zuwanderung und Masseneinwanderung versagt haben, im Grunde noch einmal einen zweiten verhängnisvollen Anlauf nehmen können? Dazu sagen wir Republikaner: Nein, Sie haben eine Chance gehabt, dies vernünftig zu regeln, und dabei haben Sie total versagt. Belasten Sie unsere Bevölkerung und uns jetzt nicht noch einmal mit solchen falschen Meinungen!

(Beifall bei den Republikanern)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, Herr Innenminister: das rechtswidrige Verhalten einiger Oberbürgermeister, ob die jetzt leider schwarz sind – Herr Renner – oder ob sie rot sind – Herr Zieger in Esslingen – oder ob sie grün sind – Herr Frank in Konstanz. Sagen Sie uns nachher hier doch in aller Form, ob Sie das auch als rechtswidrig einschätzen, wie das die Regierungspräsidien in aller Form und in aller Deutlichkeit getan haben. Sie erwarten doch von allen anderen Bürgern, dass sie sich rechtstreu verhalten. Wir haben ja als Partei schon erlebt, wie man uns betrachtet.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Davon verstehen Sie doch nichts!)

Hier lassen Sie aber Rechtswidrigkeiten von Oberbürgermeistern durchgehen. Das darf doch nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Rufen Sie die „jungen Wilden“, ob von Schwarz, Grün oder von Rot, zur Raison! Das ist Ihre Aufgabe als Landesinnenminister.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist doch eigentlich für die Verhältnisse dieses hohen Hauses eine ganz muntere Debatte. Ich glaube, wir haben auch die Chance, am Schluss Stück für Stück

(Abg. Wieser CDU, auf einem SPD-Platz sitzend: Dazuzulernen!)

voranzukommen und wirklich dazu beizutragen, dass die ganz komplizierte Problematik auf einen guten und noch besseren Weg gebracht wird. Das zeigt sich auch, wenn Sie isoliert –

(Abg. Weimer SPD: Der Anfang klingt schon einmal gut!)

Die Zwischenrufe aus den Reihen der SPD in Person des Kollegen Wieser haben mich jetzt etwas irritiert. Aber man lernt auch hier dazu.

(Unruhe)

Es zeigt sich aber offensichtlich auch – und da finde ich als ein Mensch, der wie kaum jemand immer auf Konsens aus

ist, einen roten Faden in der Debatte –: Alle sagen doch, wenn ich es richtig verstanden habe, man dürfe die gesamte Problematik nicht nur isoliert betrachten, also nicht einfach nur unter dem Gesichtspunkt der Greencard. Wir müssen vielmehr eine Gesamtkonzeption entwickeln auch bei dem Thema, das wir gestern zum x-ten Mal besprochen haben: Zuwanderungsbegrenzungsgesetz einerseits und Asylrechtsänderung andererseits.

(Abg. Brinkmann SPD: Das hat nichts miteinander zu tun!)

Ich denke – das kam beim Kollegen Hofer doch auch stark zum Ausdruck –, wir müssen auch den Zusammenhang zwischen Ausländerpolitik einerseits und Arbeitsmarktpolitik, Herr Kollege Bender, andererseits künftig noch stärker beachten. Da liegen gewisse Bruchstellen. Wenn sich das hier herauskristallisiert und wir dazu auch einen Beitrag leisten können, dann lohnt sich die Debatte auf jeden Fall.

Ich darf an die verehrte Opposition gerichtet sagen: Es wird Ihnen nicht gelingen, die Regierung, den Wirtschaftsminister und meine Wenigkeit, auseinander zu dividieren. Das will ich eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie, Herr Kollege Brinkmann, haben etwas nett gefragt – ich bin Ihnen ja schon viele Jahre verbunden –, ob der Innenminister wohl den Mut habe.

(Unruhe)

Gut, ich bin an sich schon ein furchtsamer Mensch, aber heute habe ich mich einmal getraut.

(Heiterkeit)

Aber bei aller Freundlichkeit will ich Ihnen jetzt einmal eindeutig etwas ins Stammbuch schreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich empfand es als einen Schlag unter die Gürtellinie, wie Sie am Ende Ihres im Übrigen sachlichen Beitrags in die übelste und tiefste Kiste der Polemik gegriffen haben, als Sie gesagt haben, die CDU –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

und damit haben Sie auch mich gemeint – habe sozusagen nur noch die Republikaner und die PDS als Verbündete und arbeite mit diesen Kräften zusammen.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD – Abg. Deuschle REP: Das sind doch keine schlechten Verbündeten! Warum sind das schlechte Verbündete?)

Wahr ist, dass die SPD mit der PDS Koalitionen auf Landesebene geschlossen hat. Dies ist wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Schäuble)

Wahr ist, dass die CDU – gerade im Landtag von Baden-Württemberg – seit 1992 jede Zusammenarbeit mit den Republikanern ablehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP – Abg. Deuschle REP: Das war ja der Fehler! – Weiterer Zuruf von den Republikanern: Schütterer Beifall!)

Wahr ist ferner, dass unsere Politik, wenn sie früher von Ihnen mitgetragen worden wäre – Stichwort: Änderung des Asylrechts –, dazu beigetragen hätte, die Republikaner am besten zu bekämpfen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Von wegen! – Abg. Deuschle REP: Herr Minister, das wäre doch schade, denn dann gäbe es keine so interessanten Debatten wie heute!)

Deshalb sollten Sie auf eine so billige und plumpe Polemik, Herr Kollege Brinkmann, verzichten.

Ich habe heute den Mut, Ihnen das zu sagen. Auch künftig werde ich Ihnen das immer wieder sagen, wenn es denn einfach notwendig ist.

Nun darf ich auf Folgendes aufmerksam machen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zur Sache!)

– Ich bin schon voll in der Sache. Auch wenn es Ihnen wehtut, kann ich Ihnen das nicht ersparen.

Wir haben im Grunde genommen die Frage der Bosnier nicht mehr. Sie stellt sich nicht mehr. Es wird meines Erachtens auch unwahrscheinlich sein, dass sich die Innenministerkonferenz, wenn wir uns in zwei oder drei Wochen treffen werden, überhaupt noch einmal mit der Rückführung der Bosnier befassen wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Der Kosovaren!)

– Der Bosnier. Entschuldigung, Sie haben vorhin von den Bosniern gesprochen. Alle, die gesprochen haben, haben von den Bosniern gesprochen.

(Abg. Deuschle REP: Das stimmt!)

Ich komme noch auf die Kosovaren. Von den Kosovaren hat außer mir, glaube ich, noch gar keiner gesprochen. Sie haben alle von den Bosniern gesprochen.

(Abg. Brinkmann SPD: Wir haben uns an die Geschäftsordnung gehalten! – Zuruf des Abg. Haasis CDU – Abg. Deuschle REP: Das Thema heißt ja Bosnier!)

Die Innenministerkonferenz, verehrte Damen und Herren dieses hohen Hauses, wird sich nach meiner Einschätzung nicht mehr mit den Bosniern befassen. Sie sind zurückgeführt.

Wir haben in Baden-Württemberg – von über 50 000 – inzwischen auch die Bosnier bis auf einen Restbestand von 5 000 in ihre Heimat zurückgeschickt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie reden Sie denn von Menschen? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja unglaublich: „Restbestand“! Wo sind wir denn hier? – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Von diesen 5 000 Menschen sind noch etwa zweieinhalbtausend auf dem Arbeitsmarkt. Herr Kollege Hofer, sie sind nicht deshalb, weil Sie als Oberbürgermeister die Akten immer nach unten gelegt haben – ich könnte Ihnen sofort sagen, wie viele Bosnier Sie in Weinstadt noch haben, nämlich nicht mehr viele –, noch bei uns, sondern diese 5 000 bzw. zweieinhalbtausend sind deshalb noch da, weil wir ihren Aufenthalt in Deutschland, und zwar in Baden-Württemberg, immer wieder verlängert haben, um eben dem Mittelstand zu helfen, weil mich der Wirtschaftsminister wie auch Firmen des Mittelstands darauf aufmerksam gemacht haben. Ausschließlich deshalb sind diese Menschen noch da. Das muss man einfach wissen. Dieses Entgegenkommen gegenüber dem Mittelstand wird nicht dazu führen, dass sich die Innenministerkonferenz noch einmal mit dem Thema Bosnier befassen wird.

Jetzt will ich auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, den ich auch für die Zukunft für ganz wichtig halte: Bürgerkrieg. Wir haben damals die Menschen kommen lassen, eingeladen oder auch uneingeladen, wenn ich so sagen darf und Sie nicht gleich wieder einen Verstoß gegen die Political Correctness sehen, weil die Not so groß war. Wir haben damit als Bundesrepublik Deutschland und vor allem als Land Baden-Württemberg – wir hatten ja fast 55 000 Bosnier – einen ganz wertvollen humanitären Beitrag erbracht, auf den alle Bürgerinnen und Bürger stolz sein dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Folgendes war immer unstrittig: Wir helfen diesen Menschen in ihrer Existenznot nicht aus Eigennutzgründen, sondern aus Gründen der menschlichen Nächstenliebe, auch Altruismus genannt.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir haben aber auch immer hinzugefügt, weil es immer wieder Konfliktsituationen auf der Welt geben wird – die nächste wird so sicher kommen wie das Amen in der Kirche –, dass wir den Menschen während des Krieges oder des Bürgerkrieges helfen, dass sie aber nach dem Ende des Bürgerkrieges in einem zumutbaren zeitlichen Abstand – also nicht von einem Tag auf den anderen – in ihre Heimat zurückkehren müssen. Die Diskussion, die wegen der Sorgen in der Wirtschaft aufgekommen war und durch die Diskussion über die Greencard auch noch einmal angestachelt wurde

(Abg. Brinkmann SPD: Das war doch schon vorher!)

– sie ist älter, aber jetzt hat sie noch einmal einen Pusch bekommen –,

(Abg. Deuschle REP: Ja, natürlich!)

hat jetzt eine ganz andere Wendung genommen. Jetzt geht es nämlich um die Frage: Sollen wir – ich vermeide das Wort „egoistisch“ – aus Eigeninteressen heraus bestimmte

(Minister Dr. Schäuble)

Bürgerkriegsflüchtlinge auf Dauer in Deutschland belassen? Das hat aber nichts mehr mit der ursprünglichen Erwägung zu tun, warum die Menschen überhaupt zu uns kommen und bleiben konnten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Da bitte ich, bei der Diskussion als einen wichtigen Gesichtspunkt – meinetwegen nicht als den alleinigen Gesichtspunkt – zu sehen: Wenn Sie eine solche schwierige Aufgabe wie die Rückführung von über 50 000 Menschen – ich komme jetzt noch ein paar Mal darauf zurück – als Innenminister verantworten müssen, dann ist es aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aus moralischen Gründen, völlig undenkbar, nur die Kranken und die Alten zurückzuführen. Sie müssen im Grunde genommen alle zurückführen. Sie müssen vor allem auch die Leistungsfähigen zurückführen, die in dem zerstörten Land für den Wiederaufbau dringend benötigt werden. Alles andere halten Sie nicht durch.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Republikaner – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Das müssten gerade Liberale machen! – Abg. Haas CDU: Wiederholen Sie den Satz noch einmal, Herr Innenminister! – Abg. Deuschle REP: Er hält jetzt wieder meine Rede! Und ich kriege nicht einmal ein paar Mark dafür! – Weitere Zurufe)

Jetzt kommt der große Unterschied zu dem, was sich hinter der Diskussion über die Greencard verbirgt. Bei der Diskussion über die Greencard geht es, wenn ich sie richtig bewerte, einfach darum: Haben wir in einem bestimmten Segment unserer Wirtschaft aufgrund von Versäumnissen auch der Wirtschaft selbst einen gravierenden Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften? Bei der Diskussion, ob nun die paar Bosnier, die überhaupt noch da sind, oder vermutlich demnächst die Kosovaren ein Bleiberecht auf Dauer in Deutschland bekommen sollen, geht es nicht darum, dass wir uns einbilden, mit ihnen – von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen – Mängel bei hoch qualifizierten Arbeitsplätzen schließen zu können, sondern um die Frage: Sollen sie dableiben, weil wir Arbeitskräfte für Tätigkeiten brauchen, die auf dem einheimischen Arbeitsmarkt niemand machen will? Das ist der Punkt und der entscheidende Unterschied.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Keiner sagt etwas anderes!)

Wenn Sie so weit sind, dann müssen wir in der Gesamtdiskussion neben den anderen Gesichtspunkten, die der Wirtschaftsminister zu Recht vorgetragen hat, auch folgende Gesichtspunkte mit in die Gesamtabwägung einbringen:

Der erste Gesichtspunkt ist der: Ich bin mir nach aller Lebenserfahrung sehr sicher – ich weiß, wovon ich rede; denn meine Frau kommt aus einer Familie aus der Gastronomie, und meine Schwiegermutter ist vermutlich deshalb mit Anfang 40 gestorben, weil sie überschafft war –

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– das ist kein sehr nettes Thema, Kollege Wieser –, dass sich diese Menschen, die wir jetzt auf Dauer hier lassen wollen – weil wir auf dem einheimischen Arbeitsmarkt einfach nicht genügend Menschen finden, die noch solche unbequemen und harten Tätigkeiten wahrnehmen wollen –, wenn sie auf Dauer in Deutschland bleiben können, nicht sofort, aber Schritt für Schritt auch von diesen unbequemen Arbeitsplätzen mit ungünstigen Arbeitszeiten weg orientieren werden und andere Arbeitsplätze anstreben werden. Das kommt wie das Amen in der Kirche.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es!)

So ist es, und so war es auch immer.

(Abg. Wieser CDU: Das sind nur Einstiegsarbeitsplätze!)

Sie werden es nicht schaffen – und so, wie ich die Kollegen gerade von der FDP/DVP-Fraktion einschätze, auch gar nicht wollen –, dass wir am Schluss einen Arbeitsmarkt bekommen, der sozusagen aus denen besteht, die die etwas angenehmeren Tätigkeiten anstreben dürfen, und aus denen, die wir in einer gewissen Abhängigkeit halten wollen, die immer das tun, was die anderen nicht machen wollen. Das wird auf Dauer erstens nicht gelingen und wäre zweitens unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es! Das ist unmenschlich!)

Also muss dieser Gesichtspunkt gesehen werden.

Den zweiten Gesichtspunkt hat der Kollege Walter schon angesprochen, aber ich möchte ihn im Gegensatz zu ihm in aller Sachlichkeit aus meiner Sicht jedenfalls in die Abwägung, die wir vornehmen müssen, einbringen.

Wir haben unbestrittenermaßen über 4 Millionen Arbeitslose. Meines Erachtens muss genauso unbestritten sein, dass von diesen über 4 Millionen Arbeitslosen jedenfalls ein nicht unerhebliches Potenzial diese ungeliebten Arbeitsplätze, derentwegen wir jetzt die Bosnier da lassen wollen, einnehmen könnte.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Das ist das Thema!)

Wenn dies unbestritten ist, dann unterstellen diejenigen, die sagen: „Die müssen alle dableiben“, im Grunde genommen, wenn man es mal auf den Punkt bringt, unseren über 4 Millionen Arbeitslosen jedenfalls zu einem ganz erheblichen Teil Arbeitsunwilligkeit.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Na ja!)

– Entschuldigung, Herr Salomon. Eins und eins gibt zwei.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber eins und eins ist nicht identisch!)

Wenn Sie alles schön aufschreiben und dann vortragen, kommen Sie auch darauf. Sie werden sich auch an die Gesetze der Logik halten müssen.

(Minister Dr. Schäuble)

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch selber gerade gesagt, dass die Deutschen nicht dazu bereit sind! – Abg. Deuschle REP: Aber warum sind sie nicht bereit? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Weil sie überqualifiziert sind!)

Ich will es noch einmal sagen und für Anfänger einfach ganz langsam wiederholen.

(Heiterkeit)

Wenn Sie erkennen müssen, dass wir über vier Millionen Arbeitslose haben, dann muss mindestens ein erhebliches Potenzial dieser Arbeitsplätze, die im Augenblick von niemandem besetzt sind, worüber das Handwerk und die Gastronomie so jammern, mit Arbeitslosen aus diesen vier Millionen besetzt werden können.

(Abg. Deuschle REP: Eben! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Es muss aber auch zumutbar sein!)

Wenn Sie so weit sind, dann unterstellen Sie in dem Augenblick, in dem Sie sagen: „Die Einheimischen machen das nicht mehr“, den vier Millionen Arbeitslosen Arbeitsunwilligkeit und nichts anderes.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, falsche Qualifikation!)

Anders geht es nicht zusammen.

Da kommt der nächste Punkt.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was soll jetzt das?)

– Entschuldigung, Herr Jacobi. Lautstärke ersetzt nicht die Kraft der Argumente.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Sage ich ja gar nicht!)

Wenn Sie so weit sind, dann müssen Sie auch zum Ergebnis kommen – und da finde ich mich in dem wieder, was der Kollege Hofer für die FDP/DVP gesagt hat –, dass wir Ausländerpolitik und Arbeitsmarktpolitik stärker verzahnen müssen. Denn wir werden nicht umhinkommen – wenn der Befund so richtig ist, wie ich sage, und Sie unterstellen ihn ja –, uns darüber zu unterhalten, aber dann auch handeln müssen, die Zumutbarkeitsschwelle für die vier Millionen Arbeitslosen jedenfalls ganz erheblich herunterzufahren. Denn sonst wird das ja zur Endlosspirale.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nun sage ich an die Adresse von Rot-Grün: Es ist eben schon auffallend, dass diejenigen, die immer einem verstärkten Zuzug das Wort reden, nicht bereit sind, die Zumutbarkeitsschwelle in erheblichem Umfang herunterzufahren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der große Widerspruch in Ihrer Politik, und der wird ins Verhängnis führen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brinkmann?

Innenminister Dr. Schäuble: Sie wissen, Herr Präsident, dass ich fast immer jede Zwischenfrage zugelassen habe. Aber Herr Kollege Brinkmann muss wegen dieses unsäglichen Vergleichs heute ganz bescheiden auf seinem Platz sitzen bleiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Brinkmann SPD: Offensichtlich war der Vergleich sehr zutreffend!)

Wenn Sie sich bewähren, dürfen Sie beim nächsten Mal wieder eine Zwischenfrage stellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brinkmann SPD: Die Zumutbarkeitsschwelle hat doch mit dem Problem nichts zu tun, sondern es geht um die Qualifikation der Mitarbeiter! – Unruhe)

– Es war eine ganz milde Strafe, die ich Ihnen gegenüber heute ausgesprochen habe.

(Abg. Brinkmann SPD: Aber dann reden Sie doch zum Thema und nicht über die Zumutbarkeitsschwelle!)

Wie gesagt: Wenn Sie sich bewähren, dürfen Sie in der nächsten Runde wieder eine Frage stellen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war ja jetzt eine souveräne Reaktion!)

– Sehen Sie, Herr Kollege Salomon, Sie lernen noch dazu.

Nun kommt der Punkt, der für die weitere Behandlung auch der relativ wenigen Bosnier, die noch bei uns sind, wichtig ist. Ich bin bereit, bei engen Ausnahmefällen, wie wir es auch in den letzten Jahren getan haben – sonst hätten wir diese 2 500 auf dem Arbeitsmarkt nicht –, weiterhin zu helfen. Ich füge aber hinzu, Herr Kollege Hofer, dass wir, jedenfalls bei einer Vielzahl dieser Menschen, bei denen wir, beinahe wie bei Kettenarbeitsverträgen, ein ums andere Mal die Duldung verlängert haben, einmal einen Schnitt machen und sagen sollten: Wenn es solche engen Ausnahmefälle sind – die Zahl muss überschaubar bleiben –, sollten wir davon abkommen, immer nur weiter zu verlängern. Dann sollten wir ihnen einen sicheren Status geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann werden Sie auf dem Arbeitsmarkt allerdings auch die Folge erleben, die ich vorhin beschrieben habe.

Ich füge aber noch einmal hinzu, damit der Beifall nicht gleich zu Standing Ovation wird:

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es müssen eng umgrenzte Ausnahmefälle sein, zum Beispiel – sie gibt es ja als Einzelfälle – bei hoch qualifizierten Leuten. Ein anderes Beispiel, das allerdings nicht zu einem Daueraufenthaltsrecht führen sollte: Mir wird jetzt vom Kollegen Kiefl vorgetragen: Nach dem schlimmen Orkan Lothar brauchen wir nicht nur dringend Waldarbeiter, son-

(Minister Dr. Schäuble)

dem wir brauchen auch – da scheint es auch einen erheblichen Mangel zu geben – Fahrer für Langholzwagen. Auch dafür sind zum Beispiel Bosnier jetzt nachgefragt. Da ist es meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit, dass wir, in dieser Notzeit jedenfalls,

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

auch das Aufenthaltsrecht jetzt noch einmal großzügig erweitern.

Ich füge aber auch hinzu – Kollege Döring hat darauf völlig zu Recht hingewiesen –: Ich stehe in permanentem Kontakt mit der Arbeitsverwaltung, mit dem Landesarbeitsamt. Das Landesarbeitsamt ist entgegen dem, was dieses Wort besagt, eine Bundesbehörde. Wir sind darauf angewiesen, dass auch das Landesarbeitsamt, die gesamte Arbeitsverwaltung die Dinge – so, wie wir es tun – flexibler angeht. Andernfalls schaffen wir es allein nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn ich muss darauf hinweisen: Sie überfordern ein Ausländeramt. Ein Ausländeramt, das einen Ausländer vor sich hat, der über einen rechtskräftigen Ausreisebescheid und umgekehrt über keine Arbeitserlaubnis verfügt, kann gar nicht anders handeln, als ihn auszuweisen. Deshalb sind wir hier auch auf eine flexible Vorgehensweise der Arbeitsverwaltung, die sich allerdings auf eng umrissene Einzelfälle beschränken sollte, angewiesen.

(Abg. Deuschle REP: Für die Oberbürgermeister vielleicht!)

Jetzt noch ein paar Worte zum Kosovo. – Nein, ich sage es mit einem Wort: Haben Sie während Ihrer Zugehörigkeit zum Landtag noch nicht begriffen, dass die Regierungspräsidien dem Innenministerium unterstehen?

(Abg. Deuschle REP: Also, dann sagen Sie hier etwas im Landtag!)

Wenn die Regierungspräsidien, wie Sie selbst gesagt haben, die Oberbürgermeister auf die Rechtslage aufmerksam gemacht haben, handeln die Regierungspräsidien für uns, und dieses Handeln wird uns zugerechnet.

(Abg. Deuschle REP: Ja, also!)

Damit ist die Sache aus unserer Sicht auf den Weg gebracht. Das sollten Sie, nachdem Sie so viele Jahre im Landtag von Baden-Württemberg sind,

(Abg. Brechtken SPD: Viel zu lange! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

wenigstens als Mindestwissen irgendwo verinnerlicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zurück zum Thema. Wir haben jetzt noch weniger als 45 000, aber immer noch über 40 000 Kosovaren. Ich sage klipp und klar – das entspricht auch den Beschlüssen, die dieses hohe Haus in seiner Mehrheit getroffen hat, und den Beschlüssen des Kabinetts, und das wird in jeder Bürgermeisterbesprechung, bei jeder Kreisbereisung als der dringendste Wunsch der kommunalen Seite an meine Adresse

gerichtet –: Wir müssen energisch und konsequent die Rückführung dieser Kosovaren betreiben. Wenn Sie da wackeln, werden Sie keine konsequente Linie finden. Und wenn Sie keine konsequente Linie haben, wird die Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr im Sinne des freiwilligen Muss auf null zurückgehen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Deshalb werden wir eine konsequente Linie verfolgen. Ich teile Ihnen mit – nur, damit es klar ist und keiner sagen kann, ich hätte hier nicht vollständig alles gesagt –: Baden-Württemberg hat in den wenigen Wochen seit Beginn der Rückführungen zwei Drittel aller zwangsweisen Abschiebungen in ganz Deutschland durchgeführt. Wir gehen die Rückführung der Kosovaren also mit allem Nachdruck an.

Wenn ich vorhin gesagt habe, das Thema Bosnier sei gar nicht mehr virulent, dann müssen wir eigentlich über die Kosovaren sprechen. Wir erleben es doch schon ständig. Auch der berühmte Edelgastronom, der „Rebell vom Kaiserstuhl“,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

spricht ja von Kosovaren und nicht von Bosniern. Wir werden hierbei genau das Gleiche erleben: Aus der Wirtschaft – sprich: aus der Gastronomie, aus den Gartenbaubetrieben, aus dem Bauhandwerk und aus dem Baunebengewerbe – werden Wünsche an uns herangetragen werden, dass auch die Kosovaren, soweit sie als Arbeitnehmer wichtig sind, hier bleiben sollen. Ich füge Folgendes hinzu: Wenn sich das durchsetzt, dann können Sie sich von einer Rückführung der Kosovaren verabschieden.

Ich füge hinzu: Für mich ist nicht nachvollziehbar, wo noch ein Rest an politischer Moral vorhanden sein soll, wenn Sie die leistungsfähigen Menschen aus einem Land, das den Wiederaufbau so dringend benötigt wie das Kosovo, hier in Deutschland belassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Das ist unsolidarisch!)

Das kann gar nicht gut gehen. Deshalb ist meine herzliche Bitte: Stören Sie trotz der Diskussion über die Bosnier nicht den Beginn der ganz wichtigen Rückführung der über 40 000 Kosovaren. Sie kann nur dann einigermaßen erfolgreich sein, wenn wir konsequent bleiben.

Ich darf an die Adresse aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksstellen der Regierungspräsidien und bei den weit über 100 Ausländerämtern, die einen schweren Job erledigen, der undankbar ist, der unangenehm und auch menschlich hart ist, manchmal auch mit Bedrohungen und Anfeindungen verbunden,

(Abg. Deuschle REP: Ach ja!)

an die Adresse aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerverwaltung sagen: Sie können sich auf Ihren Innenminister verlassen. Aber ich wünsche diesen Kolleginnen und Kollegen, dass sie sich auch auf den Landtag von Baden-Württemberg verlassen können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Sparbeschlüsse der rot-grünen Bundesregierung auf die Arbeit sozialer Einrichtungen in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Ich weise noch einmal darauf hin – –

(Unruhe)

Wenn die Damen und Herren sich ein wenig beruhigen und Platz nehmen würden – dieser Wunsch gilt auch Ihnen, Herr Kollege Wieser und Herr Kollege Kuhn.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nachdem Sie freundlicherweise Platz genommen haben, fahre ich fort. Ich weise auch bei dieser Aktuellen Debatte darauf hin, dass die Beiträge in freier Rede zu halten sind. Ich bitte die Landesregierung erneut, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Hat die sich schon jemals daran gehalten, Herr Präsident?)

Bei der letzten Aktuellen Debatte betrug die Redezeit der Regierung 36 Minuten und 35 Sekunden.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Dr. Stanienda, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 23. Juni 1999 hat die rot-grüne Bundesregierung das Zukunftsprogramm zur Sanierung des Haushalts beschlossen und damit einschneidende und einschränkende Eingriffe

(Abg. Brechtken SPD: Das war ein gutes Programm!)

– Sie werden es noch hören, Herr Kollege – in die Versorgungsstruktur der sozialen Dienste, die vor allen Dingen unser Land betreffen.

Sie hat beschlossen, die Dauer des Zivildienstes von 13 auf 11 Monate zu reduzieren. Sie hat beschlossen, die Zahl der Zivildienstleistenden von 138 000 auf 124 000 zu senken. Sie hat zugleich höhere Kosten für die Beschäftigungsstellen verordnet. Das Besoldungsgeld wird von bisher 25 auf 30 % erhöht, was die Beschäftigungsstellen in Zukunft zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass der Entlassungssold für die Zivildienstleistenden, der bisher ausschließlich vom Bund getragen werden musste, jetzt den Beschäftigungsstellen zufällt.

Die Resturlaubszeiten fallen nun ebenfalls in diese Zeit der Versorgungslücke, die sich vom 30. Juni bis September ergibt, weil in dieser Zeit bereits die Reduzierung der Zivil-

dienstzeit greift. Wir haben hier eine Versorgungslücke, die sich in vielen Bereichen auswirkt: in der Pflege, in der Altenversorgung, in der Krankenversorgung. Ich denke, das ist ein Armutszeugnis für die rot-grüne Bundesregierung, die angetreten ist unter der Prämisse, soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Diese Lücke, die sich im Sommer dieses Jahres auftun wird – wir stehen also kurz vor dieser Situation –, wird auch nicht durch Aushilfskräfte schnell zu schließen sein. Denn erst einmal müssen Sie diese suchen, dann müssen Sie sie gefunden haben, und dann müssen sie auch noch tariflich versorgt werden. Das heißt, wir müssen Aushilfskräfte einstellen, die nicht qualifiziert sind. Die Versorgung wird dann in mangelnder Qualität erledigt werden. Es kommen auf die Beschäftigungsstellen auch höhere Lohnkosten zu.

Für die Betroffenen, das heißt für alte, behinderte und kranke Menschen, bedeutet dies, dass sie mit einem schnelleren Personalwechsel rechnen müssen. Sie haben ständig wechselnde Gesichter, ständig wechselnde Personen. Es bedeutet aber auch, dass sie sich unter Umständen an den Kosten für die Betreuung und die Versorgung beteiligen müssen. Möglicherweise muss auch von denen, die jetzt noch ambulant betreut werden können, ein großer Teil stationär untergebracht werden. Die Selbstständigkeit dieser Menschen wird aufgehoben. Sie werden in stationäre Einrichtungen überführt werden müssen, weil sie ihren Kostenteil nicht mehr tragen können.

(Beifall der Abg. Haas CDU und Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn Zivildienstleistende in technischen Bereichen, also die Bereiche, in denen Zivildienstleistende als Gärtner, als Hausmeister oder in der ambulanten Versorgung durch Fahrdienste tätig sind, entfallen, was die Bundesregierung ja angekündigt hat, dann sind davon vor allem die Schwerstbehinderten betroffen. Sie werden nicht mehr persönlich betreut und versorgt werden können. Sie werden wahrscheinlich als Erste in stationäre Einrichtungen überführt werden müssen. Wenn diese technischen Bereiche wegfallen, bedeutet dies auch ein großes Defizit.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das sind Horrorszenarien! Damit machen Sie den Menschen Angst! Das ist unverantwortlich! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die haben Angst!)

– Frau Bender, Sie können gleich noch reagieren.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das werde ich auch!)

Jetzt habe ich das Wort. – Es bedeutet aber auch, dass in der Kinder- und Jugendhilfe und auch bei den Fahrdiensten ein großes Defizit entsteht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zivildienstleistende soll es doch gar nicht mehr geben, wenn es nach euch geht!)

(Dr. Eva Stanienda)

Ich meine, meine Damen und Herren, dass das, was die Bundesregierung mit ihrem Spargesetz beschlossen hat, ein sozialer Kahlschlag ist und keine solide und gerechte Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Man muss sich wirklich wundern, wie da argumentiert wird!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Müller.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Müller, jetzt müssen Sie auch noch solches Zeug verteidigen!)

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Dank und die Anerkennung der SPD-Fraktion gilt den Zivildienstleistenden im Lande.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen und Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Die Armen!)

Die Zivildienstleistenden haben in den vergangenen Jahrzehnten gute Arbeit geleistet, so gute Arbeit, dass sogar die CDU-Fraktion zu einer positiven Bewertung des Zivildienstes kommt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nach Jahrzehnten!)

Ich freue mich darüber, denn als ich persönlich vor dieser Frage stand, war der Zivildienst der Bereich derjenigen, wo sich nach Ihrer Meinung die Drückeberger organisiert haben. Ich beglückwünsche Sie zu dieser Meinungsänderung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sie haben die Soldaten im Kosovo gebraucht!)

Meine Damen und Herren, die Kollegin Stanienda hat die Funktion des Zivildienstes nicht richtig beschrieben. Der Zivildienst, Frau Kollegin Stanienda, hatte nie einen Sicherstellungsauftrag für die sozialen Einrichtungen im Lande.

(Beifall bei der SPD)

Der Zivildienst hatte immer Zusatzfunktion, und dadurch, dass die jungen Männer so hervorragend gearbeitet haben, sind sie in diese neue Rolle hineingewachsen. Diese Rolle war ihnen aber ursprünglich nicht zugeschrieben.

Meine Damen und Herren, es geht bei den Kürzungen um zwei Dinge. Es geht einmal um die Herabsetzung der Dauer des Zivildienstes von 13 Monaten auf 11 Monate. Das ist für uns ein Thema der Wehrgerechtigkeit. Das haben wir vor der Wahl versprochen und nach der Wahl gehalten. Wer auf der einen Seite sagt, der Zivildienst sei so wertvoll, kann auf der anderen Seite nicht sagen, die Zivildienstleistenden müssten drei Monate länger schaffen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sehen es als unseren Erfolg an, dass auch der Bereich der sozialen Einrichtungen nicht betroffen ist. Dafür haben wir nach wie vor 90 000 Zivildienstleistende. Gekürzt wurde bei Verwaltungsstellen, in Gärtnereien und in ähnlichen Einrichtungen.

Es wurde von den finanziellen Mehrbelastungen gesprochen. Der Träger muss sich mit 450 DM am Entlassungsgeld beteiligen, und vom laufenden Sold muss er 2 DM mehr tragen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Pro Tag! Die Gesamtsumme muss man sehen!)

– Herr Kollege Noll, das sind insgesamt 740 DM pro Jahr. Manche Spesenritter geben das auf der „Bühler Höhe“ als Trinkgeld aus

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

– allerdings nicht aus der eigenen Kasse. Das muss man noch hinzufügen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn man diese Diskussion führt, muss man der gelb-schwarzen Landesregierung vorhalten, dass sie in diesem Fall ein Kurzzeitgedächtnis hat. Sie vergießen hier unredliche Krokodilstränen. Ich erinnere an das Jahr 1997: Eine globale Minderausgabe von 15 % hat die sozialen Träger voll getroffen. Wir haben heute einen Vorlauf von einem Jahr. Sie haben das im März rückwirkend für den 1. Januar beschlossen, und zwar genau für die gleichen Träger.

(Abg. Brechtken SPD: Da war die FDP/DVP mit dabei! – Abg. Haas CDU: Es geht doch um die Zivildienstleistenden! Sie müssen mal zum Thema sprechen!)

– Es geht um die soziale Infrastruktur, Kollege Haas.

(Abg. Capezzuto SPD: Das begreift der nicht! Weiter!)

Sie haben die Abschaffung der IAV-Stellen beschlossen. Die Träger hatten sich auf deren Bestand verlassen. Sie haben die Sozialbetreuung für Ausländer abgeschafft. Sie haben die Asylbewerberbetreuung abgeschafft.

(Abg. Haas CDU: Reden Sie mal zum Zivildienst! Sie weichen völlig dem Thema aus!)

Die Träger hatten Leute eingestellt, die sie bezahlen mussten. Sie sind mit Ihrem Geld vorher aus der Verantwortung geflohen.

Noch ein zweiter Aspekt: Ich gebe zu, dass es keine angenehme Sache ist, und wir haben auch schwierige Diskussionen mit den Trägern.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Jetzt haben wir es! Jetzt kommen wir auf den Kern!)

– Herr Kollege Mühlbeyer, Sie müssen einmal überlegen, warum wir sparen. Wer hat uns denn 1,6 Billionen DM Schulden im Bund hinterlassen?

(Dr. Walter Müller)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Sehr gut!)

Das war Schwarz-Gelb. Wir hatten in diesem Bereich eine verheerende Eröffnungsbilanz. Die Bilanz war, dass es keine Alternative zum Sparen gab.

(Anhaltende Zurufe des Abg. Haas CDU – Gegenrufe von der SPD: Ruhig, Haas!)

– Herr Kollege Haas, Sie müssten einfach schweigen und staunend daneben stehen und dürfen uns keine Steine in den Weg legen, wenn Finanzminister Eichel den Haushalt wieder in Ordnung bringt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Und das immer zulasten der Schwächeren! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Betablocker für Haas!)

Sie verunsichern auf einer anderen Ebene die Rentner, hinterlassen mit 20,5 % Beitragssätze in Rekordhöhe. In der Rentenkasse sind nicht einmal die gesetzlichen Mindestreserven. Dann gehen Sie herum und schaffen bei den Rentnern Verunsicherung.

(Abg. Haas CDU: Sagen Sie mal etwas zum Zivildienst! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was hat das mit dem Zivildienst zu tun?)

– Es geht um die soziale Infrastruktur, Herr Kollege Noll. Es geht um das Sparen.

(Abg. Haas CDU: Bei den Schwächsten! Das ist Ihr Thema!)

Wir müssen überall sparen, und wir halten dieses Sparen für gerecht und für vertretbar. Das ist keine angenehme Veranstaltung, aber Sie zetern bei jedem Sparbereich und sagen, in diesem Bereich dürfe nicht gespart werden,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war bei Ihnen auch so! – Abg. Haas CDU: Sie sparen doch nur bei den Schwächsten!)

und auf der anderen Seite sagen Sie noch zu den Steuerzahlern: Ihr müsst weiter entlastet werden.

(Abg. Wieser CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Sie praktizieren Finanzakrobatik in diesem Bereich: Sie wollen nirgends sparen, den Sparer entlasten und weniger Schulden machen. Gegenüber dem, was Sie im Finanzbereich machen, ist Flowtex eine relativ seriöse Veranstaltung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Das ist eine Unverschämtheit! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Zusammengefasst: Die Sparmaßnahmen sind zumutbar. Sie sind gerecht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Sie sind nicht angenehm. Die Verbände haben sich schon längst darauf eingestellt, Herr Kollege Haas.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bender.

(Zurufe des Abg. Haas CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Gebt mal dem Haas ein Zäpfle! Das ist ja nicht auszuhalten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. Insbesondere einige Abgeordnete bitte ich um Ruhe.

Frau Abg. Bender, Sie haben das Wort.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Danke, Herr Präsident.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Veränderungen beim Zivildienst und deren Folgen für die sozialen Einrichtungen und die Betroffenen sind als Problem ernst zu nehmen.

(Abg. Haas CDU: Das soll die SPD auch einmal machen, das Thema ernst nehmen!)

Fraglich ist aber, ob das Klagegeld, das die CDU-Fraktion darüber führt, auch ernst zu nehmen ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Allerdings! Ja!)

Mir kommt das so vor, als folgten sie hiermit den Ratschlägen des CSU-Generalsekretärs Goppel,

(Abg. Haas CDU: Haben Sie mal gehört, was die Liga zu dem Thema sagt? – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Haas, halt mal die Gosch!)

der kürzlich angesichts der Rentenvorschläge von Herrn Merz gesagt hat – ich zitiere aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. April –:

CDU und CSU sollten die Regierung ins Visier nehmen und nicht deren Aufgabe übernehmen, Konzepte vorzulegen.

Diese Art Arbeitsteilung, bei der die Regierung die Konzepte macht und die Opposition nölt, meine Damen und Herren von der CDU,

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

ist nicht unser Verständnis von Oppositionsarbeit.

(Birgitt Bender)

Vollends peinlich wird es jedoch, wenn die größte Regierungsfraktion im Land versucht, ein solchermaßen reduziertes Oppositionsverständnis der Bundestagsfraktion im Landtag noch einmal nachzuspielen. Da weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nun zur Sache: Ich glaube, was Sie gar nicht richtig verstanden haben oder verstehen wollen, ist, dass es in erster Linie ja gar nicht um Einsparungen geht. Es geht vielmehr um ein Thema, das „Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Wehrdienst“ lautet. Das ist etwas, was Sie jahrzehntelang hintertrieben haben. Sie waren immer der Meinung, die Zivildienstleistenden müssten dafür, dass sie sich vor dem Wehrdienst drücken, durch eine längere Zeit bestraft werden.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Da waren die Mayer-Vorfelders und andere, die mit leuchtenden Augen beim Bundesverfassungsgericht von ihren Wehrübungen erzählt und so getan haben, als sei es der Standard, dass alle noch etliche Male dazu eingezogen werden, obwohl dies eben gar nicht Praxis ist.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Wir gehen jetzt endlich den überfälligen Schritt der Verkürzung der Dienstzeit, der Angleichung an den Wehrdienst. Zwar ist es immer noch ein Monat mehr, aber es ist richtig, dass jetzt der Zivildienst nicht mehr in derselben Weise durch die Länge des Dienstes diskriminiert wird wie vorher.

Ich darf noch auf einen weiteren Akt der Gleichstellung hinweisen. Es ist die rot-grüne Bundesregierung, die beschlossen hat, dass Zivildienstleistende jetzt genau so wie Wehrdienstleistende ab dem siebten Monat eine Solderhöhung bekommen. Das heißt, auch hier gilt Gleichstellung, und das ist richtig so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Brechtken SPD)

Bei der Verkürzung des Zivildienstes entstehen natürlich auch Einsparungen. Aber dass Sie jetzt hier heulen, Frau Stanienda, als Vertreterin einer Partei, in der es ja nun viele alte Männer gibt,

(Heiterkeit bei der SPD)

die noch die Antwort auf die Frage „Haben Sie gedient?“ als Beweis für die Mannhaftigkeit eines Menschen nehmen, das ist ja eher peinlich.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Unter der Gürtellinie! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, das war Blattschuss!)

Sie entdecken jetzt auf einmal den Zivildienst und seine Wichtigkeit und sprechen von Versorgungslücken. Vielleicht haben Sie da auch etwas nicht verstanden.

(Abg. Haasis CDU: Sie reißen die Versorgungslücke erst auf, Frau Kollegin!)

Der Zivildienst ist ursprünglich als ein Ersatzdienst eingeführt worden. Da hat man an soziale Tätigkeitsfelder noch gar nicht gedacht.

(Abg. Haasis CDU: Was?)

Dann hat sich das so entwickelt, dass immer mehr Zivildienstleistende in den sozialen Bereichen tätig wurden, weil sie nämlich auch selber dort sehr viel zufriedener waren. Aber es ist, Herr Kollege Haasis – und Sie scheinen da nicht sachkundig zu sein –,

(Abg. Haasis CDU: So wie Sie auf jeden Fall!)

bis heute so, dass die Einrichtung, die einen Zivildienstplatz anbietet, unterschreibt, dass es sich um einen Platz handelt, durch den kein Arbeitsplatz wegfällt und durch den die Neubesetzung eines Arbeitsplatzes nicht verhindert wird.

(Abg. Haasis CDU: Gerade deshalb ist eine bessere Versorgung in den sozialen Einrichtungen da!)

Nun ist es auch so, dass es seit Jahren – und da haben gerade auch Sie mitgemacht – auch ein augenzwinkerndes Einverständnis gibt zwischen den Verbänden und der Politik – –

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Unmenschlich ist das!)

– Was hat das denn mit Unmenschlichkeit zu tun? Lenken Sie doch jetzt nicht vom Thema ab!

(Abg. Haasis CDU: Natürlich, das ist das Thema!)

Diese arbeitsmarktpolitische Neutralität steht auf dem Papier. Die ist nicht Praxis. Und der Zivildienst hat es sogar ermöglicht, dass ganz neue Tätigkeitsfelder im sozialen Bereich entstanden sind, etwa die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung. Deswegen ist es richtig, sich über die Perspektive des Zivildienstes, wenn der Wehrdienst weiter verkürzt wird oder ganz wegfällt, Gedanken zu machen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Dies will ich gerne tun. Ob aber die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, dafür die richtige Gesprächspartnerin ist, da habe ich meine Zweifel.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Bender macht alte Männer munter!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte eingangs betonen, dass es natürlich eine Entwicklung war, die den Zivildienst als ein wesentliches Element unserer, möchte ich einmal sagen, sozialen Infrastruktur darstellt, einen wichti-

(Dr. Noll)

gen Baustein. Ich freue mich schon auch, dass man von den Begriffen „Verweigerung, Drückebergerei“ zum Begriff eines Leistungsträgers, nämlich des zivilen Dienstes, gekommen ist. Allerdings muss ich sagen, ohne jetzt polemisch werden zu wollen: Es verfestigt sich schon der Eindruck, Herr Müller, dass Sparen bei Ihnen immer dann, wenn Sie es tun, selbst wenn Sie es im sozialen Bereich tun, gerecht ist. Wenn wir es dagegen tun, kritisieren Sie es hier heftigst.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Wir halten es für vertretbar! – Abg. Bebber SPD: Bei den Zahnärzten! – Abg. Brechtken SPD: Wir haben nur bei den Zahnärzten Probleme!)

Also sprich: Das Rollenspiel läuft immer so ein bisschen hin und her.

Herr Müller, Sie können natürlich auch nicht, indem Sie die zusätzlichen Kosten auf den einzelnen Zivildienstleistenden herunterbrechen, versuchen, die Dimension zu relativieren. Es sind immerhin zwischen 600 Millionen DM und 700 Millionen DM, die Sie in diesem Bereich einsparen. Das muss man einfach einmal ganz klar sehen. Das ist einmal der monetäre Aspekt.

Der zweite Aspekt ist die Verkürzung der Wehrdienstzeit. Ich stimme zu, dass die Ungleichgewichtung zwischen Wehrdienst und Zivildienst auf Dauer keinen Bestand haben konnte. Ich beklage aber trotzdem, Frau Kollegin Bender, dass Sie angesichts dieses Vorhabens, das Sie ja auch im Zusammenhang mit der Wehrstrukturreform angehen müssen – ich bekenne mich dazu, dass Sie da auch mitdiskutieren wollen und müssen –, was, denke ich, ein Bild auf die Wichtigkeit wirft, die Sie diesem Thema beimessen, zwar für den Wehrbereich eine hochkarätig besetzte Strukturkommission eingerichtet haben, etwa mit dem Altbundespräsidenten von Weizsäcker – auch Herr Dr. Sommer von „Die Zeit“ ist dabei –, aber nicht – das ist mein Hauptvorwurf an die SPD – im gleichen Atemzug für den Bereich, der genauso wichtig ist, aber vielleicht nicht so medienträftig wie die Wehrpolitik –

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Die Kommission ist im Entstehen!)

– Ja, Sie haben eine Kommission einberufen. Aber wo sind die hochkarätigen Namen,

(Abg. Brechtken SPD: Herr Scheel!)

die dann auch die Öffentlichkeit für dieses Thema entsprechend sensibilisieren?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Wir nehmen Scheel und Genscher!)

Ich frage mich schon, ob das nicht allgemein in das Bild passt, dass sich die SPD mehr um medienträftige Themen, um die Großen kümmert und die Kleinen so ein bisschen langsam, aber sicher an den Rand drängt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das betrifft ja nicht nur diese Sparbeschlüsse, sondern das betrifft, um das jetzt einmal ganz konkret zu machen, auch den Punkt „Ersatz für die wegfallenden Stellen im Zivil-

dienst“. Denken Sie zum Beispiel an das Thema 630-DM-Jobs. Da nehmen Sie kalt lächelnd hin, dass genau in diesem Bereich auch die sozialen Dienste von Möglichkeiten abgeschnitten werden bzw. wesentliche Verteuerungen hinnehmen müssen.

Im Übrigen, wenn die Verbände diese ausfallenden Stellen der Zivildienstleistenden wirklich durch professionelle Kräfte ersetzen müssten, würden Milliardenbeträge notwendig werden. Und weil Herr Müller gesagt hat, die CDU verbreite mit dieser Debatte Angst, darf ich aus einem Brief des Landesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte zitieren:

Behinderte Menschen sind zurzeit verunsichert.

Es steht noch nicht das Wort „Angst“ drin. Aber ich denke, das heißt dasselbe. Es heißt dann weiter:

Viele ambulante Hilfsangebote wären nie entstanden und sind jetzt massiv in Gefahr, die es ohne den Zivildienst nicht gäbe.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Ich denke, das sollte Sie doch einmal nachdenklich machen.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Da darf man doch nicht unsachlich angreifen! Das muss man doch zur Kenntnis nehmen! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Das ist doch ein Unsinn, Frau Kollegin! Schwachsinn!)

Natürlich hat der Zivildienst nicht die Ersatz- und Sicherstellungsfunktion, aber doch eine Zusatzfunktion, und Sie treffen, genau wie die Kollegin Stanienda das völlig zu Recht gesagt hat, besonders den ambulanten Bereich. Sie sorgen damit dafür, dass Menschen, die heute noch durch die Zusatzangebote der Zivildienstleistenden –

(Abgeordnete der CDU unterhalten sich von ihren Plätzen aus mit Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen.)

– Könnten Sie mir ein bisschen zuhören? Können Sie einmal ein bisschen zuhören? Entschuldigung.

Genau diese Zusatzangebote, die wir bisher gerade auch Schwerstbehinderten bieten können, damit sie noch in ihrem Umfeld bleiben können, werden künftig wegfallen. Dazu sage ich noch einmal: Die Hauptkritik wendet sich nicht gegen das Sparen. Über die Notwendigkeit des Sparens insgesamt besteht wohl Konsens. Aber wenn man spart, muss man gleichzeitig gestalten. Man muss sich einmal Gedanken darüber machen: Wie soll künftig dieses aufgrund Ihrer Sparbeschlüsse wegfallende Angebot ausgestaltet werden?

(Abg. Bebber SPD: 16 Jahre ohne Ergebnis geblieben!)

Sollte es zu einer zweiten Runde kommen, werde ich dazu konkrete Vorschläge machen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Ihr seid 16 Jahre nicht zu Potte gekommen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutige Debatte hat drei verschiedene Aspekte. Es geht einmal um den Haushalt der Bundesregierung, es geht zum Zweiten um die Zivildienstleistenden, und der dritte Aspekt ist der Wahlkampf der CDU.

Der Kollege Schmid hat uns gestern vorgeworfen, unglaubwürdig zu sein. Jetzt erleben wir eine Debatte, in der die CDU nach 16 Jahren eigener Regierungszeit der neuen Bundesregierung von SPD und Grünen Fehler vorwirft. Das bezeichne ich, Herr Kollege Schmid, als unglaubwürdig.

(Abg. Haas CDU: Es hat sich doch etwas geändert!)

– Es hat sich Folgendes geändert: Sie, Kollege Haas, versuchen, hier ein Thema hochzuziehen, bei dem Ihre eigene Regierung 16 Jahre lang Fehler gemacht hat. Was immer die SPD heute macht, sie muss Ihre Fehler ausbaden. Das ist unglaubwürdig.

(Abg. Bebber SPD: Da müsste man fast klatschen!
– Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Lieber nicht!
Bitte nicht!)

Kommen wir zum Thema Zivildienst. Dabei müssen wir kurz einen Rückblick machen. Kollegin Bender hat das getan. Wir haben seit 1956 eine Wehrpflicht. Wir haben seit 1960 für Kriegsdienstverweigerer den zivilen Ersatzdienst.

Jetzt widerspreche ich ganz entschieden dem Kollegen Müller.

(Abg. Brechtken SPD: Gott sei Dank! – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Jetzt stimmt die Welt wieder!)

Wir haben seit 1977 Verträge zwischen den sozialen Wohlfahrtsverbänden, die damit Zugriff auf Zivildienstleistende haben. Im Jahr 1999 gab es nach mir vorliegenden Zahlen etwa 140 000 Zivildienstleistende. Davon waren 75 % in sozialen Diensten eingesetzt. Seit 1977 haben diese sozialen Dienste eine Planungssicherheit. Sie wissen aufgrund ihrer Verträge, dass sie Unterstützung bekommen. Die Mitarbeit in diesen sozialen Diensten wurde in sämtlichen Haushalten – ob Kommune, Land oder Bund – mit berücksichtigt. In den Geldern, die die sozialen Dienste erhalten, ist die Unterstützung durch die Zivildienstleistenden mit berücksichtigt. Das ist der Denkfehler, den der Kollege Müller hier gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Gerade bei SPD und Grünen hört man immer wieder das Wort „Nachhaltigkeit“. Das ist deren Lieblingswort. Nachhaltigkeit bedeutet doch langfristige und zuverlässige Politik. Und was haben sie hier gemacht? Sie haben Ideologen, die gegen das Militär sind. Militär ist böse. Sie beschmutzen ihre eigenen Väter und Großväter mit ihren Angriffen auf die Wehrmacht.

(Abg. Nagel SPD: Sie gehen mir nachhaltig auf den Keks! – Abg. Bebber SPD: Das ist doch ein Käse, was Sie hier erzählen!)

Sie beschmutzen ihre eigenen Väter und Großväter, sie sind aber nicht gegen den Kosovokrieg, sind nicht dagegen, dass dort mit Urangeschossen gekämpft wird. Jetzt machen sie schlagartig und plötzlich und ohne Vorbereitung für die sozialen Dienste eine Kürzung von 13 auf 11 Monate.

(Abg. Brechtken SPD: Wenn es nach euch ginge, hätten wir fünf Jahre Wehrpflicht und sieben Jahre Ersatzdienst!)

Kollegin Stanienda hat das herausgearbeitet und hat alles dazu gesagt. Die Kollegin Bender hat das auch angesprochen. Es gibt nach der Kürzung keinen personellen Ersatz für die sozialen Dienste. Auch da wiederum ein Denkfehler und ein Aussagefehler des Kollegen Müller. Die Zivildienstleistenden dürfen sich ihre Stellen aussuchen, und keiner von denen hat große Lust, Multiple-Sklerose-Fälle zu betreuen. Jeder geht lieber irgendwo anders hin.

(Abg. Brechtken SPD: Da haben Sie auch keine Ahnung! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich habe mich gestern auch mit dieser Organisation ausführlich unterhalten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Hören Sie doch einfach auf! – Abg. Bebber SPD: Sie sind weit weg von der Jugend!)

Jetzt kommen wir zum Sparprogramm der Bundesregierung. Sie haben hier ein Pseudosparprogramm. Sie versuchen zwar, auf der einen Seite die Neuverschuldung des Bundes zu reduzieren. Dieser Schritt ist überfällig. Das war vorhin mein Vorwurf an die CDU. Aber sparen müssen alle gesellschaftlichen Gruppen. Alle müssen Opfer bringen – auch, ob es geht oder nicht, die sozialen Einrichtungen in Baden-Württemberg.

Ihr Sparhaushalt bringt offiziell eine Entlastung von 15 Milliarden DM. Davon sind 4 Milliarden DM Luftbuchungen, und 9 Milliarden DM gehen zulasten der Sozialversicherung. Sie wird zwar nur mit 4,5 Milliarden DM belastet, denn 4,5 Milliarden DM knapsen Sie den Rentnern ab. Sie, Herr Kollege Müller, haben sich vorhin sozial gegeben. Aber Sie nehmen – und das war ein Zwischenruf des Kollegen Haas, den Sie kritisiert haben – gerade den sozial Schwächsten die Unterstützung weg.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Sie kürzen bei den Rentnern.

Dabei wäre es höchste Zeit für uns, konkret zu handeln. Wir müssen einmal überlegen: Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden wachsen in jeder Sekunde um über zweieinhalbtausend Mark. Das heißt, während eines Redebeitrags hier bei uns im Landtag

(Abg. Haasis CDU: Dann haben Sie gerade viel Geld kaputtgemacht!)

steigen unsere Gesamtschulden um den Wert eines Eigenheims. Ende des Jahres 2000 müssen wir mit zweieinhalbtausend Milliarden Mark Schulden rechnen. Wissen Sie, wie viel das überhaupt ist? Das kann sich keiner vorstellen.

(Krisch)

Gäbe es keine Neuverschuldung und würden wir jeden Monat 1 Milliarde DM entschulden, bräuchten wir 200 Jahre, um schuldenfrei zu werden. Das ist der Zustand des jetzigen Staates.

(Abg. Nagel SPD: Da reden wir noch einmal darüber!)

Deshalb: Ihr Sparprogramm ist nicht durchdacht. Das werde ich in der zweiten Runde noch weiter belegen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Da mache ich mir keine Sorgen!)

Stellv. Präsident Birzele: Wer von der CDU-Fraktion wünscht das Wort?

(Zurufe von der SPD: Niemand!)

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es ganz kurz machen, auch weil ich gesagt habe, dass ich in der zweiten Runde etwas Konstruktives dazu sagen will.

Wir müssen uns in der Tat überlegen – und ich kritisiere ja, dass Sie jetzt sparen, ohne gleichzeitig zu gestalten –, wie wir den Ausfall im Bereich des Zivildienstes künftig, wenn der Zivildienst möglicherweise ganz wegfällt, wenn wir zum Beispiel zu einer Abschaffung der Wehrpflicht kämen, gestalten wollen. Da fällt einem zunächst einmal das freiwillige soziale Jahr ein, das aber quantitativ nicht reicht. Sie wissen: 140 000 Zivildienstleistende, 12 000 im freiwilligen sozialen Jahr in der Bundesrepublik. Da ist also schon rein quantitativ ein Ausgleich nicht möglich. Wir müssten sicherlich in einem Zwischenschritt dazu kommen, diesen Bereich auszubauen, aber wir müssen uns, wie ich meine, auch einmal darüber Gedanken machen, ob ein quasi Pflichtjahr für den sozialen Dienst in unserer Gesellschaft konsensfähig sein könnte.

(Abg. Deuschle REP: Gute Idee! – Abg. Brechtken SPD: Dann müsste man auch einmal über Finanzierungen reden!)

Ich bin deshalb noch einmal ans Rednerpult gekommen, weil das ein kritisches Thema sein wird, das wir breit diskutieren müssen.

Dazu liegt vom Paritätischen Wohlfahrtsverband – Frau Kollegin Bender, Sie kennen das – das Ergebnis einer Umfrage unter jungen Erwachsenen vor. Das wollte ich Ihnen noch sagen: Mehr als die Hälfte der befragten jungen Erwachsenen sagt: Jawohl, wir könnten uns, und zwar für Jungen und Mädchen, ein soziales Pflichtjahr vorstellen. Mehr als die Hälfte sagt das. Nur 12 % sagen: Mit mir nicht. Es gäbe also eine hohe Akzeptanz. Der Rest der Befragten zeigte sich unentschlossen.

Ich wollte damit nur andeuten, dass Sie, wenn Sie über eine Wehrstrukturreform reden, sich intensiver Gedanken machen müssen und einen gesellschaftlichen Diskurs her-

beiführen müssen, was Sie, Herr Brechtken, bisher versäumt haben. Wir sind dabei. Ich biete die Mitarbeit dazu an.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Das ist gut! – Abg. Brechtken SPD: Das ist konstruktiv!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da sich die CDU jetzt aus der Debatte verabschiedet hat, ist es in der Tat möglich, noch ein paar sachliche Erwägungen vorzutragen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Langsam! – Abg. Haasis CDU: Immer langsam!)

Herr Noll, ich finde richtig, dass Sie sagen, man müsse sich insgesamt über die Zukunft des Zivildienstes Gedanken machen, je nachdem, was mit dem Wehrdienst passiert. Ich kann Ihnen allerdings nicht beipflichten, wenn Sie gleich die im Entstehen begriffene Zivildienstkommission auf Bundesebene heruntermachen, nur weil vielleicht kein Herr Scheel oder kein Herr Genscher dabei ist.

(Abg. Brechtken SPD: Das überlegen wir uns noch einmal! – Abg. Bebbler SPD: Westerwelle!)

Ich meine, das wird auch so funktionieren.

Es ist auch gut – Sie haben darauf hingewiesen –, dass sich die Verbände seit langem Gedanken darüber machen, wie sie eigentlich ohne Zivildienst auskommen könnten und welche Alternativen es gibt. Sie haben auch auf die Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hingewiesen. Ich will dazu betonen, Herr Kollege Noll, dass es dabei in erster Linie um die Bereitschaft zur Leistung eines freiwilligen Dienstes ging.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da wurde auch nach der Pflicht gefragt! Sie haben Sekundärliteratur, ich habe das Original gelesen! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

– Ja. Es sind aber nicht so viele, die gerne die Pflicht hätten. Aber die Bereitschaft zur Leistung eines freiwilligen Dienstes ist sehr hoch. 57,1 % haben mit Ja geantwortet und fast 30 % immerhin noch mit „ich weiß nicht“. Mit Nein haben nur knapp 12 % geantwortet. Das heißt doch, dass es ein Potenzial junger Menschen gibt, die so etwas tun würden. Das wird im Übrigen auch durch die neueste Shell-Jugendstudie eindrucksvoll bestätigt. Das heißt, wenn man einen freiwilligen Dienst macht, dann findet man auch die entsprechende Engagementbereitschaft bei jungen Leuten. Auch dies ist mit ein Grund zu sagen: Die Alternative zum Zivildienst kann nicht eine Vollprofessionalisierung sein.

Das hat nicht nur finanzielle Aspekte, sondern das hat schlicht und einfach auch menschliche und soziale Aspekte. Da sind auf der einen Seite beispielsweise Menschen mit schweren Behinderungen, die sagen: „Ich will nicht immer nur Weißkittel um mich haben, sondern einfach ein-

(Birgitt Bender)

mal ganz normale Menschen, die zeitweise für so etwas zur Verfügung stehen.“ Das ist ernst zu nehmen.

Deswegen, meine ich, muss unser Bestreben dahin gehen, solche freiwilligen Dienste als Alternative anzubieten. Das lässt sich relativ gut machen, wenn man sich für den Vorschlag der Grünen entscheidet, die Wehrpflicht ganz abzuschaffen. Wir sind ja der Auffassung, dass die künftige Armee eine Freiwilligenarmee sein sollte und der Wehrdienst dann verzichtbar wäre.

Schwierig wird es – das will ich durchaus ansprechen –, wenn man sich zu einem Kurzzeitwehrdienst entschließt, also zu Dienstzeiten von drei oder fünf Monaten. Das wäre nicht unser Weg. Wenn es der Weg der Koalition sein wird, dann wird man sehr sorgfältig überlegen müssen, wo denn Einsatzfelder für solche kurzzeitig zur Verfügung stehenden Zivildienstleistenden sein könnten.

Aber im Ganzen gesehen wird der Ersatz für das, was der Zivildienst jetzt ist, in einem freiwilligen Dienst liegen. Es ist gut, dass so viele junge Leute das entsprechende Engagement mitbringen. Deswegen ist mir um die Zukunft des sozialen Netzes nicht bange, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Krisch, bitte.

Abg. Krisch REP: Die Reihenfolge der Redner ist etwas ungewöhnlich. Ich muss davon ausgehen, dass verschiedene Fraktionen gar nicht mehr das Wort ergreifen. Deshalb noch einmal ein kurzer Kommentar von mir.

Kollege Noll, Sie erwähnten das freiwillige soziale Jahr. Denken Sie an die Jahre 1992 bis 1994 zurück. Da wurde genau dieser Vorschlag einmal von meiner Fraktion eingebracht. Wir haben das allerdings nicht weiterverfolgt, denn es gibt schwerwiegende verfassungsrechtliche Probleme mit diesem sozialen Jahr, und es gibt Kostenprobleme. Das wird auf 40 Milliarden DM pro Jahr geschätzt.

Zur Kollegin Bender: Wenn denn die Wehrpflicht abgeschafft wird, wie Sie das wünschen, dann müssen Sie damit rechnen, dass automatisch auch der zivile Dienst abgeschafft wird. Denn es wird nicht möglich sein, in einer Gesellschaft, die mehr und mehr an sich selber denkt und vergnügungssüchtig ist, Hunderttausende zu freiwilligen Leistungen zu bringen.

(Abg. Brechtken SPD: Was hat das denn jetzt mit dem zu tun? – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Stimmt das vielleicht nicht? – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Jetzt müssen wir noch einmal zu dem Thema Sparhaushalt reden.

(Abg. Bebbler SPD: So ein Jammerlappen!)

– Ihre Zwischenrufe sind zwar interessant, aber

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Treffend!)

haben nichts mit der Sache zu tun.

Wir sind in einer Situation, in der jede sechste Mark staatliche Einnahmen für Zinsen ausgegeben wird. Das bedeutet, der Staat ist in einer Weise vom Zins und vom Geldmarkt abhängig, die ihn schon erpressbar macht.

(Zuruf des Abg. Braun SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Zum Thema!)

Die Steuer- und Abgabenbelastung ist unerträglich. Wir rechnen – das ist eine Aussage des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Krisch, zum Thema!)

mit Belastungen der Arbeitnehmer von über 50 %. Das bedeutet, Fleiß und Arbeitskraft werden nicht mehr belohnt. Da kommen Sie genau zu dem Thema, das Sie mit Ihrer grünen Karte kompensieren wollen. Wir müssen endlich dazu kommen, dass Zinsen, Schulden und Versorgungsleistungen nicht mehr wachsen. Ein Schritt dazu war der Vorschlag unserer Fraktion, das Thema Nullverschuldung in die Verfassung aufzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Irgendwann kommt irgendeiner und bringt dies wieder als Ei des Kolumbus.

(Abg. Bebbler SPD: Sicher nicht! – Abg. Brechtken SPD: Mit Sicherheit nicht! – Unruhe)

– Abwarten. – Sehr viele unserer Vorschläge sind später von anderen Fraktionen erneut gemacht worden.

In der letzten Woche war der Verkehrsausschuss auf einer Reise nach Barcelona. Das Einzige, was auf dieser Reise an Nennenswertem gelernt werden konnte, war die Tatsache, dass unsere europäischen Partnerstaaten in erster Linie an sich selbst denken und in zweiter Linie an sich selbst denken und in dritter Linie an sich selbst denken.

Wir dagegen haben ein fatales „Europa-voraus-eilender-Gehorsam-Gefühl“. Das Ergebnis dieses Verhaltens ist ein Austrocknen unseres Sozialsystems und eine Benachteiligung unserer sozialen Dienste. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Wir brauchen endlich eine Änderung unserer Einkommens- und Steuerpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Sozialminister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte verläuft sehr eigenartig.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das kann man wohl sagen! – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Wer hat sie denn angezettelt?)

– Sie ist mit Recht angezettelt worden. Dennoch sage ich, sie verläuft sehr eigenartig.

Da wurde wohl im Vorfeld besprochen, dass man eine Runde macht. Frau Stanienda verzichtet auf die zweite Runde,

(Minister Dr. Repnik)

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Ich bin gar nicht dran!)

der Kollege Noll, der nur eine Runde machen wollte, beginnt die zweite Runde, Herr Müller hat auch darauf verzichtet. Deswegen verläuft alles etwas eigenartig, sage ich.

(Abg. Bebber SPD: Unerträglich, dieses Gejammer!)

Dennoch ist diese Debatte überaus wichtig.

Es ist nicht ein Wahlkampf, wie gesagt worden ist,

(Abg. Brechtken SPD: Wahlkampf ist immer!)

den die CDU damit beginnen möchte. Es ist auch keine Angstmake. Aber es ist ein Hinweis auf das, was die Spargesetze im sozialen Bereich anrichten können. Darüber müssten wir als Sozialpolitiker wirklich trefflich streiten und auch sprechen.

Herr Müller hat in einer sehr schnoddrigen Art und Weise

(Abg. Brechtken SPD: Das kann der gar nicht! – Abg. Bebber SPD: Er versucht, Sie zu imitieren!)

wie ein Finanzbuchhalter nur über Finanzen gesprochen.

(Minister Dr. Schäuble: Der schnoddrige Finanzbuchhalter!)

Er hat eines vergessen: Es geht hier nicht um Geld, es geht um Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es geht um benachteiligte Menschen. Es geht um alte Menschen, um behinderte Menschen, um Jugendliche. Es geht um Menschen und nicht nur um Geld und Spargesetze.

Ich meine, jeder weiß inzwischen, dass Sparen richtig und wichtig ist, im Land wie im Bund. Wir müssen unsere Haushalte konsolidieren, das ist richtig, aber wir dürfen doch keinen sozialen Kahlschlag veranstalten.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wir müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, richtig sparen, meine ich. Rot-Grün hat aber die falschen Sparmaßnahmen ergriffen. Rot-Grün ist unter dem Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ angetreten. Sie haben den Wahlkampf unter der Parole „soziale Gerechtigkeit“ geführt – und jetzt bestrafen Sie die Ärmsten der Armen, die Schwächsten.

Ich möchte einfach an ein paar Dinge erinnern: ein verkorkstes Gesundheits-Reformgesetz, das zu einer Zweiklassenmedizin geführt hätte. Gott sei Dank haben wir es im Bundesrat verhindern können, obwohl noch schlimm genug ist, was Sie jetzt machen.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kamen die Spargesetze. Darin war unter anderem die inflationsbezogene Anpassung der Renten enthalten. Das

ist die Rentenlüge Nummer 1, denn Herr Schröder hatte noch im März letzten Jahres gesagt, die Rente bleibe netto-lohnbezogen.

(Abg. Wieser CDU: Rentenbetrüger sind das! – Oh-Rufe von der SPD)

Dann steht in den Spargesetzen,

(Abg. Bebber SPD: Die Schwarzen können mit Geld nicht umgehen, das weiß mittlerweile jeder!)

die Rentenanpassung erfolge nur noch inflationsbezogen. Was wird jetzt gemacht? Die Renten werden nur noch um 0,6 % angehoben. Damit liegt die Rentenlüge Nummer 2 auf dem Tisch.

(Abg. Döpper CDU: Jawohl!)

Weitere Spargesetzmaßnahmen: Den Pflegekassen werden durch eine andere Anrechnung 400 Millionen DM entzogen. Das wäre genau das Geld, was wir in der Pflegeversicherung bräuchten, um Demenzkranken endlich eine Hilfe zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Jetzt entdeckt ihr die!)

Bleiben wir bei den Spargesetzen: Beim Zivildienst wird gekürzt.

(Abg. Bebber SPD: Da könnten wir aus der großen Koalition aber was erzählen!)

Das Ganze nennt sich dann auch noch „Zukunftsprogramm 2000“. Ich sage Ihnen, auf eine solch unmenschliche Zukunft 2000 wollen wir alle verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Es gab vorher eine Übereinkunft. Alle waren der Meinung, die Zivildienstleistenden sollten gelobt werden, und wir loben sie ausdrücklich. Frau Bender hat gemeint, die CDU-Fraktion wäre der falsche Gesprächspartner, um den Zivildienst weiterzuentwickeln.

Ich erinnere daran, Frau Bender, dass der Sozialarbeitskreis der CDU-Fraktion 1992/93 einen Antrag eingebracht hatte, der beinhaltete, darüber nachzudenken, ob man ein allgemeines Dienstjahr einführen sollte. Schon 1992/93 ist dieser Gedanke von den CDU-Leuten, von denen Sie glauben, sie seien nicht die richtigen Ansprechpartner, im Landtag von Baden-Württemberg eingebracht worden.

Wir wissen sehr wohl, was wir an den Zivildienstleistenden haben. Wir wissen auch sehr wohl, dass sie gerade für den sozialen Bereich ungeheuer wichtig sind. Im Gesetz steht übrigens – auch als Ersatzdienst, Frau Bender; das haben Sie vorhin falsch zitiert –, dort, wo es um Ersatzdienst geht, dass sie hauptsächlich im sozialen Bereich eingesetzt werden sollten. Dazu stehen wir.

Was ist jetzt geschehen? Die Zivildienstdauer wird um 20 % gekürzt – von 13 Monaten auf 11 Monate. Damit wird kein volles Jahr mehr Zivildienst geleistet. Das heißt, die Zivildienstleistenden werden unter Berücksichtigung

(Minister Dr. Repnik)

von Urlaub, Vorbereitung, Nachbereitung und Qualifizierung höchstens noch acht Monate zur Verfügung stehen. Wer die restlichen vier Monate überbrückt, weiß kein Mensch.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

Die Zahl der Zivildienstleistenden wird um über 15 % gekürzt – von etwa 130 000 auf ca. 110 000. Die Träger werden mit über 200 % mehr belastet. Da sagen Sie: Es trifft die Richtigen.

Im Übrigen, Herr Kollege Müller: Ich weiß nicht, mit welchen Verbänden Sie sprechen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Mit allen!)

Sie haben vorhin gesagt, die Verbände hätten sich darauf eingestellt. In meinem Ministerium liegen stapelweise Briefe – auch neueren Datums – von den Verbänden, die sich darüber beklagen, was sie alles kürzen müssten, wenn die angesprochenen Maßnahmen auf sie zukommen. Ich weiß nicht, welche Gesprächspartner Sie haben – mit Sicherheit nicht die richtigen.

Vielleicht sollten wir einmal darüber sprechen, wie sich die Sparbeschlüsse auf Baden-Württemberg auswirken. Wir haben in Baden-Württemberg ca. 20 000 Zivildienstleistende. Davon sind 19 500 im sozialen Bereich tätig – 19 500! –, 11 400 im Bereich der Pflegehilfe und Betreuungsdienste, 1 075 im Bereich Krankentransport und Rettungswesen und über 800 in dem von Ihnen vorhin angesprochenen Bereich der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Allein die Diakonie rechnet damit, dass ihr ab Juli 30 % an Zivildienstleistenden fehlen. Das bedeutet: Allein im Bereich Diakonie fehlen pro Jahr über eine Million Stunden für die Betreuung von Behinderten und von Alten – allein im Bereich Diakonie! Dann sagen Sie, das sei alles gar nichts, wir könnten es auch anders richten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist schon sehr ver-harmlosend! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

So einfach kann man es sich nicht machen. Sie haben diesem Bereich mit Ihrer Argumentation in der Tat keinen Gefallen getan. Ich hoffe, dass das, was Sie, Herr Müller, gesagt haben, in allen Blättern der Liga der freien Wohlfahrtspflege verbreitet wird. Das, was Sie hier betrieben haben, war in der Tat ein sozialpolitischer Kahlschlag.

(Beifall des Abg. Krisch REP)

Ich glaube, es zeigt sich auch, dass unsere sozialen Einrichtungen – Krankenhäuser, Alteneinrichtungen, Kinder- und Jugendheime, Behinderteneinrichtungen und mobile soziale Hilfsdienste – sehr stark von Zivildienstleistenden abhängig sind.

(Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Verbände haben rechtzeitig gewarnt. Nun wird hier von der linken Seite einfach gesagt, es handle sich um ein Problem der Verbände. Nein, es ist eben nicht ein Problem der Verbände. Es ist ein Problem für die Steuerzahler, die mehr zahlen müssen, für die Beitragszahler der Pflegekassen und

für die Pflegekassen allgemein. Wir alle sind betroffen, und es wird natürlich ein Problem der Behinderten, der Alten, der Schwachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es!)

Die Folgen werden sein: Im Juni werden etwa 55 000 Zivildienstleistende ausscheiden. Im Juli werden wir nur noch 94 000 Zivildienstleistende haben, das heißt 40 000 weniger als jetzt. Im Oktober wird sich die Zahl zwar wieder etwas erhöhen, weil neue Zivildienstleistende eingestellt werden. Aber die Entwicklung wird zumindest dahin führen, dass wir etwa 20 000 Zivildienstleistende weniger haben als jetzt. Das führt dazu, dass wir weniger Betreuungszeiten anbieten können, dass wir Dienstleistungen verteuern müssen, dass wir weniger Beziehungsangebote insgesamt haben, dass wir vielen Menschen – vor allem gerade denjenigen, die rund um die Uhr eine individuelle Sonderbetreuung erfahren – nicht mehr die Möglichkeit geben, selbstbestimmt zu leben, sondern sie in Heime einweisen müssen. Und wir werden zu einer Verschlechterung der Lebensqualität von älteren Menschen kommen. Vor allem kleinere Einrichtungen, die keinen finanziellen Background haben, werden davon betroffen sein. Die AMSEL klagt auch schon sehr, und zwar zu Recht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lebe in der Hoffnung – ich bin ja Berufsoptimist –, dass die Bundesregierung wieder dahin kommt, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden, und dass sie, wie sie es auch bei anderen Gesetzesvorlagen im letzten Jahr getan hat, auch in diesem Falle nachbessert zum Wohl unserer behinderten, alten und schwachen Menschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Gibt es Wortmeldungen? – Herr Abg. Haas.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Nagel SPD: Und das noch vor dem Essen! – Abg. Brechtken SPD: Lasst den Haas reden! Auch dieser Abgeordnete darf reden!)

Abg. Haas CDU: Mit Beleidigungen sind Sie immer gut zugeange, Herr Brechtken, ich weiß.

(Abg. Brechtken SPD: Ich habe Ihnen das Wort verschafft!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo ist der Plüschhase?)

Ich glaube, diese Debatte ist ein Spiegel der neuen Qualität der Sozialpolitik von Rot-Grün. So, wie das Thema in dieser Debatte ins Lächerliche gezogen wurde, ist es in einem Landtag nicht abzarbeiten.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Weil ihr Krokodilstränen weint!)

Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Haas)

(Abg. Capezzuto SPD: Das war jetzt ein Rohrkreierer!)
– Das ist überhaupt kein Rohrkreierer. Ich will Ihnen ganz genau sagen, weshalb wir dieses Thema auf die Tagesordnung haben setzen lassen:

(Abg. Nils Schmid SPD: Das müssen Sie mal erklären!)

Nicht nur, weil wir viele Briefe und besorgte Rückmeldungen von der Liga der freien Wohlfahrtspflege, von der Diakonie und anderen haben, sondern weil die Liga zum allerersten Mal – ich erlebe das nach zwölf Jahren Sozialpolitik zum ersten Mal – auf Kreisebene darum gebeten hat, zu diesem Thema mit uns ins Gespräch zu kommen.

Wir führen zu diesem Thema heute eine Aktuelle Debatte, weil Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Ortsebene Zusagen machen, sie wollten etwas korrigieren, ohne dass bis heute etwas passiert wäre. Das ist der Grund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU und Capezzuto SPD)

– Da können Sie lachen, Herr Capezzuto – so, wie Sie vorhin die ganze Zeit über dieses Thema gelacht haben. Ich finde es unwürdig, wie dieses Thema von der SPD hier behandelt wird.

(Abg. Bebbler SPD: Sie waren gar nicht anwesend!
– Weitere Zurufe von der SPD – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Aufgeregtheit kann ich verstehen. Leider sieht man im Protokoll nicht, wie Sie über dieses Thema gelacht haben. Aber die Fernsehkameras haben es aufgenommen; sie standen dort oben. Ich habe ganz genau aufgepasst.

(Abg. Nils Schmid SPD: Sie haben gesehen, wie wenig von Ihren Leuten da waren! Die Leute waren alle beim Mittagessen!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass den Behinderten und den Schwachen in unserer Gesellschaft klagemacht wird, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner – Unruhe – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Frau Bender, wir haben uns in den vergangenen zwölf Jahren nichts vorzuwerfen, was unsere Haltung zum Zivildienst angeht. Kollege Repnik hat angesprochen, wie intensiv wir uns damit beschäftigt haben. Wir sind auch der vollen Überzeugung, dass wir den Zivildienst gerade im sozialen Bereich als stabilen Teil unseres Gesamtgefüges brauchen. Dazu stehen wir. Ich finde es nicht in Ordnung, wie Sie, Frau Bender, hier die Bundeswehrsoldaten gegen den Zivildienst ausgespielt haben.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Auf Ihr Geheiß sind die Soldaten in den Kosovo gefahren, und Sie spielen hier die Soldaten gegen den Zivildienst aus.

(Zurufe von der SPD)

Die Botschaft ist übrigens klar geworden. Unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit – darüber kann man reden – bedeutet das nichts anderes, als dass beim Zivildienst noch weiter gekürzt werden muss, um dem Anspruch gerecht zu werden.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Richtig!)

Diese Botschaft ist angekommen. Darüber können Sie auch gerne mit uns reden; das will ich noch einmal quittieren.

Die Botschaft der SPD ist auch klar: Die Kürzung beim Zivildienst ist für sie kein Thema. Sie hat das hier ins Lächerliche gezogen. In den gesamten Reihen hier ist laut gelacht worden.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie wiederholen sich! Es wird Ostern!)

Es ist nicht nur schnoddrig gewesen, was Herr Kollege Müller vorgetragen hat, sondern es war unglaublich. Das muss man auch für die Öffentlichkeit wiederholen, lieber Herr Capezzuto.

Wir sind auf die Besorgnis der Liga der freien Wohlfahrtspflege eingegangen. Dieses Thema muss fortgeführt werden. Sie haben jegliche Ernsthaftigkeit vermissen lassen; das will ich noch einmal betonen.

Sie haben gesagt, das Sparpaket sei gerecht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist der Hohn!)

Das ist der absolute Hohn. Ich will Sie daran erinnern: In Ihren Reihen gibt es 39 Bundestagsabgeordnete – dazu gehört auch der Kollege in meinem Wahlkreis –, die sich gegen dieses Sparpaket gewehrt haben – schriftlich, das können Sie nachlesen –, weil es eine soziale Schieflage begünstigt wird.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Sie sind geknebelt worden, den Protest zurückzunehmen. Das ist doch Fakt. Wenn Sie nicht einmal bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass hier eine „Augen zu und durch“-Sozialpolitik betrieben wird, dann sind Sie schlechte Sozialpolitiker; das müssen Sie sich sagen lassen. Da können Sie auch nichts schönreden. Das Sparpaket geht zulasten der Schwächsten, der Armen, Kranken und Behinderten in dieser Gesellschaft. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich, Herr Minister Repnik, schon einigmaßen problematisch, wenn man das soziale

(Dr. Walter Müller)

Gewissen immer auf der falschen Ebene entdeckt. Wenn es um soziale Themen im Bund geht und man im Bund in der Opposition ist, dann sagt man: Es geht um die Ärmsten der Armen. Wenn man als Landesminister Verantwortung hat, sieht man das plötzlich ganz anders. Kürzungen im Bereich Vorfeld und Umfeld der Pflege: minus 70 %; Kürzung für die Liga der freien Wohlfahrtsverbände: minus 15 % im Jahr 1997. Die Liste ist relativ lang. Das alles ist von Ihnen beschlossen worden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir leben im Jahr 2000!)

Ich habe sehr deutlich gesagt: Diese Sparmaßnahmen sind vertretbar, aber sie sind für die Betroffenen nicht angenehm. Auch wenn wir halbwegs geordnete Finanzverhältnisse im Bund angetroffen hätten, hätten wir trotzdem den Zivildienst von 13 Monaten auf 11 Monate verkürzt, weil es um die Wehrgerechtigkeit ging.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es! Genau!)

Wir hätten aber die Verbände nicht belastet. Da haben wir das gemacht, was Sie auf Landesebene auch machen: Wir haben als Prinzip erklärt: Jeder Haushalt hat seinen Beitrag zu erbringen. Das Ministerium hatte als Alternative die Familienpolitik. Diese haben Sie in Ihrer Zeit völlig an die Wand gefahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Deshalb konnten wir da nicht kürzen. Wir mussten in den Zivildienstbereich gehen.

Jetzt kam die Sache mit der Wehrstrukturkommission. Es ist natürlich klar, dass wir die Diskussion um die Zukunft des Zivildienstes nur führen können, wenn wir die Beschlüsse der Wehrstrukturkommission kennen. Da besteht ein innerer Zusammenhang. Wir werden diese Diskussion sicher führen müssen. Sie ist für die Träger nicht einfach. Was geschieht, wenn der Wehrdienst infrage gestellt wird?

Sie sagen jetzt, die Bereitschaft der jungen Leute für den Zivildienst sei sehr groß. Das sehe ich ganz genau so. Aber dann müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, um diesen Dienst zu stärken. Da sage ich den Kollegen von der FDP: Sie wollen ja immer den jungen Mann, der mit 23 Doktor ist und sofort in die Wirtschaft geht. Sie sagen ja immer, die jetzige Situation sei: lange Ausbildung und dann gleich in die Rente.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Das müssen Sie erst einmal in dieser Diskussion unterbringen

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Genau so ist es!)

und müssen sagen: Das soziale Engagement – das sehe ich genauso – ist uns sehr wertvoll, das schätzen wir hoch ein, und das ist eine Art der Schlüsselqualifikation, die wir künftig auch bei den Einstellungen in den Betrieben berücksichtigen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie unterstellen uns etwas Falsches!)

Aber Sie dürfen nicht sagen: Wirtschaftspolitisch sagen wir muh, und sozialpolitisch sagen wir mäh.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Quatsch!)

Das passt nicht zusammen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sie verstehen weder etwas von Kühen noch von Schafen!)

Ein weiterer Punkt: die Funktion des Zivildienstes als Ersatzdienst. Herr Kollege Noll, Sie haben gesagt: „Die 630-DM-Arbeitsverhältnisse haben wir auch nicht mehr; die Träger bedauern es.“ Ich kann Ihnen sagen: Die Diakonie hat sich sehr gefreut. Sie hat nur reguläre Teilzeitarbeitsverhältnisse und ist durch die Privaten so unter Druck gekommen, dass sie diese Arbeitsverhältnisse nicht länger hat aufrechterhalten können.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es! Das war die Frage der Chancengerechtigkeit!)

Sie hat gesagt: Vielen Dank, Rot-Grün, dass Sie die 630-DM-Arbeitsverhältnisse eingestellt haben, sodass wir weiterhin unsere Mitarbeiter ordentlich bezahlen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn ihr ihnen das Geld gibt und nicht mit Budgets wegnehmt!)

Insgesamt halten wir die Kürzungen nicht für angenehm, aber für vertretbar. Wir halten sie angesichts des Gesamtpakets für angemessen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber nicht für gerecht!)

Es ist billige Polemik, wenn der Minister sagt, die Kürzungen träfen „die Ärmsten der Armen“.

(Abg. Haas CDU: Das ist aber so! Das ist keine Polemik!)

Darum geht es sicher nicht. Da soll er zunächst einmal im Land vor seiner Tür kehren und sagen: „Da sind meine Arbeitsschwerpunkte“ und nicht in Berlin Wolkenkuckucksheime aufmalen. Wir meinen, die Kürzungen sind vertretbar.

Wir beteiligen uns an der weiteren Diskussion um die künftige Gestaltung des Zivildienstes, des Ersatzdienstes. Er hat einen hohen sozialen Stellenwert. Deshalb glaube ich, dass wir uns gemeinsam überlegen müssen, wo die Entwicklung hingeht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Die Sitzung wird bis 14:30 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:09 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Nachmittagssitzung des Landtags.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD unterhält sich mit Minister Dr. Repnik an der Regierungsbank.)

Nachdem ohnehin wenig Abgeordnete hier sind,

(Abg. Moser SPD: Aber die Besten sind hier!)

bitte ich zumindest diejenigen, die anwesend sind, nicht den Sitzungsverlauf zu stören.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Fragestunde eintreten, möchte ich auf einen Vorschlag der Fraktion Die Republikaner für eine Umbesetzung im Untersuchungsausschuss hinweisen. (*Anlage 3*) Danach soll das stellvertretende Mitglied Josef Huchler ausscheiden und für ihn Herr Abg. Rolf Wilhelm eintreten. – Sie stimmen der Umbesetzung zu.

Ich weise außerdem darauf hin, dass heute Morgen Einverständnis darüber erzielt worden ist, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 6 ausgetauscht werden. Das heißt, dass Punkt 6 – hier geht es um einen Antrag der Fraktion der FDP/DVP zur Bio- und Gentechnologie – als fünfter Punkt aufgerufen wird und dass Punkt 5 – Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze – als sechster Punkt aufgerufen wird.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/5060

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Gedenkstättenarbeit

Herr Kollege Bender, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Hat sich die Landesregierung um Mittel im stark erweiterten Haushaltstitel der Gedenkstättenarbeit des Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung beworben?
- b) Mit welchen Gedenkstätten in Baden-Württemberg und gegebenenfalls mit welchen Erfolgsaussichten versucht das Land, in die Förderung hineinzukommen?

Stellv. Präsident Weiser: Wem darf ich das Wort zur Beantwortung erteilen? – Das Wort hat Herr Minister Dr. Palmer.

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Michael Bender wie folgt:

Zu a: Die Landesregierung hat sich schon frühzeitig darum bemüht, dass Gedenkstätten in Baden-Württemberg in die

ständige Förderung des Bundes aufgenommen werden. Mit Schreiben vom 16. Juni und 17. August 1999 an den Bundesbeauftragten für Angelegenheiten der Kultur und der Medien hat das Staatsministerium auf die Gedenkstätten-situation in Baden-Württemberg hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, dass wenigstens vier Gedenkstätten, die an die Gewaltherrschaft der nationalsozialistischen Machthaber erinnern und von herausragender historischer Bedeutung sind, in die Bundesförderung einbezogen werden sollten.

Am 25. Februar 2000 hat die Landeszentrale für politische Bildung, die innerhalb der Landesverwaltung für die Gedenkstättenarbeit zuständig ist und die bekanntlich beim Staatsministerium ressortiert, in Abstimmung mit meinem Hause offiziell beim Bund beantragt,

(Abg. Moser SPD: Wieso ist das Ihr Haus? – Abg. Zeller SPD: Wieso Ihr Haus?)

diese vier Gedenkstätten, auf die ich gleich zu sprechen komme, aus Mitteln des Bundes zu fördern.

Zu b: Die Landesregierung hat Fördermittel für folgende Gedenkstätten beantragt:

Erstens für die Gedenkstätte Grafeneck für die Opfer der Euthanasie. Grafeneck steht für den Beginn der planmäßigen Vernichtung so genannten lebensunwerten Lebens. Es handelt sich um den ersten Ort in Deutschland, an dem die „Aktion T 4“ ab Januar 1940 durchgeführt wurde.

Zweitens für die Erinnerungs- und Forschungsstätte Georg Elser in Königsbrunn. Die Erinnerungs- und Forschungsstätte wurde in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin eingerichtet. Es handelt sich um eine Gedenkstätte für den mutigen Hitler-Attentäter, einen der großen Söhne unseres Landes, die vor allem das frühzeitige und individuelle Widersetzen gegen die nationalsozialistischen Machthaber dokumentiert.

Drittens für das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg – KZ-Gedenkstätte Ulm. Das KZ Oberer Kuhberg war ein Schutzhaftlager der frühen Phase des NS-Regimes. Dort war unter anderem der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher inhaftiert.

Viertens für die Gedenkstätten für die Lager Bisingen und Eckerwald, die in den Jahren 1944/45 im Rahmen der Aktion „Vernichtung durch Arbeit“ der Erdölgewinnung dienten. Es handelte sich um Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler Struthof.

Entscheidungen über die Berücksichtigung dieser von uns vorgeschlagenen Gedenkstätten im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes werden vermutlich Mitte des Monats Mai fallen, also in gut einem Monat. Die Beratungskommission der Bundesregierung hat jedoch in ihrer Sitzung am 24. März 2000 die Förderung des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg befürwortet, für Grafeneck noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich der Förderung anderer Euthanasiegedenkstätten festgestellt und für die Erinnerungs- und Forschungsstätte Georg Elser noch Modifikationen vorgeschlagen.

(Minister Dr. Palmer)

Lediglich die Förderung der Gedenkstätten Bisingen und Eckerwald wurde nicht befürwortet, weil es sich um „regionale Gedenkstätten“ handle. Damit zeichnet sich heute schon ab, dass einzelne Gedenkstätten in Baden-Württemberg in die Bundesförderung einbezogen werden könnten. Über die Höhe der Förderung, Herr Kollege Bender, kann ich noch keine Auskunft geben, weil zunächst der Grundsatzbeschluss erfolgen muss. Dann erfolgt die Dotierung. Ich bin aber gegebenenfalls gern bereit, dem Ausschuss oder dem Plenum über die Dotierung zu berichten.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, beabsichtigt die Landesregierung für den Fall, dass der Bund die von Ihnen genannten Stätten fördert, ihrerseits aus der Förderung zurückzutreten?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Ich kann es Ihnen noch nicht sagen – wir haben ja jetzt im Doppelhaushalt den Gedenkstättenetopf deutlich ausgeweitet; wir haben also etwa für Grafeneck einiges getan, aber auch für andere Gedenkstätten –, weil ich die Dotierung durch den Bund noch nicht kenne. Sie können versichert sein, dass wir uns diesem sensiblen Thema mit großem Interesse stellen und dass wir auch verantwortungsbewusst entscheiden, wenn klar ist, was der Bund uns an Mitteln zur Verfügung stellt.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Minister, gibt es seitens des Bundes irgendwelche Vorschriften hinsichtlich der Komplementärförderung?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Soweit mir bekannt ist, nicht. Endgültig kann ich Ihnen darüber aber noch nicht Auskunft erteilen; denn wir haben ja gerade eine so genannte Begutachtungsphase hinter uns. Jetzt sind die eingereichten Vorschläge der Bundesländer von einer wissenschaftlichen Kommission unter die Lupe genommen worden. Dabei ist herausgekommen, dass immerhin drei Gedenkstätten in Baden-Württemberg Chancen haben, in die Bundesförderung zu kommen, was beachtlich ist, da wir – gottlob; ich stelle es nur fest – kein Land der großen Vernichtungslager, der großen Konzentrationslager gewesen sind. Es ist selbstverständlich, dass etwa im benachbarten Bayern Dachau zum Zuge kommt und in anderen Ländern die vergleichbaren Lager. Insofern sind drei Gedenkstätten in Baden-Württemberg in der Förderung des Bundes im ersten Durchgang ein gutes Resultat. Jetzt müssen wir die Einzelheiten mit der Bundesregierung weiter abstimmen.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Heinz Troll REP – Disziplinarrechtliche Vorermittlungen gegen Verdeckten Ermittler des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg

Herr Abg. Troll, Sie haben das Wort.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

- a) Wegen welcher Sachverhalte hat das Innenministerium am 21. Januar 1999 beim Landeskriminalamt schriftlich disziplinarrechtliche Vorermittlungen gegen einen Verdeckten Ermittler veranlasst?
- b) In welchem Verfahrensstand befinden sich zurzeit die vom Innenministerium diesbezüglich veranlassten Disziplinarermittlungen?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich diese Mündliche Anfrage wie folgt:

Zur ersten Frage: Das Innenministerium hat mit Schreiben vom 21. Januar 1999 unter Bezugnahme auf die damals der Staatsanwaltschaft Karlsruhe vorliegende Strafanzeige wegen Verletzung von Privatgeheimnissen und anderem das Landeskriminalamt gebeten, wegen dieses Vorwurfs gegen einen Verdeckten Ermittler und gegebenenfalls andere Personen disziplinarrechtliche Vorermittlungen einzuleiten.

Zur zweiten Frage: Das vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg gegen den Verdeckten Ermittler eingeleitete disziplinarrechtliche Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

(Abg. Deuschle REP: Aha! – Abg. Troll REP: Keine Zusatzfrage!)

Stellv. Präsident Weiser: Keine weiteren Fragen. – Herr Minister, vielen Dank.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Förderung privater TV-Produktionen in Baden-Württemberg

Herr Abg. Moser, Sie haben das Wort.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass das Land beabsichtigt, den privaten Fernsehsender SAT.1 mit bis zu 4 Millionen DM für Produktionen in Baden-Württemberg zu subventionieren?
- b) Hat es eine Ausschreibung für diese landesbezogene „Produktionsförderung“ gegeben, oder wurde die Absicht der Landesregierung ohne Prüfung der Gefahr wettbewerbsverzerrender Subventionen zugunsten eines Privatsenders entwickelt?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister Dr. Palmer.

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser wie folgt:

(Minister Dr. Palmer)

Zu Frageteil a: Der Ministerrat hat am 21. März 2000 beschlossen, einen Fonds einzurichten, aus dem Produzenten, also nicht SAT.1, die Aufträge einer privaten Fernsehanstalt erhalten, bezuschusst werden können, wenn die Aufträge überwiegend an baden-württembergische Firmen gehen. Ebenfalls zugestimmt hat der Ministerrat einem Kooperationsvertrag mit dem Sender SAT.1, für den dieser Fonds erstmals Anwendung finden soll. Zuschüsse gehen allerdings, wie gesagt, nicht an SAT.1, sondern nur an die von diesem Sender beauftragten Produzenten. Die Zuschüsse sollen pro Produktion ein Drittel des Produktionsvolumens betragen. Der genannte Betrag von 4 Millionen DM Landesförderung bezieht sich auf die gesamte Laufzeit des Kooperationsvertrags, und SAT.1 gibt als Produktionsvolumen an freie Produzenten 12 Millionen DM hinzu.

Zu Frageteil b: Wie gerade schon dargelegt, fließen die Zuschüsse nicht dem Sender, sondern den einzelnen Produzenten zu. Insofern besteht kein Unterschied zu der ganz normalen Filmförderung des Landes, die grundsätzlich auch für Fernsehproduktionen anwendbar ist und wo wir ja auch in der Vergangenheit immer wieder zu Produktionen mit großen Sendern öffentlich-rechtlicher oder privater Natur gekommen sind. Eine Ausschreibung des Landes für Filmproduktionen in Baden-Württemberg kann nicht stattfinden, da das Land selbst nicht Auftraggeber dieser Produktionen ist, sondern diese von Produzenten bzw. Sendeanstalten ausgehen. Sollte ein anderer deutscher Sender unter gleichen Konditionen wie SAT.1 Produktionen in Baden-Württemberg planen, kann selbstverständlich auch hierfür der beschriebene Fonds im Rahmen eines Kooperationsvertrags eingesetzt werden. Man muss sich dann allerdings um eine entsprechende bessere finanzielle Ausstattung des Fonds bemühen.

Stellv. Präsident Weiser: Zusatzfrage, Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Minister, könnten Sie uns mitteilen, aus welchen Haushaltsmitteln dies finanziert werden soll?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Der Ministerrat, das Landeskabinett hat die Frage der Haushaltsdeckung – wie bei anderen Beschlüssen auch – offen gelassen und in seinem Beschluss darauf hingewiesen, dass über die Finanzierung der 4 Millionen DM, die sich auf die Jahre 2001 bis 2003 beziehen, im Rahmen eines Nachtrags Haushalts zu befinden ist. Das war ausdrücklich Gegenstand der Beschlussfassung der Landesregierung.

Abg. Moser SPD: Wie ich der Presse entnehme, soll das Ganze über die MFG abgewickelt werden. Könnten Sie uns mitteilen, warum die Landesregierung den zweiten Partner der Medien- und Filmgesellschaft, nämlich den Südwestrundfunk, bei der Vertragsgestaltung und bei der Gestaltung des Abwicklungsprozesses insgesamt nicht unterrichtet hat? Sind Sie bereit, uns den Vertrag zur Verfügung zu stellen?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Zur zweiten Frage zunächst; Sie haben ja eigentlich zwei Fragen gestellt. Nach der Debatte, die ich gestern miterlebt habe, muss man ja jetzt vor diesem hohen Haus mit Zusagen der

Zurverfügungstellung vorsichtig sein. Sie gestatten mir vielleicht, dass ich zuerst datenschutzrechtlich prüfe,

(Abg. Bebbler SPD: Sehr gut!)

ob schutzwürdige Interessen vorliegen, um dann zu entscheiden, ob wir den Vertrag zur Verfügung stellen.

(Abg. Bebbler SPD: Hervorragend!)

Ich sehe von mir aus keine Probleme, das Parlament darüber zu informieren.

(Abg. Bebbler SPD: Sehr seriös! – Abg. Moser SPD: Der Vertrag ist doch schon öffentlich bekannt!)

Ich freue mich ja darüber, Herr Moser, dass Sie sich danach erkundigen. Denn das, was wir tun, entspricht genau dem Antrag des Abg. Brinkmann u. a. SPD, Drucksache 12/4400, vom 21. September 1999, der später auch in einen Beschluss des Landtags mündete – ich zitiere jetzt aus dem Antrag –, dass die Landesregierung in der Filmförderung des Landes Sorge dafür tragen solle, „besondere filmwirtschaftliche Interessen des Landes“ zu berücksichtigen. Genau das tun wir. Wir weiten das Produktionsvolumen von privaten Firmen, von Produzenten in diesem Land aus. Ich hoffe, dass es uns gelingt, nach dem Vorbild von SAT.1 noch weitere private Sender ins Land zu holen, damit wir mehr Wertschöpfung in diesem Land generieren können.

Zur ersten Frage, die Sie, Herr Moser, gestellt haben, will ich sagen, dass es eine Pressemeldung war, wonach der SWR nicht informiert gewesen sei. Wir haben die zuständige Hauptabteilung, die sich im SWR mit diesen Fragestellungen der Produktionsförderung befasst, selbstverständlich informiert und eingebunden. Wir haben darüber übrigens auch in der von mir eingerichteten Arbeitsgruppe Film beim Staatsministerium mit Vertretern des SWR diskutiert. Wir haben dabei auch mit der Fachebene des SWR Einvernehmen erzielt.

Übrigens ist ein Kofinanzierungsbetrag des SWR gar nicht tangiert; denn wir stellen die Mittel zusätzlich zur Verfügung.

Stellv. Präsident Weiser: Weitere Zusatzfrage, Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Wurde die Förderung allein nach Kriterien der Wertschöpfung im Lande entwickelt oder auch nach inhaltlichen, qualitativen Kriterien?

(Abg. Kluck FDP/DVP: Kunst ist frei!)

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Ich weiß natürlich, worauf Sie anspielen, Frau Abg. Kipfer. Aber, wie der Kollege Kluck gerade anführte: Kunst ist frei. Ich kann nicht SAT.1 vorschreiben, ob wir „daily soaps“ in der Produktion oder hohe Kunstprodukte bekommen. Der Serienfilmproduktionsetat in Deutschland liegt bei 1 Milliarde DM pro Jahr. Davon bekommt Baden-Württemberg bisher nur Brotkrümel ab. Ich finde, es ist sehr zu begrüßen, wenn SAT.1 etwa im Bereich der Serienproduktionen in Zukunft stärker in unserem Land produzieren wird.

(Minister Dr. Palmer)

Wir werden auf die Inhalte keinen Einfluss nehmen. Das obliegt dann den Gremien der MFG, der Geschäftsführerin Film auf der einen und einem Vertreter von SAT.1 auf der anderen Seite.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das wird über die MFG abgewickelt?)

Wir haben darüber hinaus im Vertrag mit SAT.1 erreichen können, dass eine Stiftungsprofessur in Ludwigsburg für den Zeitraum von drei Jahren im Gegenwert von je 150 000 DM pro Jahr zur Verfügung gestellt wird, und wir haben erreicht, dass es in Zukunft zu einem Austauschprogramm von Praktikanten und Hospitanten zwischen der Filmakademie und dem Sender SAT.1 kommt. Das ist ein ordentliches Paket, das wir in diesem Vertrag insgesamt unterbringen konnten.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Frage eins: Herr Minister, könnten Sie sich vorstellen, dass auch andere Sender, auch öffentlich-rechtliche, ähnliche Vertragsgestaltungen mit der Landesregierung Baden-Württemberg erreichen könnten?

Ich darf wegen des Zwischenrufs zur Qualitätsfrage noch eine zweite Frage anschließen: So, wie Sie das geschildert haben, wäre es dann sehr wohl möglich, zum Beispiel eine Subventionierung eines Projekt à la „Big Brother“ zu verhindern?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Ich überlasse es immer den zuständigen Gremien, etwas zu verhindern, und mische mich als Politiker nicht in Vergabeentscheidungen ein.

(Zuruf der Abg. Helga Solinger SPD)

Wir haben zum Glück Jurorenentscheidungen. Wir haben das ganze System bei der MFG auf Jurorenentscheidungen ausgelegt. Das wird auch in der neuen Konstruktion dieses Fonds, den wir gefunden haben, Platz greifen.

Zur ersten Frage, Frau Kollegin Solinger: Selbstverständlich wollen wir andere private Sender ins Land holen. Das ist jetzt mit SAT.1 der erste Schritt. Wir sind leider nicht Sitz einer großen privaten Anstalt. Jetzt müssen wir auf diesem Wege versuchen, etwas vom Produktionsvolumen der privaten Anstalten in der Bundesrepublik Deutschland nach Baden-Württemberg zu holen. Wenn Pro 7, RTL und andere daran Interesse haben, werden wir jederzeit Verhandlungen mit ihnen führen.

(Abg. Helga Solinger SPD: Das heißt, keine öffentlich-rechtlichen? Das war meine Frage!)

– Die öffentlich-rechtlichen Koproduktionen werden ohnehin schon von der MFG gefördert. Wir haben zum Beispiel im vergangenen Jahr zusammen mit dem ZDF über die MFG einen Zwölfteiler mit dem schönen Titel „Drei Witwen“ gefördert,

(Abg. Bebbler SPD: Und diesen Titel finden Sie schön? – Abg. Brinkmann SPD: Das ist Frauenförderung! – Heiterkeit)

zum ersten Mal seit der „Schwarzwaldklinik“ wieder eine große Koproduktion, die im Land spielt, mit der das ZDF mit einer Serie in das Land hineinkommt und die wir ohnehin schon über die MFG gefördert haben. Es gibt jedes Jahr auch eine ganze Reihe von Koproduktionen mit dem SWR.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Damit, meine Damen und Herren, ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe nun **Punkt 6** der Tagesordnung auf – die Tagesordnungspunkte 5 und 6 wurden getauscht –:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Bio- und Gentechnologie – Drucksache 12/3496

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung und von fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen?

(Abg. Deuschle REP: Der Redner fehlt!)

Herr Abg. Kluck, Sie haben das Wort.

(Abg. Deuschle REP: Sie, Herr Kluck, sind doch eine Allzweckwaffe!)

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin jetzt etwas überrascht. Wir werden die wichtigen Dinge, um die es uns geht, in der zweiten Runde vortragen.

(Heiterkeit)

Der Kollege Glück wird bis dahin hier sein.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gute Rede! – Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, das ist eine Sternstunde des Parlaments. Zum ersten Mal sind wir mit der Tagesordnung so weit voraus, dass gemeldete Redner noch etwas auf sich warten lassen.

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Mauz.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Zwei Worte: ein Bier! – Abg. Bebbler SPD: Für wen reden Sie?)

Abg. Dr. Mauz CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich empfehle zunächst unserem Koalitionspartner, in Zukunft die Redemanuskripte einfach auf den Abgeordnetenbänken liegen zu lassen, damit sie zumindest ein anderer Redner vortragen kann.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Abg. Dr. Glück FDP/DVP kommt in den Plenarsaal.)

Ich begrüße jetzt auch den Herrn Kollegen Glück, der vermutlich zu dem Thema noch sprechen wird.

(Dr. Mauz)

Ich hoffe, dass dies angesichts der Wichtigkeit dieses Themas kein Affront ist, denn sonst wäre dieser Antrag wohl nicht gestellt worden.

Neben der Informationstechnologie und der Informatik wird, wie ich meine, die Bio- und Gentechnologie für die jetzige Zeit und auch für die nächsten Jahrzehnte mit einer der wichtigsten Schlüsseltechnologien sein. Das eine ist die Anwendung und die Forschung in der Bio- und Gentechnologie, das andere die gesellschaftliche Diskussion über die Bio- und Gentechnologie und vor allem auch die gesellschaftliche Akzeptanz.

Ich denke, in den letzten fünf, sechs, sieben Jahren haben sich die gesellschaftliche Akzeptanz und auch die Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologie in unserem Land wesentlich verbessert. Wir hatten in der Bundesrepublik noch vor zehn, zwölf Jahren die Situation, dass relativ viele gentechnologische Unternehmen abgewandert sind, weil wir sehr starre Regelungen hatten. Sie sind in die Schweiz, nach Frankreich oder in die USA abgewandert.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Wir hatten in der Bundesrepublik die relativ schizophrene Situation, dass im Bereich der Medizin gentechnologisch produzierte Medikamente angewandt und eingesetzt wurden, dass sie aber nicht in Deutschland produziert werden sollten, weil den Deutschen das Risiko zu hoch war. Eines der besten Beispiele dafür ist Humaninsulin, das heute routinemäßig angewandt wird. Früher gab es nur Schweine- und Rinderinsulin. Viele haben diese Insuline nicht vertragen; sie haben nicht immer gewirkt. Das Humaninsulin musste im Ausland produziert werden, weil man bei uns nicht bereit war, das Risiko zu tragen – es ist ein relativ geringes Risiko bei der Produktion –,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

aber die Vorteile von solchen Produkten in der Anwendung wollten wir selbstverständlich haben.

Wir haben nun zum Glück eine veränderte Situation. Wir haben mehr Forschungsprojekte in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie darum bitten, Unterredungen zwischen der Regierungsbank und dem Plenum einzustellen.

(Abg. Bebber SPD: Jawohl! – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Mauz CDU: Wir haben mehr Forschungsprojekte. Wir haben Bioparks in Baden-Württemberg. So, wie die Landesregierung dies dargestellt hat, ist auch vermehrt Venture-Capital vorhanden, wengleich ich das Venture-Capital im Land Baden-Württemberg immer noch als relativ gering empfinde. Ich denke, man kann hier noch einiges tun.

Insgesamt hat sich der Wissenschaftstransfer von den Universitäten in die Wirtschaft verbessert. Es gibt hier viele beispielhafte Initiativen, zum Beispiel auch von der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, die den Wissenstransfer verbessert hat.

Wir haben eine zentrale Genehmigungsbehörde für gentechnische Anlagen und Arbeiten – das ist ganz wichtig – beim Regierungspräsidium Tübingen, die die Anträge relativ zügig bearbeitet, damit die Forschungsprojekte auch in Gang kommen. Letztendlich haben wir in Baden-Württemberg auf diesem Gebiet fast ein Viertel aller Forschungsprojekte in der ganzen Bundesrepublik.

(Abg. Göbel CDU: Schon beachtlich!)

Ich glaube, das ist eine Auszeichnung für unser Bundesland. Aber wir brauchen noch mehr Forschung in diesem Bereich, und wir brauchen auch noch mehr wirtschaftliche Verwertung. Ich denke, dass dies in Zukunft ein ganz wichtiges Standbein vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung auch in Baden-Württemberg sein wird. Deswegen brauchen wir eine Infrastruktur an Hochschulen und an Fachhochschulen. In verschiedenen Studiengängen müssen noch vermehrt gentechnologische Praktika eingeführt werden, vor allem auch Pflichtpraktika in bestimmten Studiengängen, die bisher noch nicht vorhanden sind.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, manche unserer Mitbürger und auch Politiker unterscheiden gute und schlechte Gentechnik. Sie machen es sich relativ einfach dabei. Gute Gentechnik ist das, was im Bereich der Medizin passiert. Gute Gentechnik ist vielleicht auch das, was der Umwelt nützt. Schlechte Gentechnik ist dann die so genannte grüne Gentechnologie. Sie heißt nicht so, weil sie etwa von den Grünen käme – die wären gar nicht in der Lage dazu –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

sondern es geht dabei um die Produktion von Nahrungsmitteln, die gentechnologisch verändert sind.

In der Medizin ist das klar: Da kann man Medikamente herstellen. Da kann man zum Beispiel in ferner Zukunft an Organersatz denken.

(Abg. Schonath REP: Schweineherz!)

Für die Nahrungsmittelproduktion kann man Pflanzen züchten, die vielleicht unter veränderten klimatischen Bedingungen noch wachsen. Man kann resistente Pflanzen züchten etc. Ich denke, wir sollten solche Projekte nicht ablehnen. Das heißt nicht, dass alles umgesetzt werden muss. Aber es muss geforscht werden. Das ist auch eine Chance, um den Hunger in der Dritten Welt vielleicht besser bekämpfen zu können.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Oje, oje, oje! Dieses Märchen!)

Von den Grünen wird das auf eine etwas andere Art und Weise diskutiert. Das geschieht nicht mit dem Kopf, sondern mit Plattfüßen und Birkenstocklatschen. Damit zertrampeln sie dann die Kulturen auf Maisfeldern.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Besser als Motorhauben von Polizeiautos, oder?)

Ich denke, Gentechnologie sollte man eher mit dem Kopf diskutieren als mit den Füßen.

(Dr. Mauz)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Der Kollege meint, besser als auf der Motorhaube eines Polizeiautos!)

Die Chancen, die die Gentechnologie bietet, sind das eine; das andere ist, die Gefahren zu erkennen. Deshalb brauchen wir auch eine ethische Diskussion über die Möglichkeiten der Gentechnologie. Wir brauchen einen ethischen Konsens in der Gesellschaft. Wir können aber – das müssen wir wissen – die Forschung nicht verhindern. Selbst wenn wir noch so scharfe Gesetze schaffen, kann es Menschen geben, die vielleicht nichts Gutes im Sinn haben und trotzdem in bestimmten Bereichen forschen werden, ob dies verboten ist oder nicht.

Wir haben Lehrstühle für Ethik in der Medizin. Wir haben Lehrstühle für Ethik in den Biowissenschaften. Alle einschlägigen Projekte an Universitäten müssen von Ethikkommissionen genehmigt werden. Ich glaube, es ist auch wichtig für die Forscher, dass ihre Projekte unter ethischen Gesichtspunkten geprüft werden.

Letztendlich haben wir in Baden-Württemberg eine gute Bilanz. Wir haben aber dieses Thema in der Bundesrepublik jahrelang verschlafen und durch gesetzliche Vorgaben behindert.

(Abg. Bebber SPD: 16 Jahre!)

– Das war nicht in den 16 Jahren unserer Regierungszeit.

(Abg. Bebber SPD: Sie bieten mehr!)

Ich erwarte von der neuen Bundesregierung, dass sie sich bei der Diskussion über das Thema Gen- und Biotechnologie vom Kopf leiten lässt und nicht von den Füßen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebber SPD: Das ist gut! Auch nicht vom Hintern auf der Motorhaube!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich muss auf Folgendes hinweisen: Zunächst konnte Herr Kollege Dr. Glück nicht wissen, dass die Fragestunde in 20 Minuten erledigt sein würde. Außerdem haben wir Punkt 5 der Tagesordnung mit Punkt 6 getauscht.

Deshalb erhält Herr Kollege Dr. Glück jetzt das Wort zur Begründung und zur Aussprache.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Sonderbehandlung! – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! Das ist im Sinne der Debatte!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben wieder bewiesen, dass dieses Haus seiner Zeit deutlich voraus war, mindestens 15 Minuten.

Ich bedanke mich für die freundlich-spöttischen Worte meines Kollegen Mauz. Als ich als Neuling ins Parlament kam, war er der Erste und bislang Einzige, den ich erlebt habe, der zu seinem Redebeitrag zu spät kam. Jetzt steht es in unserem Wahlkreis wirklich 1 : 1.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Mauz CDU – Minister Dr. Döring: Ihr habt Sorgen! – Abg. Bebber SPD: Auf der Ebene streitet ihr euch!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wertigkeit der Naturwissenschaften für die Gesellschaft und für die ganze Erde hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten mehrfach grundlegend gewandelt. Nach der Physik kam der Schwerpunkt Chemie, und jetzt sind wir in das Zeitalter der Biologie vorgedrungen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wissenschaftliche Ausführungen!)

Anders – schlaglichtartig, möchte ich sagen –: Die Rolle der Mechanik, der Elektrizität und der Optik wurde ergänzt, nicht abgelöst durch die Synthese neuer Substanzen, die Veränderung von Stoffen in einer Art und Weise, wie sie bisher noch nicht da gewesen ist.

Zwischenzeitlich müssen wir uns mit den Methoden der Bio- und Gentechnologie auseinandersetzen. Diese Technologie bietet neue Chancen und, wie ich meine, auch Notwendigkeiten, uns ihr zu stellen. Es gilt, nicht nur die Risiken zu beschreiben und anzuprangern, sondern es geht auch darum, diese Risiken zu beherrschen. Neue Dimensionen erfordern eine neue Verantwortung.

Die Ethik kann nicht als Alibi für den Slogan „Verbietet Gentechnologie“ dienen, wie wir es noch vor wenigen Jahren gehört haben. Wir müssen uns mit dieser Technik auseinandersetzen. Die Ethik wurde auf diesem Gebiet ohnehin schon erheblich strapaziert. Wie will man einem Diabetiker, der gentechnisch hergestelltes Insulin braucht, weil er auf das tierische Herkunftsallergisch reagiert, plausibel machen, dass ihm dies aus ethischen Gründen verwehrt werden soll?

Diese Diskussion ist Gott sei Dank etwas leiser geworden. Die Gentechnologie hat in der Medizin, also im so genannten roten Bereich, deutlich Einzug gehalten und ist auch von der Bevölkerung in weiten Teilen akzeptiert. Impfstoffe, Medikamente und viele andere Dinge, die gentechnisch hergestellt werden, sind heute nicht mehr wegzudenken.

Heiß diskutiert wird heute noch der so genannte grüne Bereich. Wir wollen uns nicht mit Hurra auf alles stürzen, was gemacht werden kann. Vielmehr geht es um eine gewissenhafte Abwägung zwischen Nutzen und Gefahr, zwischen dem Wert eines einzelnen Produkts und dem Eingriff in ein System oder, vereinfacht formuliert, um eine Abwägung zwischen Sinn und Unsinn.

Wir brauchen diese neue Technologie. Wir können an ihr nicht vorbei, und wir wollen uns positiv mit ihr auseinandersetzen. Auch diese junge Wissenschaft muss lernen, ihre Möglichkeiten und Grenzen auszuleuchten. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Anwender. Begreifen wir diese Technologie also als Chance.

Ich bin froh, dass Baden-Württemberg innerhalb Deutschlands eine ganz führende Rolle einnimmt, was die Zahl junger Existenzgründer, der Arbeitsplätze und der angemeldeten Patente angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

– Ich bedanke mich für den spärlichen Beifall.

(Dr. Glück)

(Abg. Bebbler SPD: Für den zarten Beifall! – Beifall des Abg. Moser SPD)

– Ich darf mich auch für den „Nachschlag“ bedanken.

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Echo!)

Die Kontrolle muss technologisch und ethisch erfolgen. Wir setzen dabei vor allem auf die Selbstdisziplin der Forscher und der Anwender, auf eine verstärkte Ausbildung in Ethik. Dieses Gebiet muss in den Fächern, in denen auf diesem Feld gearbeitet wird, viel mehr Einzug halten.

Über dieser Selbstdisziplin stehen Ethikkommissionen, die jeden einzelnen Vorgang kritisch beleuchten, und Gesetze. Diese Gesetze sind auch deshalb ganz besonders wichtig, damit einige klare Tabus eingehalten werden: erstens das Klonen von Menschen, zweitens die verbrauchende Embryonenforschung und drittens der Eingriff in die Keimbahnen.

Lassen Sie uns diese Gefahren und Risiken nicht aus dem Auge verlieren. Aber begreifen wir diese Technologie als Chance zur Verbesserung unserer Lebensqualität und – davon bin ich überzeugt – schließlich zur Ernährung der Menschheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Brinkmann.

Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Mauz, mit der Hoffnung, die Sie am Schluss geäußert haben, dass die neue Bundesregierung der positiven Entwicklung der Gentechnik sehr aufgeschlossen gegenübersteht, haben Sie Recht. Schließlich heißt es ja im Koalitionsvertrag von Berlin: „Die neue Bundesregierung wird die verantwortbaren Innovationspotenziale der Bio- und Gentechnologie systematisch weiterentwickeln.“ Wir von der Landtagsfraktion der SPD Baden-Württembergs stehen hinter dieser Aussage.

Wir sehen – es geht bei dem vorliegenden Antrag der FDP/DVP ja hauptsächlich um wirtschaftliche Aspekte – große Chancen für die Wirtschaft unseres Landes in der Gentechnik. Wir sehen große Chancen darin, dass vor allem in den Bioparks in Freiburg, Heidelberg und Ulm Produkte entwickelt werden, die den Menschen wirklich nützen. In diese Bioparks – das ist in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag ausgeführt – hat das Land bisher den Betrag von 8,2 Millionen DM hineingesteckt. Allerdings ist auch ausgeführt, dass der Betrag, der dort durch Risikokapital von privater Seite eingebracht worden ist, ungleich größer ist. Dies ist sicher richtig, darf uns aber nicht dazu veranlassen, diesen Bereich seitens des Landes zu vernachlässigen.

Es gibt – auch das ist in der Stellungnahme der Landesregierung ausgeführt – in Baden-Württemberg derzeit, zum Zeitpunkt der Abfassung der Stellungnahme, 756 bio- und gentechnische Anlagen mit 1 207 Projekten der Gentechnik. Sehr deutlich ist, dass der größte Teil dieser 1 207 Projekte – fast alle – unumstritten ist, weil sie im Bereich der Pharmazie und der Medizin stattfinden, wo die Notwendig-

keit der Gentechnik überall akzeptiert wird. Doch man darf nicht übersehen, dass die Gentechnik auch Risiken birgt. Wir müssen – das sage ich sehr deutlich – eindeutig Nein sagen, wenn es um Eingriffe in das menschliche Erbgut geht, vor allem zu Patentierungen in diesem Bereich.

Lassen Sie mich schließlich noch etwas zur so genannten grünen Gentechnik sagen. Ich weiß, dass viele – wie auch Kollege Mauz – Hoffnung auf die Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen setzen, Hoffnung auch im Sinne unserer Landwirtschaft. Ich sage: Diese Hoffnung trägt. Wenn unsere Landwirte in Baden-Württemberg mit dem gleichen Saatmaterial arbeiten wie die Landwirte im mittleren Westen der USA, wie die landwirtschaftlichen Großunternehmen auf den Brandrodungsflächen in Südamerika oder wie Unternehmen in anderen begünstigten Teilen der Erde, dann werden unsere Landwirte mit Sicherheit nicht diejenigen sein, die diesen ökonomischen Wettlauf gewinnen. Unsere Landwirtschaft hat nur in der verbrauchernahen Produktion gesunder Nahrungsmittel eine Chance. Sie hat auf dem Weltmarkt gewiss keine Chance in der Gentechnik.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Lassen Sie mich noch auf etwas anderes hinweisen. Die öffentlichen Proteste gegen die Freisetzungsversuche bei Mais wurden hier schon angesprochen. Wir haben uns seit Jahren darüber gestritten, ob es zulässig und verantwortbar ist, bei diesen Freisetzungsversuchen antibiotikaresistente Genmarker zu benutzen. Einige Kollegen der Grünen haben dies – wie auch ich – kritisiert. Wir haben auch versucht, diese Versuche zu verhindern.

Inzwischen ist die Entwicklung weitergegangen. Das zuständige Bundesamt hat in der Zwischenzeit selbst Bedenken gegen antibiotikaresistente Genmarker geäußert. Das hat die Landwirtschaftsministerin dieses Landes wahrscheinlich veranlasst, entsprechende in Aussicht genommene Versuche auf der verpachteten Staatsdomäne Hochburg im Kreis Emmendingen nicht zu verwirklichen. Insofern ist hier eine positive Entwicklung eingetreten, die wir nur begrüßen können.

Unter dem Strich: Die Chancen der Gentechnik wollen wir weiterentwickeln, vor allem im medizinischen, pharmazeutischen Bereich. Ein Entwicklungsgebiet, auf dem noch wahnsinnig viel getan werden muss, liegt dort, wo Gentechnik zur Produktion technischer Produkte eingesetzt wird; auch das gibt es nämlich. Aber die Risiken sollten wir nicht aus dem Auge verlieren. Wir Sozialdemokraten gehen mit viel Augenmaß an das Thema heran.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr schön!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! In der Stellungnahme zum Antrag hat die Regierung zum Ausdruck gebracht, sie hoffe, dass die Bundesregierung bei der Gentechnik einen „rationalen Kurs“ fahre. Ich will jetzt nicht die Überheblich-

(Buchter)

keit im Gestus, die die Regierung damit zum Ausdruck bringt, kommentieren, sondern auf dieses Wörtchen „rational“ eingehen und versuchen, zu erläutern, was wir unter rational verstehen und inwieweit Differenzen mit anderen Fraktionen bestehen.

Das heißt, ich möchte hier nicht über Grundlagenforschung reden. Dazu gibt es, glaube ich, materiell und auch hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen keinen Nachbesserungsbedarf. Ich möchte mich auch über die Bereiche der nutzanwendungsbezogenen Forschung nicht groß auslassen, wo das Prinzip der Selbstverantwortung und der Entscheidungsfreiheit gewährleistet ist. Ich meine damit die Bereiche Diagnostik, Pharmazie und Therapie. Ich glaube, darüber brauchen wir uns im Augenblick nicht zu streiten.

Ich will stattdessen auf den Bereich der grünen Gentechnologie eingehen; denn da gibt es gute Gründe, sich zu streiten. Am 13. März 2000 fand hier in Stuttgart eine Veranstaltung des Verbands der Chemischen Industrie statt, bei der auch Kollegen der anderen Fraktionen zugegen waren. Dort wurde unbestritten zum Ausdruck gebracht, dass mit den bisherigen Ansätzen bei der grünen Gentechnologie, nämlich der Herbizidresistenz, die gentechnisch in Pflanzen eingebaut wird, und der Möglichkeit, dass die Pflanzen Insektengift selbst produzieren, beim Verbraucher – so wurde es wortwörtlich formuliert – natürlich keine Zustimmung zu holen gewesen wäre.

Ich frage mich, warum man vor einer solchen Veranstaltung jahrelang im Parlament und bei der Regierung die Frage der Zustimmung oder Ablehnung der grünen Gentechnologie hochstilisiert zu Fragen über die Zukunft dieses Wirtschaftsstandorts, wenn das nachher dann praktisch zu etwas Belanglosem heruntergestuft wird und wenn zum Ausdruck gebracht wird: Natürlich war das, was wir damals forschen wollten, eigentlich ein großer Blödsinn. Ich erwarte, dass Sie seitens der Regierung das einmal kommentieren. Vielleicht wäre ja auch, weil es sehr polarisiert in die Bevölkerung hineingewirkt hat, eine Entschuldigung angebracht oder aber zumindest die Absichtserklärung der Regierungsvertreter, dass man zukünftig die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung, eine Auseinandersetzung, die man ja verstärken will, nicht auf der Basis von solch unsinnigen Versuchen führen wird.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Na, na! – Abg. Dr. Mauz CDU: Ihr müsst euch entschuldigen!)

– Ausgerechnet Sie sagen das, Herr Mauz. Ich habe vorhin schon bemerkt, dass Sie vielleicht der falsche Kronzeuge hinsichtlich dieser Frage sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das war aber nicht sehr substanzvoll!)

Ein aktuelles Beispiel dafür, wo meiner Meinung nach irrational gehandelt wird: die Beschlussfassung vor einer Woche im Europäischen Parlament. Es gab keine Mehrheit gegen die bisherige Haltung, keine Mehrheit dafür, die Antibiotikamarker bei künftigen Freisetzungen zu verbieten. Die Gentechnikbranche räumt selbst ein: Wir haben heute kein technisches Problem mehr damit, diese Antibiotikamarker vor der Freisetzung wieder aus dem Genom heraus-

zunehmen. Dann muss sich doch die breite Öffentlichkeit fragen: Warum sollen wir Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit in Kauf nehmen, wenn es nur eine Bequemlichkeit der produzierenden Seite ist, dieses Gefahrenpotenzial herauszunehmen? Da, so meine ich, sollte man sehr wohl auf gesetzlichem Wege darauf drängen, dass solche Freisetzungen nicht stattfinden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Sinne, meine Damen, meine Herren, hat die Bundesregierung, glaube ich, sehr rational und sehr verantwortungsbewusst gehandelt, indem sie diesen Bt-, Bacillus-thuringiensis-Mais, also den Mais, der selber Insektengift herstellen kann, nicht zugelassen hat, weil bei diesem Mais wiederum ein Antibiotikamarker vorhanden war und nicht beseitigt worden ist, obwohl es zahlreiche Warnungen von Medizinern gibt. Ich hätte erwartet, dass die Herren Mediziner, die vor mir geredet haben, darauf eingehen.

Weil diese Genfrüchte bisher bei den Verbrauchern keinen Nutzeffekt haben erkennen lassen, geht die Gentechnikbranche jetzt einen anderen Weg und versucht, über so genannte Functional Food, wo man gleich mit dem Essen Arzneimittel verabreicht bekommt, Boden zu gewinnen. Aber Pillenpudding statt Vollwertnahrung kann nach meiner Meinung kein Konzept in Bezug auf die Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung sein. Ich freue mich jetzt schon auf die Auseinandersetzung, wenn Sie mit dieser „Billig-Food“ und den ergänzenden Additiven, damit die Leute gesund bleiben, antreten wollen gegen eine umfassende, vollwertige Ernährungsweise, wie wir sie von der Fraktion der Grünen vertreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zur praktischen Landespolitik. Da, muss ich sagen, finde ich es besonders bedauerlich, dass Ministerin Staiblin nicht im Hause ist.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sie hat anderes zu tun! – Abg. List CDU: Die habt ihr gestern so beleidigt!)

Wir reden hier über grüne Technologie.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das macht der Wirtschaftsminister!)

Stellv. Präsident Weiser: Und Sie reden über Ihre Zeit hinaus, Herr Buchter.

(Große Heiterkeit)

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Lassen Sie mich meine Ausführungen ganz schnell zum Abschluss bringen, Herr Präsident: Wir sind der Meinung, dass Frau Staiblin gut daran täte, sich in ihrer noch verbleibenden Amtszeit dafür einzusetzen, dass das HQZ tatsächlich die Gentechnikfreiheit bescheinigt, und – Herr Kollege Brinkmann hat schon auf die wirtschaftlichen Perspektiven einer gentechnikfreien Nahrungsmittelproduktion hingewiesen – dafür Werbung zu machen, dass Baden-Württemberg als für die grüne Gentechnik freies Land zu betrachten ist. Damit

(Buchter)

könnte sie in ihrer restlichen Karriere einen Eckstein setzen, der bundesweit Beachtung findet. Unsere Unterstützung dazu hätte sie.

Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Brinkmann SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Huchler.

Abg. Huchler REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Bio- und Gentechnologie hat Baden-Württemberg die Chance, an einer zukunftsorientierten Wissenschaft teilzuhaben und dadurch zur Sicherung und Schaffung von wichtigen Arbeitsplätzen beizutragen.

Zu den wichtigsten Anwendungen der Gentechnologie gehört die Grundlagenforschung. Mithilfe von gezielt veränderter Erbsubstanz, von genetisch veränderten Zellen und Lebewesen kann die biologische und medizinische Forschung wichtige neue Erkenntnisse gewinnen. Die Gentechnologie wird in der Medizin im Kampf gegen Krankheiten ebenso eingesetzt wie zum Beispiel in der Landwirtschaft zum Anbau von möglichst unempfindlichen Pflanzensorten.

Demgegenüber stehen jedoch Risiken, die nur zum Teil überschaubar sind und die nicht verharmlost werden dürfen. Der Eingriff in die Natur darf auf keinen Fall missbraucht werden. Die mittels Gentechnologie hergestellten Lebensmittel müssen gekennzeichnet sein, damit der Verbraucher in Kenntnis gesetzt ist. Auch beigemengte genveränderte Produkte müssen gekennzeichnet sein.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Wo steht das?)

Die Produkthaftung ist zu prüfen. Der Verbraucherschutz und der Umweltschutz haben oberste Priorität.

Umfragen ist zu entnehmen, dass die Gentechnologie von 52 % der Amerikaner positiv beurteilt wird, während nur 30 % der Deutschen sich zustimmend äußern. Es stellt sich natürlich die Frage, ob die Amerikaner sorgloser sind oder ob die Europäer die Risiken falsch einschätzen.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das müssen doch die Reps wissen!)

Die Gentechnologie ist zunächst ein Instrument der Forschung. Das Wesen der Forschung besteht darin, dass sie unbekannte Gebiete erschließt. Dies gilt auch für die Produkte dieser Forschung, und niemand vermag mit absoluter Sicherheit vorherzusagen, welche Risiken etwa die über Genforschung gewonnenen Medikamente und genveränderten Pflanzen mit sich bringen. Genau darum wird es zu einer entscheidenden Frage, wie die Gesellschaft mit solchen Risiken umgeht. Absolute Verbote sind nicht geeignet, denn sie können uns auch um die Chance bringen, dass möglicherweise ein zukunftsweisender Durchbruch stattfindet.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass die Chancen dieser neuen Technologie sinnvoll genutzt werden müssen. Industrielle Biologie ist zur Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts geworden. Innerhalb kürzester Zeit ist ein neuer Industriezweig entstanden, der vor allem im Bereich der medizinischen Anwendung zum Musterbeispiel für einen wirtschaftlich erfolgreichen Technologietransfer geworden ist. Die führenden Gesellschaften in den USA haben in der Biotechnologie die typische Durststrecke von zehn Jahren überwunden. Aus zunächst Verlust bringenden Forschungslabors sind Gewinn bringende Unternehmen geworden.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Das müssen Sie gerade sagen!)

Es lässt sich heute schon sagen, dass für einen Großteil der Gentechnologie ein großer Markt offen steht.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Wenn Sie mit der Vorstellung Aktien kaufen, liegen Sie falsch!)

Auch in Deutschland werden ehrgeizige Produkte zur Förderung der Biotechnologie und zur Beschleunigung des Technologietransfers aufgelegt. Sogar die EU unterstützt biologische Innovationen, wenngleich sie noch viel tun könnte, um regulatorische Ungewissheiten auszuräumen.

Europäische Unternehmen erzielen in dieser Branche mittlerweile beachtliche Umsätze. Deshalb sollten auch die Landesregierungen die Rahmenbedingungen für Technologieunternehmen fördern und verbessern. Wir brauchen Kapitalgeber, die nicht nur über ausreichende Mittel verfügen, sondern auch in der Lage sind, Technologien auf deren wirtschaftliches Potenzial hin zu prüfen und von Beginn an mit unternehmerischem Wissen zu unterstützen.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Wie viele Seiten sind es noch?)

Wir brauchen Wissenschaftler, die den Sprung ins Unternehmertum nicht scheuen und die von Vertretern der Hochschulen unterstützt werden. Wir brauchen aber auch eine Gesellschaft, die in den neuen Technologien nicht nur Risiken sieht, sondern auch Chancen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Es braucht schließlich flexible Güter und Arbeitsplätze, denn nur so kann die Dynamik neuer Technologien in der Wirtschaft voll zum Tragen kommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Letztlich entscheidet der Markt, ob die Bio- und Gentechnologie ihre Zukunft hat oder nicht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: War es das?)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Abg. Bebbler SPD: Hoffentlich hat er einen anderen Text!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich versuche, auf den Antrag der FDP/DVP-Fraktion einzugehen und darauf Bezug zu nehmen, was den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg im Zusammenhang mit Bio- und Gentechnologie angeht, und mir dabei einzelne Bioregionen vorzunehmen.

Zum einen ist festzuhalten, dass wir sehr froh darüber sind, dass wir in den vergangenen Jahren im gesamten Bio- und Gentechnologiebereich in Baden-Württemberg eine deutlich verbesserte Entwicklung nehmen konnten. Das liegt daran, dass wir exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchs haben und dass außerdem meiner Überzeugung nach – ich sage das, weil Vorredner dies infrage gestellt haben – ausreichend Venture-Capital zur Verfügung steht. Da ist nicht nur der 100-Millionen-DM-Fonds der Landesregierung, sondern es gibt eine Vielzahl von Fonds, die hier bereitwillig zur Verfügung stehen und auch einspringen.

Dann kommt natürlich mit entscheidend hinzu, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung erfreulicherweise ganz anders geworden ist, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Ich möchte mich gerne einzelnen Bioregionen zuwenden und deren Entwicklung in den vergangenen Jahren aufzeigen. Unter den vier Bioregionen, die wir haben, sind zwei absolute Vorzeigeregionen. Dies ist Heidelberg, und dies ist Freiburg. Es kommt dann Stuttgart, es kommt Ulm, es kommt Reutlingen.

Rücken wir als erstes Heidelberg ins Blickfeld. Dazu ist festzustellen, dass das Rhein-Neckar-Dreieck als Siegerregion aus dem bundesweiten Bioregiowettbewerb im Fokus der Aufmerksamkeit steht. Dort hat sich eine beispielhafte Gründerdynamik entwickelt. Gerade weil wir eine Vielzahl von Existenzgründungsprogrammen auf den Weg gebracht haben, haben wir eine so hervorragende Gründerdynamik. In Heidelberg haben wir konkret folgende Zahlen: In drei Jahren, von 1996 bis 1999, hat sich die Zahl der Betriebe von 30 auf 60 glatt verdoppelt. Glatt verdoppelt! Eine vergleichbare Dynamik haben Sie in keiner anderen Bioregion in Deutschland. Wenn Sie sich dann anschauen, dass wir mit dieser Gründerdynamik einhergehend eine Verdreifachung der Zahl der Arbeitsplätze haben – von 400 auf 1 200 –, dann zeigt dies, welchen enormen Erfolg wir mit unserer Politik im Zusammenhang mit der Bioregion Heidelberg haben.

Ich nehme den nächsten Bereich, den Bereich Freiburg. In Freiburg können wir seit dem Bioregiowettbewerb 19 Gründungen verzeichnen, und wenn wir das Bio-Valley insgesamt betrachten, welches sich trinational entwickelt hat, dann können wir feststellen, dass wir dort sage und schreibe 451 Eintragungen haben, was Betriebe im trinationalen Raum angeht.

Wir wollen und werden unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren noch einmal deutlich verstärken. Wir werden zum Beispiel erstmals 12 Millionen DM im regulären Haushalt für die Unterstützung der Bioregionen haben, 12 Millionen DM, mit denen wir in den Bioregionen, in denen die Plätze, die Räume nicht mehr ausreichen, an Erweiterungsbauten herangehen. Dies werden Heidelberg

und Freiburg sein; es wird mit Sicherheit auch Ulm in Betracht kommen. Wir werden auch – Herr Kollege Mauz, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen – in dem Bereich, in dem auch Ihr Kollege Glück unterwegs ist, wie er uns vorhin mitgeteilt hat, nämlich im Bereich Reutlingen, selbstverständlich eine weitere Unterstützung leisten.

Es geht mir auch darum, bei der nächsten Runde, die wir haben, wenn es darum geht, bei der Zukunftsoffensive Junge Generation weitere Zukunftsperspektiven zu ermöglichen und aufzulisten, deutlich zu machen, dass wir von unserer Seite aus einen Schwerpunkt sehen und dort mit zusätzlichen Fördermitteln hineingehen wollen, weil ich mit all denen, die diesen Bereich der Bio- und Gentechnologie genauso wie ich als einen Zukunftsbereich betrachten, gern erreichen möchte, dass wir dort sogar eine Schwerpunktsetzung haben werden, wenn es darum geht, zusätzliche Fördermittel für Zukunftsinvestitionen und für Zukunftstechnologien zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

– Danke. – Wir haben aber nicht allein die Bioregionen im Auge, sondern wir haben auch andere wesentliche Veränderungen vorgenommen. So ist zum Beispiel die Biotechnologieagentur neu orientiert worden, und wir haben die Aufgaben der Biotechnologieagentur auch klar umrissen. Das Angebot einer umfassenden Beratung gerade eben der Gründer im Land, die vor allem auf Beratung angewiesen sind, und die Netzwerkbildung zwischen den Regionen sollen vorangebracht werden, weil wir wollen, dass die Bioregionen im Land, die wir haben, nicht nur als Einzelkämpfer auftreten, sondern in ihrer Gesamtheit netzwerkartig miteinander verbunden werden.

Wir müssen auch kontinuierlich weiter an eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit denken.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Der Biotechnologiestandort Baden-Württemberg als Land ist unser Ziel, und wir wollen das Land so, wie wir es in allen anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik geschafft haben, ganz selbstverständlich auch im Biotechnologiebereich an der Spitze positionieren.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ein ganz zentraler Beweis dafür: Wie auch in der Industrie und in der Privatwirtschaft die Politik der Landesregierung in diesem Bereich der Bio- und Gentechnologie angenommen wird, wird unter anderem daraus ersichtlich, dass ein bedeutendes Unternehmen, nämlich Böhlinger Ingelheim, beschlossen hat, am Standort Biberach einen dreistelligen Millionenbetrag zu investieren, um die biopharmazeutische Produktion in den nächsten Jahren zu verdoppeln. Damit sollen bis zum Jahr 2003, also im Grunde bis übermorgen, 400 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies würde nicht passieren, wenn die Wirtschaftspolitik in diesem Land die Rahmenbedingungen nicht so ausrichten würde, dass sich die Industrie und auch die Privatwirtschaft dort einen gewaltigen Vorteil versprechen würden. Deswegen werden 100 Millionen DM aus der Privatwirtschaft investiert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Wir haben außerdem erstmals einen Businessplan-Wettbewerb für die Jahre 2000 und 2001 beschlossen. Dieser Wettbewerb richtet sich weltweit an alle Ideenträger in der Biotechnologie, ihre Vorstellungen zur Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen vor Fachleuten auf technologischem und ökonomischem Gebiet zur Diskussion zu stellen. Damit übernimmt das Land Baden-Württemberg erneut eine Vorreiterrolle, weil es eine solche Wettbewerbsausschreibung bisher zwar regional auf Landesebene gegeben hat, aber ganz selten auf nationaler Ebene und noch nie auf internationaler Ebene, so wie wir dies jetzt machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin deswegen froh darüber, dass wir uns heute mit diesem Antrag der FDP/DVP-Fraktion befassen konnten, weil er die Chance bietet, endlich einmal deutlich aufzuzeigen, mit welchen Anstrengungen und mit welchen Erfolgen wir uns darum bemühen, den Biotechnologiestandort Baden-Württemberg im Vergleich der Bundesländer untereinander an die Spitze zu setzen. Wir werden diesen konsequenten Weg der vergangenen drei oder vier Jahre in den nächsten Jahren, in der nächsten Legislaturperiode,

(Abg. Bebbler SPD: Wollen Sie mit uns eine Koalition bilden?)

vor allen Dingen auch mit zusätzlichen, neuen Mitteln aus der Zukunftsoffensive, verstärkt fortsetzen und somit die Spitze in Deutschland erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das war eine Absage an die CDU!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass der Antrag mit der heutigen Aussprache für erledigt erklärt werden kann. – Das hohe Haus stimmt zu.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze – Drucksache 12/5033

Das Wort zur Begründung hat der Herr Justizminister.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung, das wir heute einbringen, mit einigen Worten näher bringen und für eine wohlwollende Behandlung empfehlen.

(Abg. Bebbler SPD: Zugesagt!)

Es geht um Folgendes:

Mit dem Gesetzentwurf soll die außergerichtliche Konfliktbeilegung in doppelter Hinsicht gefördert werden. Zuerst einmal – das muss man deutlich sagen – sollen bereits bestehende Schlichtungsstellen gestärkt, gewürdigt und auf-

gewertet werden, indem sie als Gütestellen anerkannt werden. Zweitens wollen wir in der Tat eine neue Form der obligatorischen Streitschlichtung für bestimmte Arten von Rechtsstreitigkeiten einführen.

Warum die Förderung der außergerichtlichen Schlichtung? Bevor ich darauf näher eingehe, darf ich noch daran erinnern, wie dieser Gesetzentwurf zustande kam, und vor allem daran, dass er schon 1996 von Baden-Württemberg im Bundesrat eingebracht wurde, unterstützt von anderen Bundesländern. Er ist also in gewisser Weise zumindest auch und vor allem unser Kind, unsere politische Idee gewesen. Es kam in der letzten Legislaturperiode des Bundestags nicht zu dem Gesetz, weil die Mehrheit der SPD-regierten Länder seinerzeit das gesamte Gesetzespaket, in dem diese Streitschlichtung enthalten war, abgelehnt hat. Ich sage aber offen: Ich bin der Bundesregierung dankbar, dass sie jetzt die Sache wieder aufgegriffen und insofern doch gesehen hat, dass das, was wir vorgeschlagen haben, nichts Schlechtes war, und jetzt den Ländern die Möglichkeit gibt, ihrerseits solche Gesetze zu erlassen und eine Möglichkeit der außergerichtlichen Schlichtung einzuführen.

Deutlich möchte ich machen, wenn wir über außergerichtliche Schlichtung reden: Unsere Gerichte – das ist nicht das Problem – arbeiten hoch effizient in Rekordzeiten. Wir liegen gerade beim Amtsgericht und beim Landgericht in den erstinstanzlichen Sachen, zum Beispiel in Zivilsachen, bundesweit überall auf Platz 1 mit hervorragenden Werten. Die Amtsgerichte und die Landgerichte sind imstande, die zivilrechtlichen Streitigkeiten zu entscheiden.

Das ist nicht unser Problem. Aber wenn eine Sache zum Gericht kommt, bedeutet das natürlich schon einen beträchtlichen Aufwand. Eine staatliche Dienstleistung dieser Art, auch wenn es nur ein einfacher Amtsgerichtsprozess ist, bringt natürlich schon einen ziemlich hohen Aufwand mit sich.

In diesen Prozessen – und das ist das Interessante – wird dann eine große Zahl von Streitigkeiten einvernehmlich geregelt. Dort wird also auch heute schon effektiv geschlichtet, allerdings erst, wenn der aufwendige Prozess angelautet ist. Frage: Geht es nicht auch schon früher, bevor da ein erheblicher Aufwand anfällt?

Ich verkenne auch nicht, dass die Rechtsanwaltschaft natürlich einen großen Teil von kleineren Streitigkeiten schon bei sich und unter sich erledigt. Das ist sehr verdienstvoll, sodass wir, was die Bereiche außergerichtliche und gerichtliche Schlichtung sowie die Einigungsverfahren angeht, jetzt wirklich vorzeigbare Zustände haben. Aber wir wollen diesen eingeschlagenen Weg weiter beschreiten. Wir wollen weiter in Richtung Einigung gehen, und zwar möglichst bevor man vor Gericht streitet. Und ein Versuch mit den niedrigen Streitwerten bietet sich an, weil gerade bei niedrigen Streitwerten die Relation zwischen Aufwand und Ergebnis manchmal etwas problematisch ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bebbler SPD)

Dazu muss man beispielsweise nur eine Zahl kennen: 40 % der Streitigkeiten in Zivilsachen vor den Amtsgerichten ha-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

ben einen Streitwert von unter 1 500 DM. Daran sieht man: ein großes Segment, in dem Prozesse geführt werden, von denen man sagen muss, dass vielleicht nicht jeder hätte geführt werden müssen, dass man manchen hätte vorher aus der Welt bringen können – übrigens auch mit einer höheren Befriedigungswirkung, als wenn gestritten und entschieden wird. Bei einer Einigung kommt immer für beide Seiten etwas heraus. Das hat in der Regel auch eine bessere Wirkung für den Frieden unter den Parteien und für ihren Zufriedenheitsgrad.

Deswegen also die weitere Förderung außergerichtlicher Schlichtung, wie wir – das muss ich an dieser Stelle sagen – natürlich ohnehin jede Form der so genannten Mediation, der außergerichtlichen Schlichtung, ob sie auf dem Weg über dieses Gesetz oder auf anderen Wegen erfolgt, aus den eben genannten prinzipiellen Gründen unterstützen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich möchte ausdrücklich erwähnen, dass wir zurzeit einen Modellversuch zur Mediation beim Landgericht und beim Amtsgericht Stuttgart in Zusammenarbeit mit den Anwaltsverbänden, insbesondere mit dem Anwaltsverband hier in Stuttgart, laufen haben. Auch das ist sozusagen ein zarter Spross von weiteren Formen außergerichtlicher Schlichtung. Ich könnte andere Beispiele nennen.

Der heute vorliegende Gesetzentwurf fügt sich ein in ein Konzept, bei dem wir sagen: Der Staat muss nicht gleich alles machen, sondern wir können die Möglichkeiten ausschöpfen, unsere Probleme selbst zu lösen. Das tun wir in vielen Bereichen – natürlich auch außerhalb der Justiz – erfolgreich. Aber es ist auch ein Thema für die Justiz, und es ist auch ein Thema für die gerichtlichen Verfahren, dass man sich einmal fragen kann: Wann sollte der Staat mit seinen Problemlösungen ansetzen, und was können wir noch selbst mit guten Ergebnissen unter uns regeln? In diesen Kontext fügt sich also dieses Gesetz ein, das einen nächsten und wichtigen Schritt bringt.

Aber ich habe vorhin nicht umsonst betont: Wir führen damit nicht nur ein neues Verfahren ein, sondern wir stärken auch vorhandene Schlichtungsmöglichkeiten. Es gibt viele Schlichtungsstellen bei Kammern, Innungen und Verbänden, die erfolgreiche Arbeit leisten. Diese Arbeit werten wir dadurch auf, dass wir sagen, die obligatorische Schlichtung solle künftig auch vor diesen Stellen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen – wenn sie anerkannt sind, aber das ist kein Problem; da gibt es in der Praxis sicher keine Schwierigkeiten –, als Gütestellen stattfinden können.

Ich möchte unter den vielen Stellen, die es dort gibt, nur eine nennen, die in jüngerer Zeit gegründet wurde, einen viel versprechenden Ansatz: Das ist die Schlichtungsstelle für kaufmännische Streitigkeiten Region Stuttgart, getragen von der Industrie- und Handelskammer und wiederum dem Anwaltsverein.

Auch weitere Stellen hätten es sicher verdient, genannt zu werden. Es gibt da – ich möchte es einmal so sagen – durchaus einen Ansatz zu einer ganzen Kultur von Schlichtungen, den wir noch besser in den Blick nehmen sollten, die eine anerkannte Arbeit leisten.

Aber nun zum Kernbereich dieses Gesetzes: Bei Streitigkeiten unter einem Streitwert von 1 500 DM wird künftig ein Einigungsversuch vorgeschaltet, und zwar ein Einigungsversuch auf professionellerer Grundlage, als wir ihn durch die Anwaltschaft, jedenfalls durch die rechtsberatenden Berufe, durchführen könnten, also durch Personen mit einer bestimmten fachlichen Autorität, was ich für ganz wichtig halte. Aber der Schlichtungsversuch wird, wenn er auch professionell ist, völlig formlos und unbürokratisch über die Bühne gehen. Der Schlichter kann praktisch das Verfahren selbst bestimmen. Es geht nur darum, die Betroffenen noch einmal an einen Tisch zu bringen und zu versuchen, die Sache gütlich aus der Welt zu schaffen.

Die Kosten, von denen natürlich immer geredet werden muss, werden je nach Aufwand, ob es zu einem Schlichtungsgespräch kommt oder nicht, ob es erfolgreich ist oder nicht, maximal 250 DM betragen. Diese Kosten werden entweder im Schlichterspruch auf die Parteien verteilt oder, wenn es doch zu einem Prozess kommt, der unterliegenden Partei auferlegt. Damit kann man sagen, dass wir ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein sehr schnelles, ein sehr formloses, ein professionelles und sehr kostengünstiges Verfahren anbieten werden, um Streitigkeiten mit einem Streitwert von unter 1 500 DM ohne Gericht aus der Welt zu bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir machen das über die Anwaltschaft, und damit ist das auch bundesweit ein Modell, wobei ich davon ausgehe, dass viele andere Länder diesem Beispiel folgen werden. Das hat mit vielem zu tun, auch mit der Akzeptanz des Verfahrens. Man hört gelegentlich als Einwand etwa: Die geben keine Ruhe, bis sie ein Urteil haben. Da wird sich niemand einigen, sondern die werden weitermachen, bis sie dann doch sozusagen einen Richter sehen.

Ich würde das nicht so schnell sagen. Man kann die Deutschen, in diesem Fall die Baden-Württemberger, nicht ohne Weiteres zu einem Volk von Prozesshanseln erklären, die nur dann zufrieden sind, wenn sie am Schluss vor Gericht sind. Ich bin überzeugt, dass bei vielen Fällen schon ein Blick ins Gesetzbuch oder eine einfache Information dazu führen wird, dass der eine oder andere sagt: „Gut, wenn das so ist, hat es keinen Wert.“ Oder: „Wir einigen uns.“

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Das kann natürlich ein Anwalt am besten leisten. Es geht oft nicht um eine schwierige Mediation. Meistens handelt es sich doch im Grunde genommen um viele kleinere Streitigkeiten mit Handwerkern und Ähnliches. Oft geht es nicht um emotional aufgeladene Familiensachen, bei denen eine fachlich-psychologische Mediation gefragt wäre, sondern um ganz simple Rechtsfragen, darum, dass sich manche nicht auskennen, ob sie mit ihrem Vorhaben Erfolg haben können oder nicht. Das kann ihnen ein Anwalt als Schlichter unter Umständen in zwei Minuten sagen. Der Anwalt als Schlichter hat natürlich auch eine bestimmte Autorität. Ich lese immer die Meinungsumfragen darüber, wie das Sozialprestige der Berufe ist.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Da sind immer die Anwälte an der Spitze

(Abg. Kluck FDP/DVP: Wie kommt das?)

und die Politiker und die Journalisten ganz unten.

(Unruhe)

Insofern: Die Anwälte haben eine beträchtliche Autorität, auch im Verfahren. Darum glaube ich, dass wir für dieses Verfahren auch eine große Akzeptanz bekommen werden.

Ich möchte aber auch ganz deutlich sagen: Es geht gar nicht um den Ehrgeiz, dass ich in einem Jahr wieder hier stehe und sagen kann, dass wir soundso viele Schlichtungsverfahren haben. Es kann auch sein, dass die Anwaltschaft künftig Fälle mit einem Streitwert von unter 1 500 DM verstärkt unter sich regelt. Das ist mir auch klar. Mancher Anwalt wird, wenn jemand mit einem Streitwert von 800 DM zu ihm kommt, nicht sagen: „Da machen wir ein Schlichtungsverfahren beim Kollegen sowieso, dann sehen wir weiter“, sondern der wird künftig vielleicht sagen: „Lassen Sie es; ich mache das mit dem Kollegen oder mit der anderen Partei aus.“ Aber das ist uns ja im Grunde genommen genauso recht, weil es eben nur ein anderer Weg zur außergerichtlichen Streitbeilegung ist, die wir fördern wollen.

Ich sage allerdings deutlich, dass das Mahnverfahren davon unangetastet bleibt. In der Vergangenheit war ein gewisser Einwand, dass der säumige Schuldner das Verfahren verzögern kann, indem er es noch durch die Schlichtung zieht. Der Gläubiger braucht aber nur nach bewährter Manier einen Mahnbescheid zu beantragen. Für Sie ist dabei vielleicht auch interessant: Was in das Mahnverfahren geht, wird zu 80 % ohne anschließende Gerichtsverhandlung erledigt. Damit haben wir dann die dritte Variante. Auch das ist nichts anderes als ein Weg zur außergerichtlichen Schlichtung.

Insofern bin ich davon überzeugt, dass wir mit diesem Gesetz einen Schritt nach vorn tun. Man kann das natürlich als ein Signal in Richtung einer veränderten Streitkultur bezeichnen. Ich habe vorhin einiges zur Rolle des Staates gesagt, zur Rolle der Gesellschaft, zu der Aufgabe, Dinge, soweit es geht, innerhalb der Gesellschaft, untereinander und ohne die staatlichen Institutionen zu erledigen.

(Abg. Bebber SPD: Die Gerichte stehen aber nicht außerhalb der Gesellschaft!)

Insofern ist dieses Gesetz sicher auch ein Signal zu einer veränderten Streitkultur. Ich würde mich freuen, wenn es im Behandlungsverfahren Ihre Zustimmung und Unterstützung fände.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rech CDU – Abg. Heiler SPD: Jawohl! Abhaken! – Abg. Bebber SPD: Wenn die Rede kürzer gewesen wäre, hätten wir zugestimmt!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

(Abg. Heiler SPD: Jetzt wird es gut! The show goes on!)

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Heiler SPD: Guter Anfang!)

Das Gesetz über den obligatorischen Schlichtungsversuch, das die Landesregierung heute im Entwurf einbringt, verdient Anerkennung und Zustimmung, denn es ist eine wirkliche Innovation.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Bebber SPD: Revolutionäre Innovation! – Abg. Junginger SPD: Könnte von uns sein! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Ist ja auch ein rot-grünes Gesetz!)

Es ist gemäß dem alten Satz „Der Gerechtigkeit Frucht soll Friede sein“ ein Beitrag zum sozialen Rechtsfrieden. Wir haben damit im Normzweck den Versuch und das Ziel, über diesen Güteversuch innerhalb von drei Monaten schnell, formlos und kostengünstig in einer Streiterledigungskultur dem Rechtsfrieden zu dienen. Dies steht, so denke ich, in der Tendenz, die wir aus dem Familienrecht, dem Arbeitsrecht und der Wirtschaft zunehmend kennen, zu der auch der Begriff des Mediators gehört, nämlich zu versuchen, Gewaltentscheidungen zu verhindern und Güteentscheidungen im Konsens herbeizuführen.

(Abg. Bebber SPD: Was? Richterliche Entscheidungen als Gewaltentscheidungen einzustufen!)

Denn jede Güte-Konsens-Entscheidung ist allemal besser als eine Zwangsentscheidung, da diese oft wieder nur Rechtsmittel herbeiführt und damit den Weg durch die Instanzen eröffnen kann.

Hier allerdings geht es um Streitwerte bis zu 1 500 DM oder um Nachbarstreitigkeiten bzw. ehrverletzende Delikte.

Wir haben ein Gesetz im Entwurf vorliegen, das durchaus, wenn die Person des Schlichters das Geschäft versteht, die Rechtspflege entlasten kann und auch eine Prozessökonomie ermöglicht, indem man die Gerichte gar nicht erst bemühen muss. Es kann vor allem auch dafür sorgen, dass man mit einer geschickten Verhandlungsführung, zum Beispiel durch Anordnung des persönlichen Erscheinens, die das Gesetz ausdrücklich ermöglicht, die Parteien miteinander zu einem Rechtsfrieden führt.

Dazu müssen nicht nur rechtsförmige Subsumtionen vorgenommen werden, sondern können auch andere Gesichtspunkte herangezogen werden, die eine Einigung der Parteien beschleunigen. Ich denke, der Staat muss nicht alles machen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Junginger SPD: Aufgewacht?)

Wir haben immerhin – das wurde zu Recht ausgeführt – 40 % Streitigkeiten mit Streitwerten von unter 1 500 DM. Bei der zunehmenden Zahl der Rechtsanwälte ist es auch gut, dass man Volljuristen mit der Schlichtung beauftragt.

(Dr. Reinhart)

Ich denke, diese müssten fachlich kompetent genug sein, diese Aufgabe im Sinne dieses Gesetzes zu erledigen.

Wir werden sicherlich Schlichter nötig haben, die auch die nötige Sensibilität besitzen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Genau! Das ist wie beim Redner! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– ja –, die auch Konfliktbeilegungspotenzial in der Form, in der Art und Weise und in der Ausübung – –

(Abg. Rech CDU: Da dürfen Sie aber jetzt nicht zur SPD hinübergucken!)

– Das ist wahr. Lieber Kollege Rech, wir bemühen uns ja ständig darum. Wie sonst wäre ein solcher Frieden im Ständigen Ausschuss möglich?

(Abg. Bebber SPD zu Abg. Rech CDU: Wir zwei machen Schlichter!)

Aber ich denke, es ist wichtig – übrigens auch im Blick auf die Vergütung –, dass mindestens diese Sätze angeboten werden.

(Abg. Bebber SPD: Ei, ei, ei!)

Meine Sorge ist, dass wir bei den niedrigen Gebühren, die wir ansetzen, keine qualifizierten Anwälte für diese Tätigkeit bekommen.

(Abg. Junginger SPD: Guter Gedanke!)

Dennoch müssen wir es aus der Sicht der Kunden, der Verbraucher, der Recht Suchenden sehen. Für diese stellt diese Streitschlichtungsmöglichkeit wirklich ein ökonomisches Angebot dar.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Eine Vollstreckungsklausel kann erteilt werden. Das heißt, nach § 794 der Zivilprozessordnung stellt das Ergebnis der Schlichtung einen Vollstreckungstitel dar. Damit kommt diesem Ergebnis im Falle der Einigung eben auch eine wichtige Bedeutung zu.

Es geht in dem Gesetzentwurf darum, von einer Ermächtigung Gebrauch zu machen, die der Bundesgesetzgeber allgemein vorgegeben hat. Ich glaube, dass mit diesem Gesetz eine wirklich innovative Idee für die persönliche Verantwortung der Parteien selbst gegeben ist. Diese sollen auch die persönliche Verantwortung für ihre eigenen Angelegenheiten übernehmen, und das kann ihnen auch in einem solchen Schlichtungsgespräch verdeutlicht werden. Deshalb: Entlastung der Justiz, soziale Befriedung, aber auch schnelles Verfahren, das eine Gütelösung zum Ziel hat; das wird dem Rechtsstaat und dem Rechtsfrieden dienen können.

Wenn wir es vom Umfang her sehen, wird es darauf ankommen, eine Bilanz zu ziehen, ob sich dieses Gesetz lohnt, ob man es dann möglicherweise auch auf Landgerichte ausdehnen kann. Wir sollten also in einem oder zwei Jahren einmal darüber nachdenken, was das Gesetz gebracht hat. Aber der Ansatz, der Versuch ist richtig, und wir sollten ihn wagen.

Auch die Art und Weise der Ausgestaltung im Gegensatz zu anderen Ländern, Herr Justizminister, verdient Anerkennung. Ich denke, damit ist wirklich der Versuch unternommen, den Bürgern qualifizierte Rechtshilfe zuteil werden zu lassen. All das dient schlichtweg auch dem Rechtsstaat und damit dem Recht suchenden Bürger. Wir stimmen deshalb diesem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stimmen diesem Gesetzentwurf selbstverständlich zu, denn er beinhaltet die Übernahme jedes einzelnen Punktes von der bundesgesetzgeberischen Ebene, die die Einführung eines solchen Schlichtungsverfahrens auf Landesebene möglich macht. Selbstverständlich freuen wir uns, wenn wir uns da einig sind und wenn Sie voll des Lobes für die Bundesregierung sind, die jetzt einen Vorschlag übernommen hat, der schon in der letzten Legislaturperiode beraten wurde.

Ich kann mich auch dem anschließen, was Sie in Bezug auf die Friedensfunktion, die ein solches Schlichtungsverfahren hat, ausgeführt haben, auch auf die neue Streitkultur, die dadurch eine Chance erhält. Ich hätte das natürlich mit ganz anderen Worten gesagt, Herr Reinhart und Herr Minister. Aber inhaltlich schließe ich mich dem an, ohne die ganzen Blumen drumherum zu stecken.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Mit Blumen von Ihnen sind wir unbegrenzt belastbar!)

– Das glaube ich Ihnen.

(Abg. Rech CDU: Nicht alle Juristen sind so trocken wie Sie, Herr Bebber, fast spröde!)

Der Vorteil einer landesgesetzlichen Regelung gegenüber einer bundesgesetzlichen Regelung, die auch einmal in der Diskussion war, liegt natürlich darin, dass man das Netz von Gütestellen, die auf Landesebene schon bestehen, für diese Schlichtungsstellen einsetzen kann. In anderen Bundesländern gibt es eine Vielzahl davon. Sie haben eine genannt, Herr Minister, aber es gibt noch mehr.

Es wäre gut, wenn bei diesen amtsgerichtlichen Gütestellen – so nenne ich sie einmal verkürzt – nicht, wie es Ihr Gesetzentwurf vorsieht, Herr Minister, der Schwerpunkt auf Rechtsanwälten als Schlichtern liegen würde, sondern sie mehr außerhalb der gerichtlichen Einrichtungen und außerhalb der rechtsanwaltlichen Tätigkeit angesiedelt wären. Das sage ich als Anwalt, und ich nenne auch die Gründe dafür. Die Gebühren, die dafür ausgewiesen werden, betragen zum Beispiel 250 DM oder 130 Euro für einen Vergleich in einer mietrechtlichen Angelegenheit. Das muss von einem Anwalt erst einmal kostendeckend geleistet werden. Ich fürchte, da werden wenige bereit sein, sich als Schlichter zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Denken Sie doch nicht immer nur ans Geld!)

(Bebber)

– Herr Kluck, dieses Geld ist selbst dem Mieterbund zu wenig. Wenn der Mieterbund solche Schlichtungen durchführen sollte, dann wäre das, so hat er in seiner Stellungnahme erklärt, zu wenig, um die Kosten zu decken. Wenn es dem Mieterbund zu wenig ist – bei allem Respekt –, dann müssen Sie auch im Anwaltsbüro, da Sie entsprechende Kosten haben, halbwegs kostendeckend arbeiten können.

Es kommt noch etwas hinzu. Man sollte bei den Vorschlagslisten durch die Rechtsanwaltskammern noch in das Gesetz aufnehmen – ich gehe davon aus, dass im Rahmen der Beratungen noch die Möglichkeit zu Konkretisierungen besteht –, dass man nach Fachgebieten vorschlägt. Nicht jeder Anwalt, der zu einem Schlichtungsverfahren bereit ist, ist auch ein Spezialist zum Beispiel im Mietrecht. Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass bei solchen Schlichtungen und dem vorhandenen Einigungswillen ein Ergebnis herauskommen kann, das auch den Parteien nicht gerecht wird. Das ist kein Vorwurf an die Anwälte. Nicht jeder kann im Mietrecht ein Spezialist sein. Das soll er auch nicht.

Ich möchte als Letztes noch einen anderen Punkt anführen. Er wird auch Gegenstand der Beratungen sein müssen. Die nicht amtsgerichtlichen Gütestellen, verkürzt ausgedrückt, müssten als sonstige Gütestellen im Sinne der Prozessordnung anerkannt werden. Andernfalls wären die Vergleiche weder verjährungshemmend noch vollstreckbar. Das ist ein Punkt, den man im Rahmen der Beratungen ganz sachlich besprechen sollte. Ich glaube, dass es da unter Fachleuten zu einer Einigung kommen kann. Wenn wir uns bei diesem Gesetzentwurf im Grundsatz ohnehin schon einig sind, sollte es auch möglich sein, Herr Minister – gewissermaßen im Sinne einer neuen Streitkultur: sich über die Parteigrenzen hinweg einigen –, Verbesserungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Ich erteile Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann gleich zu Beginn meiner Ausführungen ankündigen, dass auch unsere Fraktion dem von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung zustimmen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des
Abg. Dr. Reinhart CDU)

Ich darf an dieser Stelle dennoch und obwohl es sich, was die Öffnungsklausel anbelangt, um ein von Rot-Grün verabschiedetes Bundesgesetz handelt

(Abg. Kluck FDP/DVP: Keine Geschichtsklitterei!
– Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

– ja, Moment –, weil sich daraus auch Konsequenzen für eine Fragestellung durch das Land ableiten, eine etwas kritische Bemerkung machen. Ich will deshalb eine kritische Bemerkung machen, weil ich der Auffassung bin, dass der Grundsatz der Rechtseinheit mit dem Gesetzgebungsver-

fahren unter Umständen schwer in Einklang zu bringen sein wird. Wir haben 16 Bundesländer. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass wir 16 Gesetze mit verschiedenen Ausführungsmodalitäten bekommen. Ich gehe aber davon aus, dass sich der Justizminister unseres Landes schon bei den anderen Bundesländern kundig gemacht hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

damit wenigstens die Kernbereiche des Gesetzentwurfs der Landesregierung von Baden-Württemberg mit den Gesetzentwürfen der anderen Länder übereinstimmen.

Ich spreche da aus Erfahrung, als jemand, der über die Landesgrenze hinweg als Anwalt tätig ist. Es darf natürlich nicht sein, dass in Neu-Ulm ein anderes Streitschlichtungsverfahren gilt als in Ulm. Ich weiß nicht, inwieweit diese Problematik bei dem Entwurf berücksichtigt worden ist. Denn mir ist nicht bekannt, in wie vielen Ländern es bisher überhaupt Entwürfe gibt. Ich weiß nur, dass Bayern und zwei, drei andere Bundesländer Entwürfe haben.

Diese kritische Anmerkung sei am Anfang gestattet.

Ich begründe die Zustimmung unserer Fraktion zu dem Gesetzentwurf im Wesentlichen mit dem, was wir auch hier schon gehört haben. Ein wesentlicher Punkt ist sicherlich die Überlegung, die auch in anderen Bereichen unserer Rechtspolitik, wenn wir die rechtsstaatliche Rechtspolitik der Bundesrepublik Deutschland meinen, von Bedeutung ist. Die Herausnahme aus dem justizförmlichen Verfahren von Streitschlichtungsmöglichkeiten spielt nicht nur im Zivilrecht eine Rolle, im Familienrecht, nicht zuletzt auch in dem hier vor nicht allzu langer Zeit verabschiedeten Insolvenzrecht mit dem außergerichtlichen Vergleichsversuch beim Verbraucherinsolvenzverfahren, sondern auch im Strafrecht ist mit dem Täter-Opfer-Ausgleich jetzt ein Instrumentarium in den gesetzlichen Regelungen enthalten, das auch gerade auf Konfliktlösungen zwischen Täter und Opfer ausgerichtet ist. Deswegen steht dieser Gesetzentwurf unseres Erachtens in dieser Linie der Zurückgewinnung von Konfliktlösungsmöglichkeiten.

Den Entlastungseffekt für die Justiz wird man in zwei bis drei Jahren überprüfen können und müssen. Ich würde ihn nicht an erster Stelle ansiedeln. Ich glaube nicht, dass wir dort so nennenswert mit Entlastung rechnen können, dass zum Beispiel Richterstellen eingespart werden können.

An dieser Stelle noch eine Fragestellung, die wir sicherlich vom Justizminister noch dezidiert beantwortet bekommen: Die Gütestellen sollen ja bei den Amtsgerichten angesiedelt werden. Inwieweit wird sich dieser Mehraufwand vielleicht irgendwann in mehr Personal- und mehr Sachaufwand niederschlagen müssen? Auch das wird man aufmerksam verfolgen müssen, weil man nicht immer mehr Arbeit auf immer weniger Leute übertragen kann.

Ein weiterer Punkt, der meines Erachtens noch erwähnt werden muss, ist das Inkrafttreten. Wir sind jetzt ja ziemlich in Zeitverzug. Deswegen gehe ich davon aus, dass auch im Gesetzgebungsverfahren durchaus noch die Möglichkeit besteht, im Rahmen einer gütlichen Schlichtung diese oder jene sinnvolle Anregung – Kollege Bebber hat bereits eine aufgenommen – zu berücksichtigen.

(Oelmayer)

Ein letzter Punkt: Ich möchte davor warnen, dies als ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für junge Kolleginnen und Kollegen Anwälte zu betrachten. Ich bin der Meinung, dass Schlichterinnen und Schlichter, Anwältinnen und Anwälte als Generalisten gefordert sein werden; hier bin ich mit dem Kollegen Bebber nicht ganz einig. Zum Zweiten wird gefordert sein, dass die Kolleginnen und Kollegen Anwälte mit Berufserfahrung in die Schlichtungsstellen hineingehen.

(Abg. Bebber SPD: Die machen das für 150 DM!)

Denn wir alle, die in diesem Bereich tätig sind, wissen natürlich, dass die Menschen dort Erfahrung brauchen. Herr Kollege, das widerspricht sich nicht: Wenn dort erfahrene Kollegen tätig sind, dann schlichten sie zehn Fälle am Tag, und es rechnet sich auch wieder.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Bebber SPD: Das liegt mehr an den Parteien als am Schlichter!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt alle so viel Positives über den Gesetzentwurf gehört.

(Zuruf von den Republikanern: Jetzt sind Sie dagegen!)

Dem schließe ich mich an. Die Begründung des Herrn Justizministers ist sehr ausführlich gewesen. Auch die Kollegen, die bisher gesprochen haben, sind im Grundsatz mit dem Gesetzentwurf einig.

Eines verwundert: Als wir vor etwa zwei Jahren zum ersten Mal über einen solchen Gesetzentwurf gesprochen haben, als in Bonn noch eine CDU/CSU-FDP-Regierung wirkte und in Baden-Württemberg Herr Minister Goll dieses Gesetz vorantrieb, waren von der SPD andere Töne zu hören.

(Abg. Bebber SPD: Das war in einem Paket drin!)

– Trotzdem waren auch zu diesem Punkt in dem Paket andere Töne zu hören.

(Abg. Bebber SPD: Nicht trotzdem! Gerade deswegen! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Bebber ist lernfähig!)

Das muss man einmal ausdrücklich sagen. Mich freut es, dass dann plötzlich Einigkeit entsteht, wenn etwas von einer SPD-geprägten Bundesregierung kommt. Schade, dass es immer so sein muss und ein solches Gesetz erst verabschiedet wird, wenn andere Parteien die Verantwortung tragen.

Wir als FDP/DVP-Fraktion begrüßen es selbstverständlich immer, wenn außergerichtlich geschlichtet werden kann. Dazu gibt es mehrere Verfahren: die außergerichtliche Streitschlichtung, die Mediation, die Schiedsverfahren. Es gibt eine ganze Fülle. Es wurde bereits der Anwaltsverein Stuttgart für seine Aktivitäten in dieser Richtung gelobt, zum Beispiel für die IHK-Streitschlichtung. Auch im Ausland, in Straßburg, gibt es Schiedsgerichtsverfahren. Überall versucht man, außergerichtliche Lösungsmöglichkeiten

zu bieten. Ich halte das für positiv. Vielleicht, das ist meine Hoffnung, erhalten die außergerichtlichen Verfahren durch ein solches Gesetz mehr Akzeptanz und bekommen auch die anderen Schlichtungsverfahren einen höheren Stellenwert. Das hielte ich für ein positives Signal für die anderen Einrichtungen.

Die Gebühr von 200 DM oder 220 DM ist natürlich zu gering. Das ist vollkommen klar, wenn man von dem Stundenlohn für den Anwalt ausgeht. Zumindest eine Stunde wird ein solches Verfahren immer dauern; davon muss man ausgehen. Der Anwalt muss sich ja vorbereiten, er soll mit den Parteien reden und soll eine Lösung vorschlagen, die akzeptiert wird. Das kann man nicht nur aus dem Stegreif machen; dafür muss man sich schon Zeit nehmen. Es soll hierbei ja gerade eine Begegnung der zwei Parteien stattfinden, damit beide Parteien einmal die Gelegenheit haben, sich auszusprechen, um danach das Ergebnis des Schlichters respektieren zu können. Da sind 200 DM viel zu wenig. Man sollte vielleicht doch überlegen, ob dieser Satz, da hier dem Staat eine Verpflichtung abgenommen wird, nicht etwas zu erhöhen ist.

(Abg. Bebber SPD: Herr Kiesswetter, jede Partei redet da erst einmal eine Stunde!)

– Da gebe ich Ihnen aus Erfahrung vollkommen Recht. Aber vielleicht sollte man doch einmal darüber nachdenken, ob der Satz nicht erhöht wird, ob nicht der Staat von sich aus etwas zuschießt. Wenn ein Richter eine Stunde arbeitet, dann geht, glaube ich, der Staat von 600 bis 700 DM aus, die ihn der Richter pro Stunde kostet. Deshalb könnte hier vielleicht durchaus die Überlegung angestellt werden, auch seitens des Staates etwas beizusteuern.

Ich möchte eines sagen: Herr Kammerpräsident Ströbel hat ausdrücklich erklärt, er würde darauf achten, dass qualifizierte, erfahrene Anwälte das machen, und er würde sich an die Spitze der Liste setzen.

(Abg. Bebber SPD: Sehr gut!)

Ich will nur sagen: Die Kammer in Stuttgart ist bereit, hier aktiv mitzuwirken und zu zeigen, dass diese Idee der außergerichtlichen Streitschlichtung akzeptiert wird. Wir werden darauf achten, dass qualifizierte Anwälte diese Aufgabe übernehmen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!
– Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das generell zu diesem Gesetz. Über Einzelheiten und Verbesserungen wird noch zu reden sein. Es wurden ja Anregungen gemacht.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. Ich meine, das ist etwas Positives im Gegensatz zu den Vorschlägen der SPD zur Justizreform, die wir ja ablehnen, weil dort eine Rechtsverkürzung erfolgt. Deshalb wird die vom Bundesjustizminister geplante Justizreform von uns weiterhin strikt abgelehnt, weil sie nur Verkürzungen bringt und keine Bürgernähe, während wir hier ein Gesetz haben, das zumindest auch Bürgernähe vor Ort bringt.

Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt diese Vorreden zusammenfasse,

(Abg. Bebbler SPD: Brauchen Sie nicht! Wir wissen, was wir gesagt haben!)

dann fällt es mir schwer, noch den einen oder anderen zusätzlichen Aspekt hinzuzufügen, sodass ich mich durchaus auf das beziehen kann, was meine Vorredner gesagt haben.

(Abg. Rech CDU: Sehr schön!)

Das Gesetz über den obligatorischen Schlichtungsversuch ist ein, wie wir meinen, sehr sinnvoller Versuch, und es ist auch notwendig. Wir haben damit die Streitschlichtung in einer großen Zahl von Bagatellfällen vor das Gericht gezogen, und wir haben damit nicht nur die Möglichkeit, außerhalb eines ernsthaften Streitprozesses problematische nachbarschaftsrechtliche Verhältnisse oder Kleinstreitigkeiten zu lösen, sondern wir haben auch die Möglichkeit, im Rahmen einer modernen Streitkultur – wir denken ja auch in anderen Rechtsbereichen über eine eher schlichtungsorientierte Verhandlungsführung nach – die Bürger wieder zueinander zu bringen, sodass Auseinandersetzungen à la Maschendrahtzaun in unserer Republik vielleicht etwas weniger werden könnten. Streitschlichtung ohne Gericht ist sicherlich eine sinnvolle Sache.

Über die Grenze, die man gesetzt hat – 1 500 DM Streitwert –, kann man immer diskutieren. Es gibt Bagatellfälle, die in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht höchst kompliziert sind und einen lächerlich geringen Streitwert haben, und es gibt Riesenfälle mit gigantischen Streitwerten, die im Grunde nur die eine oder andere Tatsachenfeststellung erfordern. Aber das ist ein Grundsatzproblem. Das kann man an dieser Stelle nicht lösen.

Die Richter werden zweifellos auch entlastet. Das gibt ihnen die Möglichkeit, sich der verbleibenden Rechtsmaterie mit noch mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, sodass auch hier sicherlich eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Gerichte gegeben ist. Der Herr Minister hat es schon gesagt: Die baden-württembergischen Gerichte arbeiten sehr effizient im Vergleich zu den Gerichten in anderen Bundesländern.

(Abg. Bebbler SPD und Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er nicht gesagt!)

Eine Entlastung der Geschäftsstellen halte ich allerdings für zweifelhaft. Eine Entlastung der Urkundsbeamten zeichnet sich für meine Begriffe nicht ab, denn sie sind ja ganz massiv in die Vorbereitung und Durchführung dieser Schlichtungsverhandlungen eingebunden, sodass hier mittelfristig möglicherweise – da wird man, wie schon gesagt worden ist, in ein, zwei Jahren nachschauen müssen – eine Mehrbelastung zu erwarten ist.

Auch zu den Gebühren haben meine Vorredner schon etwas gesagt. Die Gebühren sind zu niedrig. Man sollte hier vielleicht wirklich im Laufe der Gesetzesberatung darüber nachdenken, ob man den Gebührenrahmen nicht etwas höher ansetzt. Denn sonst besteht wirklich die Gefahr, dass es an qualifizierten Anwälten fehlt.

Zu der Qualifikation möchte ich auch etwas sagen. Es ist nicht immer nur – Herr Bebbler, da beziehe ich mich auf die fachliche Anbindung, die Sie angesprochen haben – die fachliche Kompetenz in solchen Schlichtungsverfahren notwendig, sondern es kommt natürlich auch auf die menschliche Kompetenz an, gerade wenn man versucht, in einer Schlichtung zwei möglicherweise über Jahre zerstrittene Parteien wieder zusammenzuführen. Hier ist menschliche Kompetenz manchmal sehr viel entscheidender. Da muss man auch erfahrenen Schlichtern, selbst wenn es ein bisschen teurer wird, Herr Kollege Kluck, die Möglichkeit geben, in einem solchen Verfahren kostendeckend zu arbeiten. Wir sind also der Meinung, dass man hier in der Tat den Versuch machen sollte, die Gebühren etwas höher anzusetzen.

Ich fasse zusammen: Wir stehen diesem Gesetzentwurf sehr offen und zustimmend gegenüber und halten ihn für einen sinnvollen Versuch.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Vorgeschlagen wird die Überweisung an den Ständigen Ausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Staatsministeriums – Der Umgang der Landesregierung mit der Landesverfassung oder: „Die unendliche Geschichte mit der Geschäftsordnung (Artikel 49 LV) für das Kabinett“ – Drucksache 12/4957

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wer wünscht das Wort? – Herr Abg. König, Sie erhalten das Wort.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus dem Untertitel unseres Antrags „Die unendliche Geschichte mit der Geschäftsordnung (Artikel 49 LV) für das Kabinett“ geht schon hervor, dass es sich hier um einen Wiederholungsfall handelt.

(Abg. Bebbler SPD: Wenn schon, dann Dauerstrafat!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wundere mich, warum die Landesregierung sich permanent weigert, diese wirklich einfache Aufgabe endlich zu erledigen – seit 1995 wird sie von verschiedenen Fraktionen dieses Hauses dazu aufgefordert –,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Die Landesregierung ist gar nicht da!)

(König)

eine Aufgabe, die ihr durch die Landesverfassung vorgegeben wird.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Wenn wir in vorangegangenen Debatten zu diesem Thema immer wieder gehört haben, dass es für die Regierung nicht notwendig sei, sich selbst eine solche Geschäftsordnung zu geben, dann, meine Damen und Herren, muss man noch einmal darauf hinweisen: Es ist ein Verfassungsgesetz.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört! – Abg. Capezzuto SPD: Ein was?)

All denjenigen, die ihn nicht wörtlich kennen, will ich Artikel 49 Abs. 1 der Landesverfassung noch einmal kundtun,

(Abg. Rech CDU: Den kennen wir!)

insbesondere unserem Staatsminister, Herrn Palmer.

(Beifall bei den Republikanern)

In Artikel 49 Abs. 1 steht nämlich:

Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.

(Abg. Rech CDU: Das macht er auch ohne Artikel!
– Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das macht der auch ohne Geschäftsordnung!)

Jetzt kommt Satz 2:

Er führt den Vorsitz in der Regierung und leitet ihre Geschäfte nach einer von der Regierung zu beschließenden Geschäftsordnung.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Satz 3 lautet:

Die Geschäftsordnung ist zu veröffentlichen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Meine Damen und Herren, das sind klare Vorgaben.

(Lachen bei der CDU)

Es kann doch nicht in der Beliebigkeit einer Landesregierung oder der sie tragenden Fraktionen liegen, zu sagen, ob wir die Geschäftsordnung brauchen oder nicht. Wenn wir sie nämlich nicht brauchen, müssen wir hier mit qualifizierter Mehrheit diese Vorgaben aus der Verfassung herausstreichen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hierbei nicht um eine Frage, die man mit Ja oder Nein beantworten kann. Der Verfassungstext enthält eine Vorgabe in Befehlsform.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nein! Das steht so in der Verfassung nicht! – Abg. Kluck FDP/DVP: Stillgestanden! – Abg. List CDU: Rührt euch!)

Es ist keine Kannbestimmung. Es heißt wörtlich: „und leitet ihre Geschäfte nach einer von der Regierung zu beschließenden Geschäftsordnung“. Für die Veröffentlichung gilt ebenfalls ein Imperativ. Da heißt es nämlich: „Die Geschäftsordnung ist zu veröffentlichen.“ Es heißt nicht „sollte veröffentlicht werden“ oder „kann veröffentlicht werden“, sondern das heißt, sie muss veröffentlicht werden.

(Abg. Deuschle REP: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder – wirklich jeder – Hängepflanzenverein oder jeder Kegelklub, der sich als Verein eintragen will, aber nach der Gemeindeordnung oder der Landkreisordnung auch jeder Gemeinderat ist verpflichtet, sich eine Satzung, also eine Geschäftsordnung zu geben.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Auf jeder Ebene im Land und im Bund haben wir diese verpflichtenden Vorgaben, und einzig und allein die Landesregierung drückt sich davor. Ich verstehe den Grund nicht,

(Abg. Bebber SPD: Das ist das Problem: Sie verstehen es nicht!)

warum man sich hier dem Vorwurf, die Verfassung zu missachten, aussetzt.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn ich dann höre, wie das aus früheren Redebeiträgen hervorgeht, dass ja die Landesregierung sich selbst Spielregeln für ihren täglichen Arbeitsablauf gibt,

(Zuruf des Abg. Roland Schmid CDU)

allerdings nicht in schriftlicher Form, dann frage ich mich, nachdem wir jetzt seit über einem Jahr wieder einen Staatsminister haben: Hat der nicht einmal eine halbe Stunde Zeit, um diese mündlichen Spielregeln in Papierform zu bringen und sie dann von seinem Kabinett absegnen zu lassen und zu veröffentlichen und auch uns kundzutun?

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn in der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag steht, die Geschäftsordnung habe nur eine Innenwirkung, dann ist das in der Tat so.

(Abg. Döpper CDU: Trinken Sie doch mal einen Schluck!)

Aber es stimmt einfach nicht, dass das Fehlen einer Geschäftsordnung weder dem Bürger noch dem Parlament einen Nachteil einbringt. Es bringt einen Nachteil ein; denn das Parlament hat nicht bloß Gesetzgebungsfunktion, sondern es hat auch eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung.

(Beifall bei den Republikanern)

Was soll ich denn kontrollieren, wenn hier alles hemdsärmelig gemacht wird? Ich brauche zur Kontrolle auch einen Maßstab, und diesen Maßstab muss eben die Geschäftsordnung darstellen.

(Abg. Roland Schmid CDU: Diese Rede ist auch ein bisschen ohne Maßstab!)

(König)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung schreibt weiter:

In der Tat besteht keine schriftliche Geschäftsordnung der Landesregierung. In Baden-Württemberg ist es seit jeher gelungen, die Regierungsgeschäfte unter Verzicht auf eine schriftliche Geschäftsordnung zu führen, ohne dass dies zu Problemen . . . geführt hätte.

Allein die Wortwahl „gelungen“ zeigt: Es hätte auch misslingen können.

(Abg. Capezzuto SPD: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

„Gelungen“ ist der Ausdruck, den jeder Zirkusakrobat gebraucht, wenn ihm ein Kunststück gelungen ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich fordere hiermit noch einmal die Fraktionen hier im Landtag auf – das Fehlen dieser Geschäftsordnung ist eine Formsache, die wir schon mehrmals auf die Tagesordnung gesetzt haben –, heute dem Beschlussteil unseres Antrags endlich zuzustimmen, damit die Landesregierung aufgefordert wird, sich eine Geschäftsordnung zu geben und diese zu veröffentlichen. Jetzt können Sie sagen: „Wir haben ja bloß noch ein Jahr.“ Wir haben dies aber 1995 genauso beantragt und darüber geredet, um die neue Landesregierung, die 1996 ins Amt kam, zu zwingen, endlich ihrer Verpflichtung nachzukommen. Damals, 1995, hat sogar die FDP/DVP-Fraktion dieses Thema aufgegriffen und zu ihrem Thema gemacht.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Sie sind bloß auf halber Strecke stehen geblieben. Vielleicht ist da jemand vom Allensbach-Institut in der Fraktion aufgetaucht und hat gesagt: Die FDP/DVP wird 1996 wahrscheinlich die 5-%-Hürde überspringen. Das war ja dann auch so. Vielleicht haben Sie sich schon damals Chancen für die Regierungsbeteiligung ausgerechnet. Anders kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie auf halbem Weg stehen geblieben sind und Ihren eigenen Antrag im Ständigen Ausschuss zurückgezogen haben. Wir ziehen unseren Antrag nicht zurück. Wir wollen eine Entscheidung.

(Abg. Capezzuto SPD: Ist das eine Drohung?)

Wir wollen, dass diese Landesregierung ihre Verfassungspflicht wahrnimmt und sich eine Geschäftsordnung gibt, die uns dann auch bekannt ist und nach der wir sie zu beurteilen und ihre Arbeit zu überwachen und zu kontrollieren haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich bitte um Zustimmung zum Teil – was ist es denn? –

(Abg. Bebber SPD: Teil II!)

II, richtig.

Noch ein letzter Satz, weil Sie, Herr Palmer, in Ihrer Antwort noch die „Stuttgarter Zeitung“ zitieren, die am 30. Oktober 1997 in ihrer Schlagzeile festgestellt hat: „Die Landespolitik funktioniert auch ohne Geschäftsordnung“.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Gut, es ist Ihnen gelungen, ohne Geschäftsordnung auszukommen. Bloß sollte man einmal testen, ob sie nicht noch besser funktioniert, wenn sie eine Geschäftsordnung hat.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wie wollen Sie das dann feststellen?)

Neue Schlagzeile – –

(Zurufe)

– Ja nun, es gibt immer noch Verbesserungsmöglichkeiten.

(Abg. Roland Schmid CDU: Nein!)

Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Herrmann.

Abg. Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum wiederholten Mal wird heute hier im Landtag über die formale Frage einer Geschäftsordnung für die Landesregierung diskutiert.

(Abg. Krisch REP: Verfassungsfrage!)

Herr König, Sie haben kein einziges neues Argument in Ihrer Rede vorgetragen. Das, was Sie gesagt haben, haben Sie alles am 23. Mai 1995 schon einmal ausgeführt.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist eine Ewigkeit her!)

Es hat sich an der Situation von damals bis heute nichts geändert.

(Abg. Deuschle REP: Das ist schlimm genug!)

Ich stelle für die CDU-Fraktion Folgendes klar: Es gibt seit vielen Jahren keine Geschäftsordnung der Landesregierung, und, Herr König, da es keine Geschäftsordnung gibt, kann logischerweise auch keine veröffentlicht werden.

(Abg. Krisch REP: Eben! Das ist ja die Frage!)

Dadurch, dass es keine Geschäftsordnung gibt, entstehen keinerlei Nachteile für irgendjemanden. Es entstehen keine Nachteile für die Bürger, da eine Geschäftsordnung nur Regelungen mit Innenwirkung enthalten würde.

(Abg. Rech CDU: So ist es!)

Und es entstehen auch keine Nachteile für das Parlament, weil die Rechte der Parlamentarier nicht in der Geschäftsordnung geregelt werden.

(Abg. Deuschle REP: Verfassungsfeind! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Die Regierung ist eh außer Kontrolle!)

Insofern ist die Begründung der Republikaner in der Drucksache 12/4957 auch völlig daneben, wenn es dort unter anderem heißt:

Das Ergebnis dieser verfassungswidrigen Missachtung . . . bewirkt aber für die Antragsteller als Oppositionsfraktion, dass sie durch die Landesregierung an der

(Herrmann)

Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Informations- und Kontrollrechte . . . in unzulässiger Weise gehindert werden.

(Abg. Deuschle REP: Richtig! – Abg. König REP: Wir haben keine Geschäftsordnung vorliegen! – Gegenruf des Abg. Roland Schmid CDU: Brauchen Sie auch nicht!)

Nur, Herr König, Sie haben nicht gesagt, wie Sie als Oppositionsfraktion mit einer Geschäftsordnung die Regierung anders oder besser kontrollieren könnten. Sie haben da von Zirkusakrobaten und anderem Unsinn gesprochen.

(Abg. Krisch REP: Beleidigen Sie die Akrobaten nicht!)

Tatsache ist, dass das Fehlen der Geschäftsordnung niemanden in irgendwelchen Rechten behindert. Wenn Sie das anders sehen, zeigt das, dass Sie überhaupt keine Ahnung davon haben, welchen Rechtscharakter eine Geschäftsordnung haben könnte, und dass es Ihnen eigentlich nur darum geht, Stimmungen zu schüren, weil Ihnen offenbar nichts anderes einfällt, die Ihnen zustehenden Tagesordnungspunkte der Landtagstagesordnung zu füllen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Krisch?

(Abg. Capezzuto SPD: In Gottes Namen!)

Abg. Herrmann CDU: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Abg. Herrmann, betrachten Sie eine klare Aussage der Landesverfassung tatsächlich als so beliebig und unwichtig, wie Sie es in Ihrem Redebeitrag eben dargestellt haben?

(Beifall bei den Republikanern)

Abg. Herrmann CDU: Herr Kollege Krisch, ich komme gleich noch zu diesem Punkt. Nur eines ist auch klar: Wenn es seit 48 Jahren unter unterschiedlichen Landesregierungen, an denen bereits alle möglichen Parteien beteiligt waren,

(Abg. König REP: Wir noch nicht!)

eine Verfassungswirklichkeit gibt, die von einer Verfassungsnorm abweicht, halte ich das, wenn sich diese Verfassungswirklichkeit in 48 Jahren gut bewährt hat, für eine unproblematische Angelegenheit.

(Abg. Deuschle REP: Das hat Kohl auch gesagt! – Abg. König REP: Herr Kollege Herrmann, wenn wir an der Regierung beteiligt sind, gibt es eine Geschäftsordnung! Das sage ich Ihnen zu! – Gegenruf des Abg. Roland Schmid CDU: Dann gibt es kein Parlament mehr!)

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht hat die Landesregierung auch ohne Geschäftsordnung ihre Geschäfte in den vergangenen Jahren hervorragend abgewickelt.

(Abg. Rech CDU: Jawohl! – Beifall des Abg. Rech CDU)

Es gab dabei keine Probleme. Wir begrüßen auch, dass sich der Staatsminister im Staatsministerium mit den wichtigen Aufgaben des Landes, die auch unsere Bürgerinnen und Bürger betreffen, beschäftigt und nicht mit irgendwelchen formalen Angelegenheiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte allerdings auch noch eine persönliche Anmerkung machen. Ich hätte nichts dagegen, wenn wir Artikel 49 Abs. 1 der Landesverfassung entsprechend ändern und die Verfassungsnorm an die seit jetzt 48 Jahren bestehende Verfassungswirklichkeit anpassen würden. Wenn sich dafür die erforderliche Mehrheit hier im Hause findet, wäre aus meiner persönlichen Sicht diese Verfassungsänderung überhaupt kein Problem.

Letzter Punkt: Da, wie eben ausgeführt, durch das Fehlen einer Geschäftsordnung keinerlei Nachteile entstehen, da wir uns auch ansonsten auf allen Ebenen, wo irgend möglich, für Deregulierungen und Vereinfachungen einsetzen, hält es die CDU-Landtagsfraktion nicht für nötig, dass sich die Landesregierung künftig eine Geschäftsordnung gibt.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Beber.

Abg. Beber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Republikaner sorgen sich um die Verfassungstreue der Landesregierung.

(Zurufe von den Republikanern: Ja! – Abg. Deuschle REP: Sie doch auch!)

Gleichgültig, wer in der Regierung sitzt: Wenn Sie sich um deren Verfassungstreue sorgen, dann klingt das nicht sehr glaubwürdig. Einer Partei, die wegen ihrer verfassungsfeindlichen Tendenzen – übrigens gerichtlich bestätigt – zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet wird, sprechen wir das Recht ab, sich als Verfassungshüter aufzuspielen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen – Abg. König REP: Trotzdem haben wir uns eine Geschäftsordnung gegeben!)

Dann haben Sie hier die Behauptung aufgestellt, Sie würden in Ihren Informations- und Kontrollrechten behindert.

(Abg. Deuschle REP: Jetzt kommen Sie mal zum Thema!)

Das trifft nicht zu. Dritte können durch die Geschäftsordnung nicht verpflichtet oder sonst belastet werden. In dieser Geschäftsordnung können nur organinterne Regelungen getroffen werden. Das ist ein Originalzitat aus einem Kommentar zur Landesverfassung. Der klare Text der Verfassung ist für Nichtjuristen – das gebe ich Ihnen zu – nicht immer verständlich.

(Abg. Deuschle REP: Auch für Juristen!)

(Bebber)

Es geht in diesem Satz der Verfassung darum, festzustellen, dass es der Autonomie der Regierung unterliegt, sich eine Geschäftsordnung zu geben.

(Widerspruch bei den Republikanern)

– Das ist aber Kommentar der Verfassungsjuristen. Das müssen Sie halt einmal so akzeptieren. Da können Sie zum Bundesverfassungsgericht oder sonst wohin marschieren.

(Abg. Weimer SPD: Stimmt das? – Abg. Deuschle REP: Sind das Professoren?)

Es ist so, dass der Erlass einer Geschäftsordnung verfassungsrechtlich allein der Regierung vorbehalten ist und nicht zur Disposition des Gesetzgebers – sprich dieses Parlaments – steht.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Das ist logisch!)

Das ist wiederum ein wörtliches Zitat aus einem Kommentar zur Landesverfassung.

(Abg. Roland Schmid CDU: Wieder Professoren!)

– Wieder Professoren, richtig, aber Verfassungsrechtler, solche, die auf dem Boden der Verfassung stehen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Im Gegensatz zu den Reps! – Abg. Dr. Caroli SPD: Alle, die von der Verfassung eine Ahnung haben!)

Im Übrigen ist es natürlich so, dass die Regierung mit ihren Geschäftsordnungsregelungen an die Verfassungsvorgaben gebunden ist, das heißt an die Kompetenzregelungen, die in der Verfassung festgelegt sind, an Richtlinienkompetenz, Ressortprinzip, Kollegialprinzip und was Sie auch sonst noch daraus lesen können.

Noch etwas, und daraus sehen Sie, dass es allein Sache der Regierung ist, sich eine Geschäftsordnung zu geben: Sie kann diese Geschäftsordnung jederzeit und immer in jedem Einzelfall abändern.

(Abg. Deuschle REP: Wenn sie sie hat! – Abg. Rapp REP: Sie hat doch gar keine!)

– Wenn Sie es nicht verstehen wollen, dann müssen Sie es nicht verstehen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wenn es keine Geschäftsordnung gibt und sich ein Minister dagegen wehrt, dann hat er tatsächlich die Möglichkeit, sogar per Klage dagegen vorzugehen. Aber nicht das Parlament! Die sollen intern für ihre Ordnung sorgen. Wir können es der Regierung nicht aufgrund verfassungsrechtlicher Vorschriften vorschreiben.

Unabhängig von alldem gilt natürlich, dass der Streit in einer Regierung mit und ohne Geschäftsordnung gemacht wird oder nicht. Das haben wir ja in der jüngsten Zeit gesehen. Das heißt, der Streit um die Beschränkung der Amtszeit des Ministerpräsidenten hätte durch eine Geschäftsordnung nicht verhindert werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens gilt für uns unabhängig von alldem: Eine von uns gestellte Regierung stünde für Ordnung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kluck FDP/DVP: Aber was für eine!)

– Herr Kluck, wir würden dann in der Regierung auch nicht so herumphüpfen, wie Sie das gerade getan haben.

(Abg. Weimer SPD: Arg hoch kommt er nicht beim Hüpfen! – Weitere Zurufe)

– Ja gut, schreit doch nicht so lange, denn die Zeit läuft.

Die Geschäfte der Regierung würden bei uns geordnet, und zwar durch eine Geschäftsordnung.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine Tatsache, dass die Verfassung der Landesregierung vorgibt, sich eine Geschäftsordnung zu geben.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Es ist eine Tatsache, dass die Landesregierung gegen diese Vorgabe der Verfassung verstößt. Darum braucht man gar nicht heranzureden. Die Landesregierung weigert sich seit Jahrzehnten konsequent, diesen Auftrag der Verfassung zu erfüllen. Aber, meine Damen und Herren, ich vermute, dass ein einfacher Parlamentsbeschluss, wenn Sie ihn heute fassen würden, keine höhere Autorität als die Autorität der Verfassung entfachen könnte. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Die Qualität der Regierung lässt sich nicht durch eine Geschäftsordnung beeinflussen. Die Geschäftsordnung regelt nicht mehr und nicht weniger als zum Beispiel die Arbeit in den nicht öffentlichen Kabinettsitzungen. Man könnte auch sagen: Die Arbeit der Regierung lässt sich durch eine Geschäftsordnung nicht weiter verbessern.

(Abg. Herrmann CDU: Die ist gut, die Arbeit!)

Das einzige Argument, das für die Regierung und für die Regierungsfractionen zu bedenken wäre, wären die bekannten Vorgänge um die Parteispenden, um den Parteispendenskandal auf Bundesebene, wo insbesondere die CDU jahrelang gegen das Gebot der Verfassung verstoßen hat, wonach die Parteienfinanzierung öffentlich nachzuweisen ist.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Das ist der einzige Zusammenhang, der neu ist, und das ist das einzige Argument, das zum Nachdenken Anlass geben könnte.

Dritter Punkt: Dass sich aber ausgerechnet die Republikaner als Hüter der Verfassung aufspielen,

(Zurufe der Abg. Deuschle und Krisch REP)

(Jacobi)

eine Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, weil es nachgewiesenermaßen Zweifel an deren Verfassungskonformität gibt, ist, meine Damen und Herren, wirklich ein Widerspruch in sich.

(Abg. Rapp REP: Überhaupt nicht! – Abg. König REP: Wir räumen damit jeglichen Zweifel aus!)

Sie sollten sich wirklich fragen, meine Herren von den Republikanern, ob Sie nicht selber mit Ihrem Parteiprogramm gegen die Verfassung verstoßen,

(Abg. Rapp REP: Haben Sie es schon einmal gelesen?)

ob Sie zum Beispiel mit Ihrer permanenten Polemisiererei gegen Ausländer nicht gegen Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen, wo es heißt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Caroli SPD)

Oder Sie sollten sich fragen, ob die von Ihnen an die Wand gemalte angebliche Bedrohung Deutschlands durch den Islam nicht gegen Artikel 4 des Grundgesetzes verstößt,

(Abg. Deuschle REP: Ganz sicher nicht!)

wo die Glaubensfreiheit und das Gebot der ungestörten Religionsausübung niedergelegt sind. Ich habe schon erhebliche Zweifel, ob nicht die Republikaner selber gegen den Geist und die Buchstaben der Verfassung verstoßen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Diese Zweifel teilen das Innenministerium in Baden-Württemberg und die bundesdeutsche Justiz, die ja bekanntlich in einer Vielzahl von Urteilen die Beobachtung der Republikaner als rechtmäßig und auch als zulässig beurteilt hat.

Bleibt viertens die Frage – das ist ein Fakt –, wie dieses Missverhältnis zwischen Verfassungsgebot und Realität beseitigt werden kann. Wir schlagen vor, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der ohnehin anstehenden Verfassungsänderung, die hoffentlich noch vor der Sommerpause hier im Parlament diskutiert wird, Artikel 49 Abs. 1 zu ändern. Man könnte beispielsweise, Herr Kollege Herrmann, aus dieser Mussvorschrift eine Sollvorschrift machen.

(Abg. Herrmann CDU: Eine Kannvorschrift!)

– Darüber kann man reden. Aber eine Sollvorschrift wäre vielleicht das akzeptablere oder das zweckmäßigere Vorgehen; denn es ist klar, dass der Anspruch weiterhin besteht, aber es ist auch klar, dass dargelegt werden muss, weshalb gegen diese Vorschrift verstoßen wird. Wir sind für eine vernünftige Formulierung offen. Ich will mich da nicht definitiv festlegen. Aber ich glaube, es macht Sinn, wenn wir bei der anstehenden Verfassungsänderung diesen Punkt mit aufnehmen, damit endlich Verfassung und Realität in Einklang gebracht werden können.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Hackl und Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen, Herr König, kann ich da nur sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe der Abg. König und Deuschle REP)

Wenn ich einmal bedenke, dass diese Legislaturperiode, die Regierungszeit der jetzigen Koalition schon vier Jahre andauert

(Abg. Weimer SPD: Gute Nacht, Herr Drautz!)

und Sie zum Ende der Legislaturperiode eine Geschäftsordnung für das Kabinett einfordern, dann muss ich sagen: Ihnen sind die Themen ausgegangen. Deshalb sind Sie jetzt auf die Idee gekommen, hierzu einmal einen Antrag zu stellen.

(Abg. König REP: 1995 habt ihr einen Antrag dazu gestellt!)

Sie sind sowieso Weltmeister im Abpinseln früherer Anträge.

(Abg. König REP: Seit Sie in der Regierung sind, wollen Sie davon nichts mehr wissen!)

– Sind Sie fertig? Dann kann ich weiterreden.

Herr König, kümmern Sie sich lieber einmal um die ordentliche Einhaltung der Geschäftsordnung des Landtags durch die Republikaner, um Ihre ureigensten Sachen und Hausaufgaben hier im Hause, statt um das Kabinett.

(Abg. König REP: Das machen wir laufend! – Lachen des Abg. Bebbler SPD)

Hinsichtlich der juristischen Ausführungen zu diesem Thema kann ich mich jetzt kurz fassen.

(Abg. Deuschle REP: Sie blicken ja auch nicht durch! – Abg. Wilhelm REP: Je kürzer, desto besser! In der Kürze liegt die Würze! – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Ich kann mich den Ausführungen der Herren Herrmann, Bebbler und Jacobi anschließen und möchte für die FDP/DVP-Fraktion – die einen ähnlichen Antrag schon einmal gestellt hat, was angesprochen wurde – feststellen:

(Abg. Herrmann CDU: Man kann ja klüger werden! – Gegenruf des Abg. Käs REP: Aber nicht, wenn man nicht zuhört!)

– Man kann immer klüger werden, Herr Herrmann. Deshalb hat schon damals die FDP/DVP-Fraktion nach der Plenardebatte den Antrag im Ständigen Ausschuss zurückgezogen.

(Abg. König REP: Nachdem die Allensbach-Umfrageergebnisse bekannt waren!)

(Drautz)

Wenn die Republikaner die letzte Debatte nachgelesen hätten, dann hätten sie sich heute diese Peinlichkeit ersparen können.

(Abg. Deuschle REP: Oje, Herr Drautz! Das ist Ihre Auffassung!)

Zum Kollegen Bebber möchte ich noch eines sagen: Wenn er jetzt der Meinung ist, wenn die SPD an der Regierung beteiligt wäre, würde sie sich eine dementsprechende Geschäftsordnung geben – –

(Abg. Bebber SPD: Wenn wir die Regierung bilden würden!)

– Wenn Sie die Regierung bildeten.

(Abg. Bebber SPD: Dann haben wir die Mehrheit!
– Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Die Alleinregierung!)

Dazu kann ich nur eines feststellen: Sie kommen mir heute vor wie ein einsamer Rufer im Walde. Während der großen Koalition hätten Sie wunderbar eine Geschäftsordnung für die Landesregierung einführen können.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das ist der Rufer im Weinberg! – Abg. Bebber SPD: Um wie viele Flaschen wetten wir?)

Ich stelle abschließend fest, meine Damen und Herren: Die Regierung ist auch ohne Geschäftsordnung

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wie sie ist!)

sehr erfolgreich

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und braucht sich hier zum Schluss der Legislaturperiode von den Republikanern nicht vorführen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Die Regierung ist, wie sie ist!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort für eine Restredezeit von 17 Sekunden erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

(Abg. Bebber SPD: Oh nein! – Abg. Deuschle REP: Ein bisschen mehr! – Abg. Wilhelm REP: 20 Sekunden! – Unruhe)

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen es schnell machen.

(Abg. Bebber SPD: Eins!)

Zunächst zwei Dinge zur Richtigstellung:

(Abg. Bebber SPD: Zwei!)

Erstens, Herr Jacobi:

(Abg. Bebber SPD: Drei!)

Unser Parteiprogramm ist

(Abg. Bebber SPD: Vier!)

nach Aussage des Oberlandesgerichts Stuttgart

(Abg. Bebber SPD: Fünf!)

verfassungskonform.

Zweitens:

(Abg. Bebber SPD: Sechs!)

Herr Bebber, Sie als Jurist können

(Abg. Bebber SPD: Sieben!)

nicht unterscheiden zwischen der Feststellung verfassungsfeindlicher Tendenzen und der Tatsache, dass so genannte Anhaltspunkte vermutet werden.

(Abg. Bebber SPD: Die Zeit ist um!)

Rechtskräftig ist bis heute lediglich festgestellt worden, dass es Anhaltspunkte gibt.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Acht!)

Auch dies geschah nur in einem Urteil. Es gibt auch abweichende Urteile. Zu wirklich verfassungsfeindlichen Tendenzen gibt es bis heute nicht eine einzige Entscheidung. Stattdessen sind erst jetzt wieder Republikaner, die man im öffentlichen Dienst zu verfolgen versucht hat, freigesprochen worden, und zwar gerade deswegen, weil das Gericht der festen Überzeugung war, dass das, was die Republikaner vertreten,

(Abg. Weimer SPD: Sie halten schon wieder die Spielregeln nicht ein!)

eben nicht verfassungsfeindlich ist.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Bebber SPD: Er hat gegen die Geschäftsordnung des Landtags verstoßen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Oh wohl dem Land, das solche Sorgen hat! Dass wir wirklich jede Legislaturperiode über diesen Sachverhalt miteinander diskutieren müssen!

(Abg. Deuschle REP: So lange, bis Sie ihn ändern!)

Wir haben doch weiß Gott andere Themen und andere Probleme. Und jetzt müssen wir eine solche Debatte führen. Das spricht dafür, Herr Dr. Schlierer, dass Sie fraktionsintern Probleme mit Geschäftsordnungen haben und deshalb vielleicht auch Ausweichschauplätze für solche Auseinandersetzungen benötigen. Ich weiß nicht, ob Sie eine Fraktionsgeschäftsordnung haben. Sie bräuchten auf alle Fälle

(Zurufe von den Republikanern, u. a. Abg. Dr. Schlierer: Nein!)

wegen der Auseinandersetzungen, die Sie mit Ihrem Stellvertreter Käs haben, eine gute.

(Minister Dr. Palmer)

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wie heißt der? – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Aber die Regierung kennt diese Auseinandersetzungen nicht. Deshalb brauchen wir auch keine Geschäftsordnung.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Zwischen Herrn Palmer und Herrn Teufel, da herrscht wohl tiefstes Einverständnis? Da lacht doch jeder!)

– Ja, da herrscht in der Tat tiefste Eintracht, lieber Herr Schlierer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Sache. Es gibt Reservatbereiche. Die Landesregierung mischt sich nicht ein, wenn der Landtag über Diätenfragen spricht. Die Landesregierung mischt sich nicht ein, wenn der Landtag über die Geschäftsordnung des Landtags spricht. Wir müssen aber schon erwarten können, dass es das Parlament der Landesregierung auch überlässt, wie sie es mit einer Geschäftsordnung für die Regierung hält. Daran haben die Kollegen von CDU, FDP/DVP und SPD erinnert, und dafür bedanke ich mich.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird auch in Zukunft keine förmliche Geschäftsordnung benötigen. Wir sind eine erfolgreiche Regierung. Wir haben das Land Baden-Württemberg an die Spitze der deutschen Länder geführt. Wer weiß, ob das mit einer förmlichen Geschäftsordnung gelungen wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Deuschle REP: Das ist ja lächerlich, eine solche Argumentation! Neben der Kappe!)

In unserem Land sind wir seit seiner Gründung ohne eine schriftliche Geschäftsordnung ausgekommen. Dies hat keine erkennbaren Schwierigkeiten in der politischen Abstimmung auf Regierungsebene ergeben.

Wir haben gemäß einer Berichtszusage von Herrn Staatssekretär Dr. Menz zu Beginn dieser Legislaturperiode vor einiger Zeit die Geschäftsordnungen der Regierungen der anderen Bundesländer und der Bundesregierung untersucht. Dabei haben wir überhaupt keinen überzeugenden Grund dafür feststellen können, dass wir in Baden-Württemberg von der bald 50-jährigen Praxis unserer Regierungstätigkeit abgehen sollten und eine förmliche Geschäftsordnung für die Landesregierung erlassen sollten.

(Abg. König REP: Ist der Artikel 49 kein Grund?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in einer Zeit der Überregulierungen, wo jeder sagt, wir müssten Gesetze, Verordnungen, Geschäftsordnungen abbauen, ist es wichtig, dass die Landesregierung auch in Zukunft von einem überflüssigen und einengenden Verfahrensrahmen absehen und ihren eigenen politischen Verantwortungsbereich als Kernbereich der Exekutive mit größeren Freiräumen gestalten kann.

(Abg. Bebbler SPD: Die Regierung ist schon überreguliert!)

Der Antrag der Fraktion Die Republikaner ist überflüssig wie ein Kropf. Beim ersten Mal ist er noch originell, beim zweiten Mal wird er ärgerlich. Er kostet uns Zeit.

(Abg. Deuschle REP: So gehen Sie mit der Verfassung um, Herr Kollege! – Abg. König REP: Die Stunde hätten Sie für Geschäftsordnung-Schreiben verwenden können!)

Die „Stuttgarter Zeitung“ hat am 30. Oktober 1997 die Problematik in folgender Schlagzeile zutreffend zusammengefasst: „Die Landespolitik funktioniert auch ohne Geschäftsordnung“. So ist es, und so wird es auch bleiben. Ich bitte Sie darum, den Antrag der Republikaner abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Deuschle REP: Dann treffen wir uns vor dem Staatsgerichtshof wieder!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsmäßigen Behandlung. Abschnitt I des Antrags Drucksache 12/4957 ist erledigt. Zu Abschnitt II wünschen die Antragsteller Abstimmung.

Ich lasse über den Abschnitt II des Antrags Drucksache 12/4957 abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Brechtken SPD: Frau Lichy hat zugestimmt! Fürs Protokoll! – Abg. König REP: Eine Vernünftige in der ganzen Fraktion!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Deuschle REP: Also gut!)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zustimmung des Landtags zur Vereinbarung über die Bildung einer Finanzverteilungskommission – Drucksache 12/4875

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Zu viel!)

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Das Wort erhält Herr Abg. Wabro.

(Abg. Brechtken SPD: Gustav, großer Auftritt!)

Herr Abg. Wabro, einen Moment bitte. Herr Staatssekretär Rückert wünscht die Mitteilung der Landesregierung zunächst dem Landtag zu erläutern. Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich ihm dann den Vortritt lassen möchte.

(Abg. Wabro CDU: Mit Vergnügen! – Abg. Brechtken SPD: Wir hätten es aber auch so kaputt, ohne Erläuterung! – Unruhe)

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Land und Kommunen speisen sich bei der Finanzierung ihrer Aufgaben in wesentlichen Teilen aus den gleichen Finanzierungsquellen. Landesregierung und

(Staatssekretär Rückert)

Landtag haben deswegen eine besondere Verantwortung bei der Entscheidung über die aufgabengerechte Aufteilung der Finanzierungsanteile auf die Kommunen einerseits und das Land andererseits – dies natürlich insbesondere in Zeiten der Finanznot, in denen es darum geht, den Mangel zu verwalten.

So kam es auch in unserem Land als Folge einschneidender Streichmaßnahmen zu Verteilungskämpfen und zu Dissonanzen sowie zur Anrufung des Staatsgerichtshofs von der Landkreisebene aus. Unser Staatsgerichtshof hat im Mai letzten Jahres eine Entscheidung getroffen. Er hat materiell-inhaltlich keine Veränderung der Finanzverteilung angeordnet, aber mehr prozeduralen Schutz für die kommunale Ebene im Vorfeld von Entscheidungen des Landtags über den vertikalen Finanzausgleich verfügt.

Wenn ich mich in der Bundesrepublik umschaue, stelle ich fest, dass der Verteilungskampf um die Finanzen zwischen den Ländern und ihren Kommunen längst nicht mehr nur politisch, sondern fast überall auch vor den Verfassungsgerichten ausgetragen wird.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Die Verfassungsgerichte der Länder kommen dabei trotz vergleichbarer Verfassungsbestimmungen interessanterweise zu höchst unterschiedlichen Auslegungen. Am weitesten auseinander liegen derzeit die Urteile der Verfassungsrichter in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen. Der niedersächsische Staatsgerichtshof hat das dortige Finanzausgleichsgesetz 1997 für verfassungswidrig erklärt und verlangt, dass die verfügbaren Finanzmittel symmetrisch zwischen Land und Kommunen aufgeteilt werden. Im Gegensatz dazu hat der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen dem Gesetzgeber bei der Festlegung der Finanzausstattung der Kommunen großen Gestaltungsspielraum, große Gestaltungsfreiheit bescheinigt.

Der Staatsgerichtshof in Baden-Württemberg ist nun weder den Richtern von Niedersachsen noch denen von Nordrhein-Westfalen gefolgt. Sein Urteil vom 10. Mai 1999 hat im Grunde alle überrascht. Unser Verfassungsgericht hält die Frage, ob die Finanzausstattung der Kommunen angemessen ist, für nicht justiziabel. Die verfassungsrechtliche Mindestausstattung der Kommunen – so sagt der Staatsgerichtshof – lasse sich nicht auf Maßstäbe, auf Beträge oder Quoten festlegen. Damit, meine ich, hebt sich das Urteil wohlthuend ab von den materiellen Vorgaben des niedersächsischen Staatsgerichtshofs, der den Gestaltungsspielraum des Landtags praktisch auf null reduziert.

Als Ausgleich für die mangelnde gerichtliche Überprüfbarkeit verlangt unser Staatsgerichtshof nun aber einen prozeduralen Schutz im Vorfeld einer Entscheidung über den vertikalen Finanzausgleich, damit die kommunale Finanzgarantie nicht schutzlos bleibt.

Meine Damen und Herren, ich will das Urteil des Staatsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich nicht im Einzelnen analysieren und bewerten, sondern nur so viel sagen: Die Landesregierung kann mit dieser Entscheidung gut leben.

Wenn auch aus dem kommunalen Lager da und dort Stimmen gehört wurden, die sagen, der Staatsgerichtshof habe

den Kommunen Steine statt Brot gegeben und es stehe nun höchsttrichterlich fest, dass die Höhe der kommunalen Finanzausstattung nicht gerichtlich überprüfbar sei, so meine ich, dass auch die Kommunen mit dieser Entscheidung gut leben können. Denn der Staatsgerichtshof hat ja ausdrücklich vorgegeben, dass die Kommunen dadurch eine Stärkung ihrer Position erfahren sollen, dass sie ihre Sicht der Dinge als gleichberechtigte Partner in die Meinungsbildung von Landesregierung und Landtag über die vertikale Finanzverteilung einbringen können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat schon vor dem 10. Mai des letzten Jahres viele Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden über die Gestaltung des Finanzausgleichs geführt. Dabei ging es nicht immer nur um Eingriffe des Landes. Wie Sie wissen, stehen seit Anfang dieses Jahres 500 Millionen DM mehr im Finanzausgleich zur Verfügung. Diese Erhöhung ging auf intensive Beratungen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden in den Jahren 1996 und 1997 zurück. Allerdings waren jene Beratungen informell. Sie waren nicht institutionalisiert. Dies hat der Staatsgerichtshof bemängelt.

Ich finde, dass es mehr als befriedigend ist, dass es uns – mit „uns“ meine ich sowohl die Vertreter des Landes als auch die der Kommunen – gelungen ist, innerhalb kurzer Zeit zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden Einvernehmen darüber zu erzielen, wie wir diesen prozeduralen Schutz konkret ausgestalten wollen. Die anstelle einer einseitigen Festlegung durch Gesetz gefundene vertragliche Regelung unterstreicht sehr wohl die gewachsene Vertrauensbasis, das praktizierte partnerschaftliche Verhältnis zwischen dem Land und seinen Kommunen.

Ich erspare es mir, im Detail auf die Vereinbarung einzugehen; sie liegt Ihnen vor. Nur drei Punkte möchte ich kurz hervorheben.

Erstens: Die paritätisch besetzte Finanzverteilungskommission wird nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag von zwei Mitgliedern in Aktion treten. Das bedeutet bei sechs Mitgliedern, dass zum Beispiel die kommunale Seite diesen Antrag nicht geschlossen stellen muss, sondern dass dafür schon zwei Mitglieder ausreichen.

Zweitens: Die Finanzverteilungskommission wird sich mit der Finanzverteilung zwischen dem Land einerseits und den Kommunen andererseits, also mit der vertikalen Finanzausstattung, auseinander setzen. Fragen des horizontalen Finanzausgleichs, also der internen Aufteilung der schon vorgegebenen kommunalen Finanzmasse zwischen kleinen und großen Gemeinden, zwischen kleinen und großen Städten, zwischen Landkreisen und Verbänden, sollen weiterhin der Finanzausgleichskommission vorbehalten bleiben. Auch Streitigkeiten über die finanzielle Abgeltung von Aufgabenübertragungen gehören nicht in die Finanzverteilungskommission. Hier gilt Artikel 71 Abs. 3 der Landesverfassung, der klare Vorgaben setzt und der auch voll justiziabel ist.

Ein dritter und letzter Punkt ist mir wichtig: Besonders hervorheben möchte ich, dass bei den Beratungen über die Bildung der Finanzverteilungskommission im Jahr 1999

(Staatssekretär Rückert)

zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden Konsens darüber bestand, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände unseres Landes gegenwärtig über eine aufgabengerechte Finanzausstattung verfügen.

Die Finanzverteilungskommission wird deshalb die Aufgabe haben, künftige Veränderungen in der Finanzentwicklung von Land und Kommunen zu dokumentieren und zu bewerten. Eine grundlegende Bestandsaufnahme von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen zur erstmaligen Festlegung der Finanzausstattung ist nicht erforderlich.

Meine Damen und Herren, der Staatsgerichtshof hat die Entscheidung über die Ausgestaltung des prozeduralen Schutzes in die Hände des Landtags gelegt. Erst mit Ihrer Zustimmung wird die Vereinbarung wirksam und das Finanzausgleichsgesetz wieder verfassungskonform, wie es sich die Richter des Staatsgerichtshofs vorstellen. Als Vertreter der Landesregierung bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu dieser Vereinbarung vom 17. Januar 2000.

Ich darf noch anschließen: Ich freue mich darüber, dass die Fraktionen darüber hinaus signalisiert haben, den kommunalen Landesverbänden bei einer wesentlichen Änderung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen erweiterte Anhörungsrechte im Ausschuss einzuräumen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Drautz und Pfister FDP/DVP – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das war sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wabro.

Abg. Wabro CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land Baden-Württemberg gehört zu den stärksten Regionen Europas,

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

wenn Baden-Württemberg nicht sogar die stärkste Region Europas ist.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Der Euro-Tiger! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was hat das damit zu tun? – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, lieber Herr Kollege Brechtken, dass wir stets Politik nach der Devise „Kommunen und Land – Hand in Hand“ gemacht haben, meine Herren Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Stadt und Land – Hand in Hand!)

Jüngstes Beispiel dafür ist die Bildung einer Finanzverteilungskommission, über die wir heute beraten.

Wenn ich nun zu dieser Kommission und damit zum Thema „Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen“ sprechen darf, dann tue ich dies vor dem Hintergrund einer dreifachen Erfahrung.

Schon als Landrat habe ich eine kritische, aber stets konstruktive Partnerschaft zwischen Kommunen und Land erlebt. Wir haben um eine ausgewogene Finanzverteilung zum Teil hart gerungen. Die gefundenen Kompromisse haben letztlich aber dazu geführt, dass Land und Kommunen blühen, wachsen und gedeihen konnten.

Als Regierungsmitglied, meine Damen und Herren, durfte ich wiederum daran mitwirken, dass selbst in finanziell schwierigen Zeiten die Kommunen nie am Hungertuch nagen mussten. In besonders dramatischen Situationen durften die Landkreise, Städte und Gemeinden allerdings auch an der Fülle der Armut des Landes teilhaben. Das ist auch ein Stück Wahrheit.

Heute sehe ich als einfacher Abgeordneter, dass wir eine Vereinbarung zwischen Regierung und Kommunen vor uns liegen haben, mit der nahezu alle Betroffenen zufrieden sind. Auch die CDU-Fraktion ist es.

(Abg. Brechtken SPD: Die ist mit vielem zufrieden!)

Deshalb möchte ich dem Finanzministerium, Ihnen, Herr Staatssekretär Rückert, und dem Innenminister ein Kompliment zu dem erzielten Einvernehmen mit den Vertretern der Gemeinden und Kreise machen. Auch den Kommunen gilt mein Dank für ihre Kooperationsbereitschaft.

Diesem hohen Haus, meine Damen und Herren, liegt damit eine prozedurale Absicherung der Beteiligung der Kommunen am Verfahren zu Entscheidungen über den Finanzausgleich vor. Eigentlich haben wir schon immer – Herr Kollege Rückert hat schon darauf hingewiesen – das getan, was der Staatsgerichtshof in seinem Urteil vom 10. Mai 1999 prozedural abgesichert haben will.

(Abg. Brechtken SPD: Dann hätte er ja kein Urteil fällen müssen, Herr Kollege! Ein bisschen nachhelfen müssen hat er schon!)

– Herr Kollege Brechtken, auch als Nachbar im Kabinett haben Sie so gehandelt. Deswegen würde ich meinen, Ihr Erinnerungsvermögen

(Abg. Brechtken SPD: Ist hervorragend!)

darf Sie nicht trügen.

Letztes Beispiel: Nach intensiven Verhandlungen, meine Damen und Herren, zwischen Landesregierung und Kommunen steht seit diesem Jahr im Finanzausgleich erheblich mehr an Mitteln zur Verfügung als im Jahr zuvor.

Meine Damen und Herren, die Bildung einer Finanzverteilungskommission gießt bewährte Praxis in prozedurale Form. Die CDU-Fraktion wird deshalb der Vereinbarung zustimmen.

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt eingehen. Unter Vorsitz des Landtagspräsidenten sind Vertreter der Landtagsfraktionen und Vertreter der Kommunen, die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der kommunalen Landesverbände, übereingekommen, bis zum Ende der

(Wabro)

12. Wahlperiode folgende Regelung zu praktizieren – ich zitiere hier die Vereinbarung –:

Die Vertreter der Zusammenschlüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände haben bei Gesetzesberatungen in wesentlichen Fragen der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen Zutritt zu den Ausschusssitzungen und werden gehört.

Meine Damen und Herren, falls sich diese Regelung bewährt, soll sie in die Geschäftsordnung des neuen Landtags aufgenommen werden. Die CDU-Fraktion wird auch dieser Regelung zustimmen und sie bestätigen, weil sie sinnvoll ist.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, so viel Einigkeit zwischen Parlament, Regierung und Kommunen erlebt man nicht jeden Tag. Fast bin ich geneigt, von einer Sternstunde zu sprechen.

(Abg. Brechtken SPD: Ich dachte, er gibt eine Runde aus!)

Deshalb kann ich nur sagen: Vivant sequentes. Es mögen weitere solche Stunden folgen.

Herzlichen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion wird der Regelung zur Bildung einer Finanzverteilungskommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung zustimmen.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Wabro, Sie sprechen von einer Sternstunde. Ich glaube, man muss schon ehrlich miteinander umgehen. Sie haben ein Urteil gebraucht, um so weit zu kommen. Die SPD-Landtagsfraktion hat über Jahre hinweg gesagt: Wir müssen die Kommunen stärker einbeziehen, weil sie ein eigenständiges Verfassungsrecht haben. Wir finden es richtig, dass es jetzt so weit gekommen ist.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Ich möchte das nicht weiter kritisieren, möchte Ihnen aber sagen: Wir müssen uns trotz alledem weiter auf Konflikte vorbereiten, denn in der Zukunft wird es heißen: Wer nimmt wem was weg? Wir werden keine Verteilungskommissionen brauchen, wenn wir viel zu verteilen haben und wenn wir etwas drauflegen können. Bleiben Sie einfach auf dem Teppich, und gehen Sie davon aus, dass die Kommunen ihre Rechte wahren werden und diese im Zweifelsfall wieder, wenn es darauf ankommt, einklagen werden.

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Regelung, zu der die Landesregierung die Zustimmung des Landtags wünscht – Sie bekommen sie von uns –, durch eine Regelung ergänzt worden ist, die wir für den Landtag treffen.

Wir können keine Kommission bilden. Wir können auch nicht dieses Verfahren wählen. Wir sind frei in unseren Entscheidungen, wie wir dies machen.

Die kommunalen Landesverbände selbst haben vorgeschlagen, dass sie den Status von Sachverständigen bekommen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass sie nicht Sachverständige im herkömmlichen Sinne sind, sondern dass sie schon etwas anders einzustufen sind und höher angesiedelt werden müssen. Deswegen haben wir für die Geschäftsordnung auch nicht die Formulierung „können gehört werden“ gewählt, sondern „werden gehört“. Wir wollen dadurch sicherstellen, dass sie in den Ausschüssen, soweit es sie betrifft, Gehör finden. Es geht hier um wesentliche Punkte. Die Wesentlichkeit hat eine Rolle gespielt, und die Landesregierung hat uns zugesagt, dass dem Landtag die Kommissionssitzungsthemen mitgeteilt werden, sodass wir auch wissen, was den Kommunen wesentlich erscheint, und wir uns dementsprechend abstimmen können. Wir werden dadurch sicherstellen, dass sie von Anfang bis Ende bei den Sitzungen dabei sind und dass sie sich selbstständig zu Wort melden können, und wir werden als Abgeordnete auch sicherstellen, dass wir sie zu Wort bitten können. Wir werden dies auch tun.

Wir werden so verfahren, dass dieser Status ab sofort hergestellt ist. Er unterscheidet sich gegenüber dem Status des Landesrechnungshofs und des Datenschutzbeauftragten darin, dass jene gehört werden können und für die Kommunen die Formulierung „werden gehört“ gewählt wurde. Wir unterstreichen dadurch die Bedeutung der kommunalen Landesverbände und der Kommunen sowie ihren Verfassungsrang.

Wir haben zugesagt, diese Regelung jetzt auszuprobieren. In der mehrstündigen Besprechung, die übrigens in einem sehr guten Klima stattgefunden hat, wurden auch Grenzfälle diskutiert, und es wurde dort nicht ausgeschlossen, dass man sich im Zweifel auch wieder etwas wärmer anziehen muss, wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt.

Klar ist natürlich, dass sich der Landtag sein ureigenstes Recht, dass er letztendlich über den Etat und die Rechtslage bestimmt, nicht nehmen lassen kann.

Ich glaube, wir sollten da einfach mit offenen Karten spielen. Wir probieren es aus. Es gibt die Zusage, dass wir die Regelung in die Geschäftsordnung der nächsten Legislaturperiode übernehmen. Wir haben die Regelung nicht mehr in die alte Geschäftsordnung aufgenommen, weil wir nur noch ein Jahr zusammen sind und wegen dieser kurzen Geltungsdauer der Neuregelung nicht extra Druckkosten entstehen lassen wollten. Wir haben jetzt also eine reine Praktikabilitätsregelung getroffen. Wir bitten die Ausschussvorsitzenden, so zu verfahren. Was wir ausgemacht haben, hat den Rang einer Festlegung in der Geschäftsordnung des Landtags, und das ist das, was die kommunalen Landesverbände gewünscht haben. Sie haben gesagt, dies sei ein Weg, und diesen Weg wollen wir gemeinsam beschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss mindestens Staatssekretär sein, um aus diesem zwar wichtigen, aber doch überschaubaren Vorgang eine solch lange Rede zu machen. Respekt, Herr Rückert!

(Abg. Brechtken SPD: Er hat auch Referenten, die sie ihm schreiben! Das muss er gar nicht selber machen!)

Der Staatsgerichtshof hat sein Urteil gesprochen. Dieses Urteil führt zu zwei Konsequenzen. Die eine Konsequenz bezüglich der Landesregierung ist eine Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden. Wir stimmen dieser Regelung zu.

Die zweite Konsequenz – Herr Kollege Moser hat sie gerade referiert – bezieht sich auf die Stellung der kommunalen Landesverbände in Ausschusssitzungen des Landtags. Auch dieser Regelung stimmen wir ausdrücklich zu. Es ist vernünftig, diese Regelung jetzt einmal auszuprobieren, ohne sie Buchstabe für Buchstabe in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Wir wollen, dass die kommunalen Landesverbände an den Ausschusssitzungen beteiligt sind, dass sie Rederecht haben, dass wir sie hören können, dass sie bei den relevanten Themen mitdiskutieren können. Wir sollten das einmal ausprobieren, und spätestens bei der Diskussion über die Geschäftsordnung der nächsten Legislaturperiode sollte diese Vereinbarung auch in Paragraphen gegossen werden. Wir werden daran mitarbeiten, dass dies so funktioniert, dass die kommunalen Landesverbände im Sinne des Urteils des Staatsgerichtshofs hier zu Wort kommen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, von der Länge seines Redebeitrags her hat Herr Jacobi hier Vorgaben gemacht, die richtig sind und der Bedeutung der ganzen Sache gerecht werden.

Wir stimmen dieser Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden selbstverständlich zu. Wir stimmen auch zu, dass die Regelung, die wir als Parlament vereinbart haben und die hier in dem Schreiben vorliegt, im Laufe dieser Legislaturperiode so gehandhabt wird und erst in der nächsten Legislaturperiode in die Geschäftsordnung aufgenommen werden soll.

Wir müssen weiter darauf achten – und das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt –, dass der Landtag letztlich die Entscheidung über die Finanzen hat. Diese Entscheidung verbleibt hier; die kommunalen Landesverbände haben lediglich ein Anhörungsrecht und ein Mitspracherecht bis zum Schluss. Dieses Recht ist genauso stark oder vielleicht noch stärker als das des Rechnungshofs und des Landes-

beauftragten für den Datenschutz, die ja keinen Verfassungsrang haben. Das muss man einmal klar sagen. Der Rechnungshof und der Landesbeauftragte für den Datenschutz könnten mit einfachem Gesetz wieder abgeschafft werden, die kommunalen Landesverbände hingegen nicht. Diese haben ihre verfassungsmäßige Stellung, und deshalb müssen sie mindestens genauso behandelt werden wie die zwei Organe, die ich gerade erwähnt habe.

Wir werden das in den nächsten elf oder zwölf Monaten, solange diese Legislaturperiode noch dauert, so handhaben,

(Abg. Brechtken SPD: Es sind sogar noch 13! Die dauert bis zum 31. Mai 2001!)

und ich glaube, alle Beteiligten werden am Ende der Legislaturperiode zufrieden mit dieser Regelung sein. Deshalb, wie gesagt, eine einvernehmliche Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. List CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Zustimmung des Landtags zur Vereinbarung über die Bildung einer Finanzverteilungskommission reden, dann tun wir das ja nicht unbedingt deshalb, weil zumindest die Regierungsfaktionen diese Vereinbarung gewollt haben, sondern wir tun es deshalb, weil uns eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs dazu gezwungen hat. Das sollte noch einmal dazugesagt werden.

Das Land hat die Kommunen, was die finanzielle Seite anbelangt, in der Vergangenheit mit Sicherheit öfters mal im Stich gelassen. Die Verteilungskämpfe waren da, sind da, und ich glaube, sie waren schlimmer, als sie jetzt sind. Aber was geregelt worden ist und was getan worden ist, halten wir – das habe ich vorhin schon gesagt – für sinnvoll.

Lustig habe ich daran nur gefunden, dass § 6 eine Geschäftsordnung für die Finanzverteilungskommission vorschreibt. Dort hält die Landesregierung eine Geschäftsordnung für wichtig; für sich selbst hält sie sie für völlig unwichtig. Deshalb glaube ich auch: Wenn für die Finanzverteilungskommission eine Geschäftsordnung wichtig ist, für die Landesregierung aber nicht notwendig ist, dann werden wohl die Ausschussvorsitzenden so viel Fingerspitzengefühl haben, dass sie ihre Geschäftsordnung etwas dehnen, damit die kommunalen Landesverbände in den Sitzungen ihr Wissen an den Abgeordneten bringen können.

Deshalb stimmen wir der Vorlage, der Mitteilung der Landesregierung, sehr gern zu.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsmäßigen Behandlung. Wer dieser Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und den kommunalen Landesverbänden zustimmen möch-

(Stellv. Präsident Birzele)

te, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Landtag hat dieser Vereinbarung einstimmig zugestimmt.

(Beifall des Abg. List CDU)

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Februar 2000 – Verkauf des landeseigenen Bauplatzes Eberhardstraße 22 (mit Flst. Nr. 1043/1) in Göppingen – Drucksachen 12/4911, 12/5025

Berichterstatter: Abg. Kielburger

Ich lasse über die Beschlussempfehlung Drucksache 12/5025 abstimmen. Der Finanzausschuss empfiehlt einvernehmlich Zustimmung zum Antrag des Finanzministeriums. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Dezember 1999 – Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten – sog. An-Institute – und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e. V. – Drucksachen 12/4731, 12/5034

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/5034, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Dezember 1999 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1994 des

Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1992 (Nr. 20) – Wirtschaftlichkeit kleinerer Fachhochschulen – Drucksachen 12/4756, 12/5035

Berichterstatter: Abg. Gerd Scheffold

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/5035, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5028, 12/5056, 12/5057, 12/5058

Sie stimmen diesen Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/5022

Ich stelle fest, dass das Haus den Beschlussempfehlungen mit den Stimmenverhältnissen in den Ausschüssen zustimmt.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/4908, 12/4986, 12/4990

Die auf der Tagesordnung stehenden Kleinen Anfragen sind inzwischen beantwortet worden.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet am 17. Mai 2000, 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt werden.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Abg. Brechtken SPD: Wir bedanken uns auch, Herr Präsident!)

Schluss: 17:11 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	Dr. Inge Gräßle
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Inge Gräßle	Ommeln
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)
Wirtschaftsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	Ommeln
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	ordentliches Mitglied	*)	Ommeln
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	ordentliches Mitglied	Dr. Inge Gräßle	Göbel
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	ordentliches Mitglied	Heinz	Hehn
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	stellvertretendes Mitglied	*)	Ommeln
Sozialausschuss	ordentliches Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	Ommeln
Sozialausschuss	ordentliches Mitglied	*)	Heinz
Sozialausschuss	stellvertretendes Mitglied	*)	Veronika Netzhammer
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)
Gremium nach Artikel 10 GG	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	*)

*) Benennung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt

13. 04. 2000

Günther H. Oettinger und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Umbesetzungen im Präsidium und im Finanzausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	ordentliches Mitglied	Kuhn	Dr. Salomon
Präsidium	ordentliches Mitglied	Jacobi	Marianne Erdrich-Sommer
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Birgitt Bender	Kretschmann
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Marianne Erdrich-Sommer	Renate Thon
Finanzausschuss	ordentliches Mitglied	Kuhn	Oelmayer
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Hackl	Kuhn

05. 04. 2000

Fritz Kuhn und Fraktion

Anlage 3

Vorschlag

der Fraktion Die Republikaner

Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Untersuchungsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Huchler	Wilhelm

13. 04. 2000

Dr. Rolf Schlierer und Fraktion